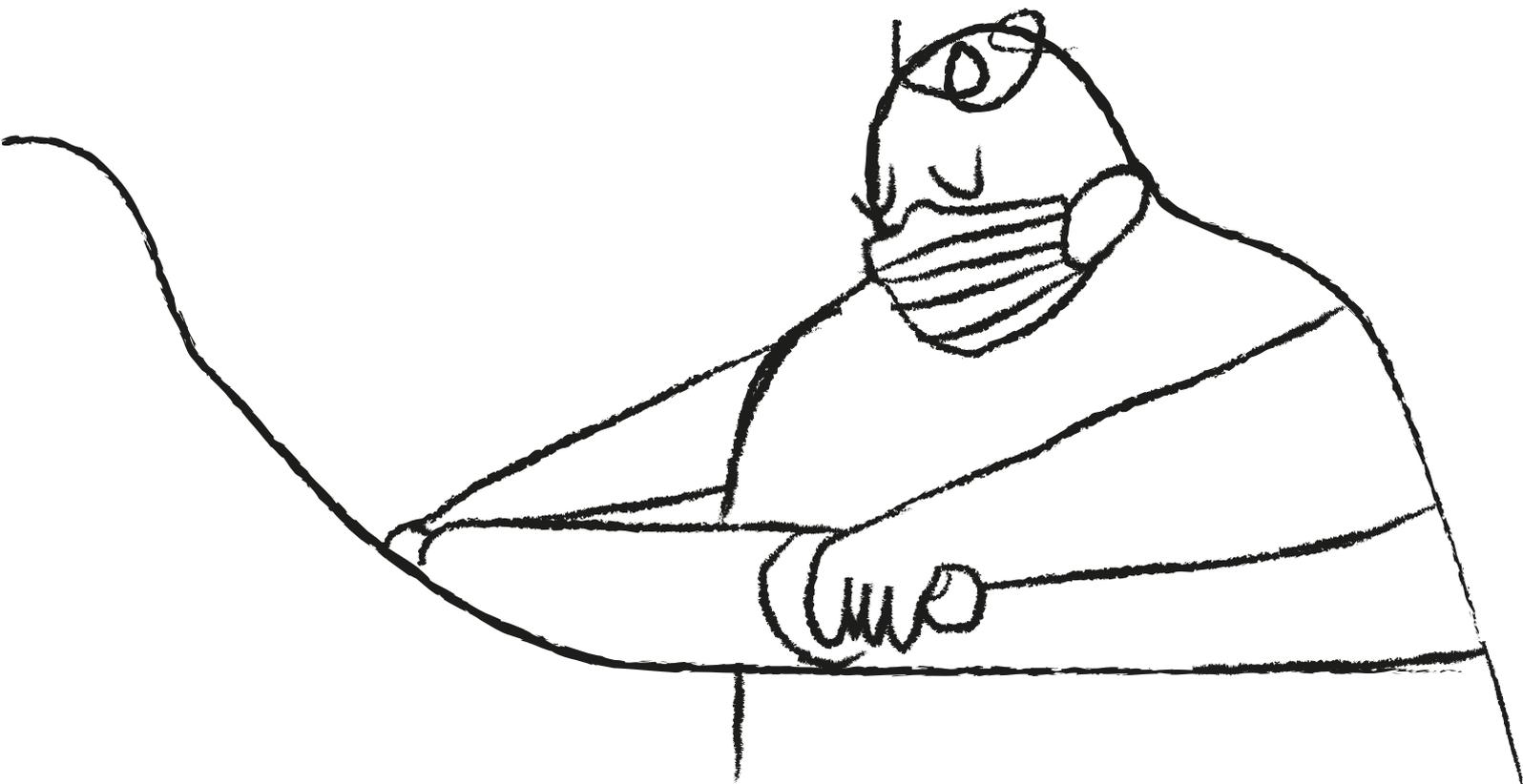


politix

Ausgabe 46 | 2020



Solidarität und Gesundheit

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien
ISSN 1990-4630

Inhalt

4 Solidarität in einer distanzierten Demokratie

Vom kritischen Diskurs zu neuen gesellschaftlichen Lerngelegenheiten

Lara Möller

9 Das Binnenleben

Theresia Burkheiser

11 Wie Corona die Krisen der Europäischen Union existenzbedrohend verschärft

Aufruf zu europäischer Solidarität unter demokratischen Bedingungen

Anna Katharina Mangold

15 EU Solidarität in der Krise – Wie solidarisch ist Europa wirklich?

Hannah Arendt und nationalstaatliche Exklusionsmechanismen

Laura Hafeneder

21 Dort wo graue Haare fallen

Lea Schmidtbauer

23 Die Gleichstellungspolitik krankt

Coronakrise als mögliche Heilung?

Sabine Doll & Fatma Uysal

28 Ein Virus kennt keine Grenzen

Alina Ruprecht

32 Die größte Rückholaktion der österreichischen Geschichte

Jasmin Hakimzad

38 Auf einmal ging uns Bildung alle etwas an...

Michael Hagelmüller

40 Theologie im Kontext von Corona?!

Regina Polak

42 Mögliche Lernprozesse in der Corona-Krise

Ulrich Brand

48 Intersektionalität – Von der Antidiskriminierung zur befreiten Gesellschaft?

Rezension von *Christina Pichler*, Schmetterling Verlag, 2020

50 Kapitalismus – Macht – Demokratie

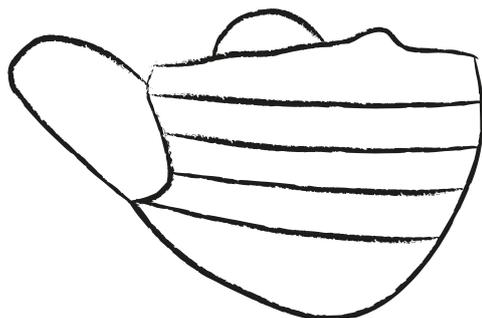
Rezension von *Josef Mühlbauer*, Trauner Verlag, 2020

-Editorial-

In Zeiten wie diesen ist die Vielfachkrise im Alltagsbewusstsein angekommen. Dazu gehört auch das Bewusstsein für Verletzbarkeit und soziale Bruchlinien, ebenso wie die ein Gefühl von Gemeinschaftlichkeit. Nicht nur, doch oft auf Distanz. Gesellschaftliche Solidarität und Sozialstaat sind wieder gefragt, für den Schutz der Gesundheit und den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Arbeits- und Wirtschaftswelt, Kunst, Kultur, Sport, wird sogar vom politischen Dogma des schlanken, sparsamen Staates abgerückt.



Auch die die Europäische Kommission hat in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten ein 1,8 Billionen Euro umfassendes Finanzpaket zur Stabilisierung und Wiederaufbau auf den Weg gebracht. Gleichzeitig hat der Brand im Flüchtlingslager Moria mitten in der Covid-19-Pandemie verdeutlicht, wie die Europäische Union an der Übernahme von Verantwortung für die Herstellung von menschenrechtlichen Standards an Grundversorgung und hygienische Bedingungen von Schutzsuchenden in einem relativ kleinen, abgesteckten Gebiet – nicht zuletzt zur Vorkehrung gegen die Ausbreitung des Virus – scheitert. Die Flüchtlingsschutzkrise ist wie die Covid-19-Gesundheitskrise, die von dieser beförderte Wirtschaftskrise und die sich ankündigende Klimakrise nationalstaatlich und ohne solidarische Ansätze nicht zu lösen.



Diesen und ähnlichen Themen ist die aktuelle politix-Ausgabe gewidmet. Eingangs setzt sich Lara Möller mit der Frage, ob und wie Solidarität in einer „distanzierten Demokratie“ funktionieren, gelebt und auch Kritik artikuliert werden kann.

Theresia Burkheiser thematisiert in ihrem kurzen Kommentar die Rolle von Künstler*innen in der Kulturindustrie in Krisenzeiten. Als Kommentare können auch die Texte, von Michael Hagelmüller zur aktuell besonders sichtbaren Bildungsungerechtigkeit und Regina Polak zur Bedeutung von Theologie und Transzendenz in der Krise gelesen werden; beide sind im Zuge des umbruch.at-Plattformprojekts entstanden, das wir an diese Stelle allen Leser*innen empfehlen möchten.

Anna Katharina Mangold expliziert in ihrem Artikel aus europarechtspolitischer Perspektive die Krisen der Union und das Bewusstsein für „die politische und soziale Dimension des europäischen Integrationsprozesses, das in solidarischem Handeln von EU und Mitgliedstaaten münden muss oder enden wird.“ Auch Laura Hafeneder wirft in ihrem Beitrag Fragen nach der Begrenztheit des Solidaritätsprinzips in Europa auf, Alina Ruprecht beschäftigt die Zukunft der europäischen Grenzen ausgehend von der Suspendierung des Schengener Abkommens.



Jasmin Hakimzad thematisiert als Mitarbeiterin des Außenministeriums die Politik und Organisation der Repatriierungsflüge, der größten Rückholaktion der österreichischen Geschichte.

Fatma Uysal und Sabine Doll zeigen in ihrem Beitrag auf, welche Wirkungen die Covid-19-Krise auf Frauen und die Gleichstellungspolitik generell hat. Lea Schmidtbauer reflektiert Solidarität in der Krise poetisch. Mögliche Lernprozesse aus der Covid-19-Krise für eine Lebensweise, jenseits von Wachstumszwang, Konkurrenz und Entfremdung skizziert Ulrich Brand.

Am Schluss des Heftes finden sich noch Rezensionen von zwei Büchern, die sich mit aktuellen politikwissenschaftlichen Fragen rund Intersektionalität und Antidiskriminierung aus einer Praxis- sowie mit Kapitalismus, Macht und Demokratie in Theorieperspektive befassen.

Wir hoffen, es ist für alle Leser*innen Ansprechendes und Anregendes dabei.

Wir wünschen eine kurzweilige Lektüre und alles Gute!

Bleibt gesund und kritisch,

Christian Berger und Eva Wackenreuther

für die politix-Redaktion



P.S.: Interessierte können immer am Anfang des Semesters ihre Ideen für Artikel beisteuern und auch Teil der Redaktion werden. Das bringt nicht nur Spaß, sondern Studierenden der Politikwissenschaft bei Mitarbeit an zwei Ausgaben auch ECTS-Punkte. Aktuelle Infos findet ihr auf unserer Facebookseite.

Kontakt: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Solidarität in einer distanzierten Demokratie

Vom kritischen Diskurs zu neuen gesellschaftlichen Lerngelegenheiten

Lara Möller

Die Corona-Pandemie bestimmt aktuell unser Leben und ist für viele von uns eine ganz neue Erfahrung. Es entstehen multiple Krisen und Herausforderungen für uns als Gesellschaft mit Auswirkungen auf unterschiedliche Bereiche. Wie unser Alltag und unser Verständnis von Solidarität im Rahmen der „neuen Normalität“ mit oder nach dem Virus aussehen werden, hängt zu einem großen Teil auch von uns als Gesellschaft ab. Auf der einen Seite müssen aktuelle Entwicklungen kritisch diskutiert werden. Gleichzeitig müssen wir als Gesellschaft auch aus der aktuellen Krise lernen und neue Formen der Solidarität denken. Dazu brauchen wir Perspektiven sowie Kritikfähigkeit und Selbstermächtigung. Das betrifft ganz viele Bereiche, ein paar ausgewählte möchte ich in diesem Beitrag ansprechen.

Lernen, aus der Krise zu lernen

Krisenerfahrungen sind mit Herausforderungen, Unsicherheit und Entgrenzung verbunden. Damit diese Situation nicht nur destruktive Konsequenzen hat, sondern auch konstruktive Gelegenheiten hervorbringt, müssen wir „lernen, aus Krisenerfahrungen zu lernen“. Dazu dient unter anderem die Orientierung an vergangenen Krisen und deren Auswirkungen. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer nannte das Jahrzehnt der 2000er Jahre ein „entsichertes Jahrzehnt“, weil durch die Auflösung von gewohnten Strukturen ein Zustand der sogenannten „Entsicherung“ entsteht. Diesen Zustand machte er an sogenannten Signalereignissen fest, Beispiele dafür sind 9/11, die Einführung von Hartz IV und schließlich die Wirtschafts- und Finanzkrise (Heitmeyer 2011: 3).

Krisenzeiten verstärken prinzipiell soziale Ungleichheit. Bei der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 konnte in den Folgejahren die steigende Abwertung von bestimmten sozialen Gruppen wie zum Beispiel von Angehörigen des Islam, von Personen, die Asyl suchten sowie von Sinti/Sintize und Roma/Romnija beobachtet werden. (Decker et al. 2016) Die Pandemie wird nicht nur eine Krise mit sich bringen, sondern uns mit multiplen Krisen konfrontieren, die unterschiedliche Bereiche unseres gesellschaftlichen und politischen Alltags betreffen. Herausforderungen, die vor der Pandemie schon existierten, werden nun tendenziell noch verstärkt und es werden neue Problemstellungen dazu kommen. Davon sind wir zwar gerade alle betroffen, aber manche von uns sind dabei mehr betroffen. Diejenigen, die schon vor Corona unter Diskriminierung und Ausgrenzung gelitten haben, werden diese Zustände in Zeiten der allgemeinen Unsicherheit und Entgrenzung noch mehr spüren. Diejenigen, die schon vor Corona schlecht sichtbar waren, werden nun unsichtbar. Durch eine distanzierte Demokratie und der Veränderung des öffentlichen Lebens verschieben sich nun viele Bereiche, Themen, Diskurse, aber auch Herausforderungen und Gefahren der Demokratie in den privaten Bereich. Aus dem Auge aus dem Sinn würde dann bedeuten, dass vieles im Privaten unsichtbar wird und die Gefahr einer sukzessiven Entpolitisierung droht. Dies betrifft dann auch die Solidarität, die Gefahr läuft, einerseits unsichtbar zu werden und andererseits nicht kollektiv im öffentlichen Diskurs gelebt werden kann. Insbesondere als Gesellschaft erfahren wir derzeit ein ganz neues und ungewohntes Verständnis von Solidarität. Dieses ist zunächst gekennzeichnet durch Abstand und Rückzug, Distanz gilt als soziale

Leistung und als praktizierte Solidarität seinen Mitmenschen gegenüber. Gleichzeitig können wir gerade auch bislang eher ungewohnte und niedrigschwellige Formen der Solidarität beobachten, wie zum Beispiel Masken nähen für andere, Einkaufen gehen für Risikogruppen oder mit ihnen in Zeiten der sozialen Distanz telefonieren. Solidarität äußert sich auch dadurch, dass wir Berufsgruppen, die in der aktuellen Krise als systemrelevant benannt wurden und meistens von Frauen geprägt sind, nun unter den gegebenen Umständen anders wahrnehmen, als wir das womöglich davor getan haben. Verkäufer*innen, Pfleger*innen und Apotheker*innen wird applaudiert, ihr Einsatz hinter Schutzmasken und/oder Plexiglas für die Gemeinschaft wurde in Zeiten der kollektiven Not prinzipiell anerkannt. Aber auch davor haben sie unser System und unseren Alltag aufrechterhalten, während sie zum Teil mit einem selbstgerechten und herablassenden Blick von vielen in der Gesellschaft betrachtet wurden. Wir können aus dieser Krise nur lernen, wer unter welchen Umständen unser System aufrechterhält, während die meisten von uns in Quarantäne saßen. Schließlich kompensiert der zivilgesellschaftliche Applaus nicht die strukturellen Mängel für systemrelevante Berufe, notwendig sind konkrete politische Maßnahmen. Die Krise lehrt uns, dass gewisse Bereiche neben der Wertschätzung mehr soziale Sicherheit, veränderte Arbeitsverhältnisse und mehr Entlohnung brauchen, wenn sie wirklich systemrelevant wirken sollen. Wenn wir also aktuell von Solidarität sprechen wollen, so müssen wir auch unseren selbstgerechten Blick auf die anderen reflektieren, wie es auch die Soziologin Laura Wiesböck (Wiesböck 2019) schreibt. Das Virus muss ernstgenommen werden und zeigt, dass Solidarität auch denen, die gerade privilegiert sind, wehtun kann oder sollte. Ungleichheitsverhältnisse im Alltag bilden sich auch durch den Umgang miteinander und verfestigen sich in unserer gelebten politischen Kultur. Diese umfasst die Gesamtheit an kollektiven Werten, Einstellungen, Orientierungen und Kommunikationsweisen in der Gesellschaft und wirkt sich auf politisches Handeln, auf politische Macht und auf Legitimationsüberzeugungen aus (Meyer 2000: 15f.).

Wenn Solidarität in der Zivilgesellschaft auch unter den aktuellen Umständen bestehen soll, dann ist es außerdem wichtig zu fragen: was gefährdet unseren demokratischen Alltag gerade und was müssen wir daraus für unsere eigenen Denk- und Handlungsweisen lernen? Konkret benötigen wir zunächst eine kritische Auseinandersetzung damit, was unser demokratisches Selbstverständnis aktuell herausfordert. Schließlich braucht es eine Verständigung darüber, wie wir als Gesellschaft unseren demokratischen Alltag im Rahmen der sogenannten „neuen Normalität“ gestalten werden. Das impliziert eine machtkritische Diskussion über die aktuellen Entwicklungen. Durch den Zustand der Entgrenzung und der Unsicherheit muss das Verständnis von Autorität ambivalent gedacht werden, damit verbundene hegemoniale Momente kritisch reflektiert werden und schließlich die Rolle der Zivilgesellschaft diskutiert wird. Aktuell wird spürbar, wie sich die Situation auf unser Leben auswirkt. Biomacht ist derzeit etwas Greifbares, damit sind nach Foucault „verschiedenste Techniken zur Unterwerfung der Körper und zur Kontrolle der Bevölkerung“ (Foucault, 1977a, S. 167) verbunden. Die getroffenen Maßnahmen spüren wir psychisch und physisch und wir werden mit neuen Formen der Selbstdisziplinierung konfrontiert. Die Aussage „Jeder ist an seinen Platz gebunden. Wer sich rührt, riskiert sein Leben: Ansteckung oder Bestrafung“ (Foucault 1994: 251) stammt aus dem Werk „Überwachen und Strafen“ von Foucault. In Bezug auf die Situation mit Corona bedeutet das: wer sich nicht an die Vorgaben hält, läuft Risiko andere zu gefährden und selbst sanktioniert zu werden. Der dortige Bezug zur Pest erinnert an die aktuelle Pandemie. Auch das Verständnis von Solidarität ist davon betroffen: das Einhalten der Maßnahmen und die Praxis der Disziplinierung werden mit dem Schutz von Mitmenschen assoziiert.

Perspektiven schaffen

Für den Aufbau von Solidarität für das Leben mit und nach der Pandemie ist es auf Basis der bisherigen Überlegungen in diesem Beitrag schließlich wichtig zu fragen: welche Bereiche brauchen nun besondere

Solidaritätsbemühungen und Aufmerksamkeit, um Solidarität in der Gesellschaft zu fördern? Dadurch, dass die Pandemie sämtliche Bereiche des Alltags betrifft, richtet sich die Diskussion auch auf ein breites Feld. Ein paar ausgewählte Vorschläge möchte ich an dieser Stelle aufgreifen.

Solidarität kann bedeuten, dass wir als Gesellschaft reflektieren, dass unsere eigenen Ohnmachtserfahrungen, Gefühle des Verlusts von etwas Vertrautem, Erfahrungen des Wegfalls eines zuvor gewohnten sozialen Zusammenhalts und auch die Auflösung von gewohnten Strukturen nicht zu ausgrenzenden Denk- und Handlungsweisen führen dürfen. Die genannten Erfahrungen benötigen vielmehr ein verstärktes Maß an Solidaritätsbemühungen, Empathie und Altruismus, die jede*n betreffen. Das erfordert mit Bezug auf Dietze (2006) mehr an hegemonialer Selbstreflexion über eigene Privilegien und über eigene Praktiken. Das impliziert unter anderem ein solidarisches aufeinander Schauen zugunsten tendenziell prekarisierter Personen und Gruppen. Damit verbunden müssen wir lernen, in einem altruistischen Sinn solidarisch zu sein, über unsere eigene Wohlfühlzone und unser gewohntes soziales Milieu hinaus zu schauen, auch wenn es wehtun kann. Das betrifft nun mehr als zuvor den privaten Bereich. Das Private ist auch aktuell politisch und darf nicht aus der öffentlichen Sichtbarkeit und der öffentlichen Auseinandersetzung verschwinden. Viele Herausforderungen, die bereits vor Corona existiert haben, erfahren derzeit eine Verschlechterung ihrer Lage. Prinzipiell betrifft das viele Geschichten, Schicksale und letztlich sämtliche Lebensbereiche. Unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten benötigen häusliche Gewalt, Rassismus, Sexismus, die Lage von Menschen mit Beeinträchtigungen, eventuell der Anstieg psychischer Erkrankungen und Suizidraten eine andere Form der öffentlichen Wahrnehmung und des gemeinsamen Diskurses. Damit sie nicht Gefahr laufen, entpolitisiert zu werden, braucht es deshalb neue Formen der Solidarität im Privaten. Als Gesellschaft müssen wir uns also fragen, wie Tendenzen der Entsolidarisierung nicht verstetigt werden. Damit verbunden dürfen Gefühle von

politischer Macht- und Orientierungslosigkeit nicht verstärkt und politischer Autoritarismus aber auch demokratiefeindliche Verschwörungserzählungen nicht befördert werden. Den beschriebenen Gefühlen muss eine zivilgesellschaftliche Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit entgegengesetzt werden, die von konstruktivem Diskurs geprägt ist. Demokratie ist für ihr Funktionieren auf die Performanz der Bürger*innen angewiesen und muss auch in Zeiten des Ausnahmezustandes als Lebensform und nicht nur als verwaltete Staatsform verstanden werden. Damit zusammenhängend ist eine starke Demokratie nach Barber (1994), die von den Bürger*innen getragen und gelebt wird, für Solidaritätskultur und Demokratisierungsprozesse relevant. Dafür braucht es den Anteil des Politischen, also dass die Normalität von Differenzen anerkannt wird und Politik als ein Prozess gilt, in dem aus einer anerkannten Vielfalt an unterschiedlichen Meinungen und Interessen im Prozess der Ausverhandlung und Verständigung Übereinstimmung für wichtige Grundfragen entsteht (Meyer 2000: 40). Das Politische ist grundlegend für unsere gelebte politische Kultur in unserer Gesellschaft, man kann politische Kultur auch als „reale Wirkungsmacht des Politischen“ (Meyer 2000: 153) verstehen.

In der aktuellen Situation erhält die Auseinandersetzung mit politischer Kultur im Zusammenhang mit Autorität eine wichtige Bedeutung. Demokratisch findet in Bezug auf autoritäre Tendenzen ein sehr hegemonialer Moment statt: Menschen akzeptieren Herrschaft grundsätzlich in der Not, in einer vergleichsweise automatisierten und legitimierten Form, also grundsätzlich mit weniger reflektierter Kritik und dem konstruktiven Diskurs nach konkreten Alternativen. Damit kann mit Bezug auf Max Weber auch eine rationale Herrschaft verknüpft werden: Gemeint ist der Glaube an die Legalität gesetzter Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft Berufenen (Weber 1972). Aktuell sehen wir, dass die Politik in Notsituationen tatsächlich schnell handeln kann. Grundsätzlich erfordern Ausnahmesituationen dabei besondere Vorsichtsmaßnahmen, um einen Beitrag zum Schutz der Allgemeinheit zu leisten. Mit Bezug auf Hannah

Arendt sind Autorität und Freiheit unter bestimmten Gesichtspunkten keine Gegensätze (Straßenberger 2014: 73). Wird Autoritäten eine gewisse Kompetenz, wie zum Beispiel anhand von Wissen, Erfahrung, Urteilsfähigkeit zugeschrieben, erbringen sie bestimmte ordnungspolitische Leistungen (Straßenberger 2014: 79). Diese ordnungspolitischen Leistungen sind insbesondere in Krisenzeiten wichtig, müssen aber reflektiert werden und in einem demokratiepolitischen Verständnis müssen sie prinzipiell auch für Alternativen offen sein. Gerade jetzt ist es aus demokratiepolitischer Perspektive wichtig zu diskutieren, wie weit eine Regierung gehen darf. Schließlich muss politisches Handeln unter demokratischen und transparenten Bedingungen erfolgen (Brand/Högelsberger 2020). Vieles von dem, was aktuell politisch selbstverständlich wirkt, sollte nicht als Dauerzustand für unsere Demokratie verstanden werden. Neben der Rolle der Politik sind an diesem Punkt auch wir als Gesellschaft gefragt: Unser Selbstverständnis darf sich im Kontext der aktuellen Erfahrungen nicht in eine sogenannte politische Untertanenkultur entwickeln, in dem Sinne dass die Menschen eine sehr passive Rolle spielen (Meyer 2000: 157). Vielmehr sollte auch zugunsten unseres Solidaritätsverständnisses der Anspruch gestellt werden, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen und dadurch zu einer politischen Teilhabekultur (Meyer 2000: 158) beizutragen.

Im Zusammenhang mit den vorherigen Überlegungen steht auch, dass Themen, die für uns als Gesellschaft vor Corona relevant waren, in der Krise Sichtbarkeit und Handlungsperspektiven erhalten. Umwelt- und Klimaschutz muss auch weiterhin Öffentlichkeit erhalten und zivilgesellschaftliche Leistungen in diesem Bereich benötigen solidarische Anerkennung und Unterstützung. Die Klimakrise darf im Zuge der Corona-Krise nicht aus unserem Blickfeld geraten und Prioritätensetzungen sind mit bestimmten Interessen verknüpft, die in einem zivilgesellschaftlichen Interesse offengelegt und diskutiert werden müssen. Das betrifft auch das Thema nationale Grenzen und den Umgang mit Geflüchteten. Die aktuellen Grenzschließungen dürfen kein langanhaltender Zustand sein, offene Grenzen sollten trotz Corona als

demokratische Errungenschaft reflektiert werden. Wir sollten dabei aus Krisenerfahrungen lernen und müssen eventuell auch mit einem gewissen Maß an Selbstkritik Konkurrenzgedanken und dem Aufbau von Barrieren in unseren Köpfen durch die öffentliche Verhandlung von Grenzen entgegenwirken. Das betrifft auch die Frage, wie der Umgang mit geflüchteten Personen und Geflüchtetenlagern in Zeiten der Pandemie solidarisch gestaltet wird, wie die Situation in Moria aktuell aufzeigt.

Schließlich spielt die Wissenschaft aktuell eine wichtige Rolle. Sie darf dabei nicht Gefahr laufen, zu technokratisch zu wirken, es darf also kein Anspruch erhoben werden, über einen einzigen für alle legitimen Lösungsweg im Hinblick auf politische Problemlagen zu verfügen. Das wäre einerseits mit einer Gefahr der Entpolitisierung verbunden (Meyer 2000: 43). Wie gesellschaftliche und politische Ereignisse in der Demokratie, sind auch wissenschaftliche Erkenntnisse andererseits ein Ausschnitt und nicht statisch. Schließlich muss auch aus einer machtkritischen Perspektive danach gefragt werden, wer die Macht hat, Expert*innen als relevante Sprecher*innen auszuwählen, wer also Sichtbarkeit und Kompetenzzuschreibung erhält und welche Rolle Habitus, Herkunft, Geschlecht und Position spielen. Aktuell ist in Zeiten der Krise, die sich auf sämtliche Bereiche auswirkt, ein möglichst vielseitiger kritischer wissenschaftlicher Austausch und Diskurs und die Teilhabe möglichst vieler Disziplinen daran wichtig.

Fazit

Dieser Beitrag hat aufgezeigt, dass Solidarität in der Gesellschaft in Zeiten Coronas unter unterschiedlichen Aspekten wichtig ist. Wir müssen unser demokratisches Selbstverständnis reflektieren. Zur neuen Normalität gehören gesetzte Normen, die perspektivisch kein Dauerzustand sein sollten. Demokratie darf nicht auf das Funktionieren von institutionellen Strukturen und Prozessen reduziert werden. Für nachhaltige Demokratisierungsprozesse und die Legitimation von Demokratie benötigt es die Mitwirkung der Zivilgesellschaft durch Diskurse, Teilhabe und gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Hier müssen aber auch demokratiefeindliche

Tendenzen problematisiert werden. Und Demokratie wird von Konflikt, Kritik und Alternativen gestaltet. Mir ist es wichtig, dass wir aus der Pandemie lernen. Dazu müssen wir die aktuellen Entwicklungen reflektieren, diskutieren und wenn nötig kritisieren. Dazu müssen wir uns auch kritisch mit unseren eigenen Denk- und Handlungsweisen im Alltag auseinandersetzen und schrittweise dekonstruieren. Um demokratiepolitische Perspektiven zu gestalten, braucht es Einzelne*r aber auch kollektiv die Gesellschaft. Wir müssen dazu neue Formen gemeinsamen Handelns, Gestaltens und Solidarität hervorbringen. Eine neue Normalität kann auch eine Möglichkeit sein, gerade die Bereiche, die vor der Pandemie krisenhaft waren, neu zu überdenken.

Lara Möller ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Universitätsassistentin im Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Demokratiezentrum Wien. Sie ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Gründerin der Sektion Politikdidaktik in der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft und Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft Politische Bildung.



Quellen

Barber, Benjamin (1994): *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch

Brand, Ulrich/ Högelsberger, Heinz (2020): *Klimapolitik nach Corona. Kommentar der Anderen*. Der Standard, <https://www.derstandard.at/story/2000115991988/klimapolitik-nach-corona>, (Zugriff 06. Mai 2020).

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2016): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.

Dietze, Gabriele (2009): *Critical Whiteness Theory und Kritischer Okzidentalismus. Zwei Figuren hegemonialer Selbstreflexion*. In: Tißberger, Martina/ Dietze, Gabriele/ Hrzán, Daniela/ Husmann-Kastein, Jana (Hg.): *Weiß-Weißsein-Whiteness*, Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 219-247.

Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen (Sexualität und Wahrheit, Band 1)*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Foucault, Michel (1994): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2011): *Deutsche Zustände. Das entscherte Jahrzehnt*. Presseinformation. Aufrufbar unter: https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf (Zuletzt aufgerufen am 06. Mai 2020).

Meyer, Thomas (2000): *Was ist Politik?* Opladen: Leske und Budrich.

Straßenberger, Grit (2014): *Autorität in der Demokratie. Zur republikanischen Rezeption des römischen auctoritas-Konzepts bei Hannah Arendt*. In: *ZPTh*, 1-2014, S. 67-82.

Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.

Das Binnenleben

Theresia Burkheiser

„Hinaus aus Wien mit dem Schuft!“ ließ der Herausgeber und hauptsächlich Beitragslieferant der Zeitschrift Die Fackel Karl Kraus dem Pionier des Wiener Boulevardjournalismus Imre Békessy Anfang der zwanziger Jahre des verwichenen Jahrhunderts mehrmals ausrichten. Békessy hatte keine moralischen Bedenken, sich für redaktionelle Beiträge im Sinne seiner Auftraggeber großzügig bezahlen zu lassen, ein Vorgehen, dessen sich der Boulevard bis heute schamlos bedient. Was Jörg Haider 1988 bewogen haben mag, gerade dieses Zitat Thomas Bernhard im Zuge der kultur- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen rund um dessen Theaterstück Heldenplatz medial zuzurufen, liegt im Dunkeln, vielleicht schien es ihm von den wenigen, die er außerhalb des Zeitrahmens des Dritten Reiches kannte, als einziges passend.

Jedenfalls dokumentiert es gefällig als Mosaikstein die wohl letzte breit angelegte Auseinandersetzung, die sich Politik und Kulturschaffende unter Einbeziehung sämtlicher Medien, und somit des Großteils der österreichischen Gesellschaft, in den letzten Jahrzehnten geleistet haben. Selbst wenn dieser Tage das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus, das von Alfred Hrdlicka 1988 am Albertinaplatz appliziert wurde, von DemonstrantInnen mit eigentümlichen Anliegen als Aussichtsplattform missbraucht wird, ist das öffentliche Interesse gering, das Schweigen der Politik manifest. Dabei hat die Politik nicht nur die freie Ausübung der Kunst zu schützen und zu fördern, sondern selbstredend auch in jedem Wortsinn deren Bedeutung. Die Politik als Subventionsgeberin, der/die KünstlerIn als SubventionsnehmerIn, daneben eine Kunst- und Kulturindustrie, die zur Unterhaltungsindustrie verkommen ist, versuchen sich, verzahnt in wechselseitigen Abhängigkeiten, zunehmend nicht mehr an hegemonialer Deutungskunst gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Die Positionen scheinen besetzt, Änderungen unerwünscht, auch wenn es natürlich eine umfangreiche Gruppe politisch engagierter KünstlerInnen und eine deutlich weniger

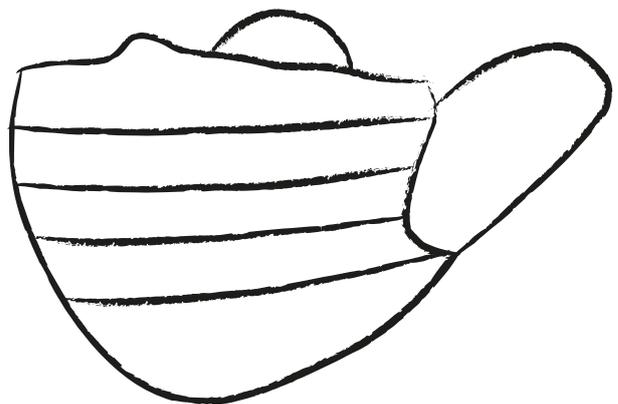
umfangreiche Gruppe kunst-sinniger und vor allem kunstfördernder PolitikerInnen gibt. Bloß werden diese kaum gehört.

Gesellschaftliche Krisen der letzten fünfzehn Jahre bekamen dann mediale Relevanz, wenn massive wirtschaftliche Auswirkungen im negativen Sinn zu befürchten standen, woran man die endgültige Dominanz der Ökonomie gegenüber allen sonstigen gesellschaftspolitischen Belangen ablesen kann. Ein Künstler, der das Personenkomitee einer wahlwerbenden Partei schmückt, wirkt bisweilen überholt, Wahlen werden längst durch Zuwendungen der Wohlhabenden gewonnen. Das schadet zwangsläufig dem wichtigen Gemeingut Solidarität, für die sich KünstlerInnen aller Sparten seit jeher besonders engagiert haben. Solidarität war für lange Zeit auch ein Spielfeld der „Mittelschicht“, bevor diese zuerst ihre kulturelle und gleich darauf ihre ökonomische Bedeutung einbüßte, während sich zeitgleich der Kunstbetrieb sich seines Ästhetizismus entledigte und den neuen Gegebenheiten anpasste. Der alleinige Schwerpunkt Verkauf bestimmt das Geschehen, beherrscht von den Agenten des Massengeschmacks und einigen Obskuranten, die sich ihre Nischen geschaffen haben. Die althergebrachte Verpflichtung der Künstlerin, die Gesellschaft wertend abzubilden, Solidarität einzufordern und Missstände künstlerisch aufzubereiten, wurde großflächig der reinen Unterhaltung geopfert. Ab und an zeigt sich ein Tröpfchen Gesellschaftskritik, zumeist aber nur in der Darstellung eines Einzelschicksals. Vermeintlich soll es rühren, tatsächlich erhöht es bloß die Verkaufsmöglichkeiten. In Teilen unterwirft sich der Künstler aus Gründen der breiten Verkäuflichkeit immer stärker der Banalität und wird als Vertreter ebendieser Banalität in krisenhaften Zeiten nicht als Mahner wahrgenommen. Die Künstlerin, die uns gesellschaftliche Bruchlinien nahebringen und politische Missstände sezieren soll, hat sich überwiegend verkauft, und agiert medial unter der Wahrnehmungsgrenze. Es bedarf schon eines

Nobelpreises gepaart mit fragwürdigen geopolitischen Aussagen, um zumindest ein paar Meinungsspalten des zeitgenössischen Feuilletons zu füllen. Dabei ließe sich dieser Mangel beheben. Wir sollten versuchen, den KünstlerInnen wieder Mut einzuhauchen, indem wir ihnen durch unser Interesse an ihnen Solidarität zusichern, was die politisch Verantwortlichen zwingt, die Netze des Wohlfahrtsstaates stärker über sie zu breiten, damit sie uns ihr Können und ihr Talent breitflächig und solidarisch zur Verfügung stellen, vor allem wenn es der Einzelne am nötigsten braucht.

Nicht jede politische Umwälzung muss mit intellektueller Tiefe begleitet werden, was man passenderweise am Überraschungserfolg der Vengaboy's letzten Sommer festmachen konnte, doch wäre es notwendig, ließe endlich wieder ein Politiker einem Künstler ausrichten: „Hinaus aus Wien mit dem Schuft!“

Theresia Burkheiser ist Diplomandin an der Akademie der bildenden Künste Wien und forscht in ihrer Diplomarbeit zur Geschichte der Buchrestaurierung an der Österreichischen Nationalbibliothek.



Wie Corona die Krisen der Europäischen Union existenzbedrohend verschärft

Aufruf zu europäischer Solidarität unter demokratischen Bedingungen

Anna Katharina Mangold

Die Europäische Union steht an einem historischen Scheidepunkt. Die aktuelle Situation ist viel gefährlicher als alle vergangenen Krisen der seit jeher krisengebeutelten EU. Auch wenn zurecht vor Untergangsszenarien und Schwarzmalerei gewarnt wird, dürfen die Augen nicht verschließen vor den durchaus dramatisch zu nennenden Entwicklungen in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Das Corona-Virus wirkt schon jetzt drastisch als Katalysator für die seit Jahren schwelenden und brennenden Krisen der EU, weil sie sich mit diesen verschränkt. Die gegenwärtige Corona-Pandemie gefährdet nicht nur die Menschen in der EU an Leib und Leben, sondern die Europäische Union als supranationale Gemeinschaft, weil sie die Frage nach ihrer Legitimation, ihrer Daseinsberechtigung, in ungekannter Dringlichkeit aufwirft. Zentral geht es um ein Bewusstsein für die politische und soziale Dimension des europäischen Integrationsprozesses, das in solidarischem Handeln von EU und Mitgliedstaaten münden muss oder enden wird.

Eine Krise birgt narrativ stets die Chance auf Katharsis. Dieser Beitrag analysiert die aktuelle Lage und macht Vorschläge, wie es weitergehen kann.

Finanzkrise und Austeritätsregime

Die Euro- und Staatsschuldenkrise seit 2008 ist bekanntlich beantwortet worden mit rigorosen Austeritätsregimen. Diese haben zu einem drastischen Abbau an Sozialstaatlichkeit in den von der Finanzkrise besonders gebeutelten Mitgliedstaaten geführt. Von den austeritätsbedingten Kürzungen waren und sind nicht zuletzt die Gesundheitssysteme dieser Mitgliedstaaten betroffen. Und so nimmt es

nicht wunder, dass ausgerechnet in Italien, Spanien und Griechenland die Folgen der Corona-Pandemie so drastisch sind.

Das spezifische Verständnis von Kapitalismus, wie es in der Euro- und Staatsschuldenkrise seit 2008 seinen Ausdruck in den Maßnahmen der Troika gefunden hat, führt heute dazu, dass die Überlebenschancen von Unionsbürger*innen in verschiedenen Mitgliedstaaten in der Corona-Krise gesunken sind.

Eine Europäische Union, die derartige Ungleichheiten hinnimmt, muss um ihre fundamentale Legitimation bangen. Die Frage nach den sozialen Ungleichheiten stellt sich schon lange, aber jetzt stellt sie sich in existentieller Weise. Es geht um Leib und Leben der Bürger*innen.

Das Ringen um Corona-Bonds spiegelt auf eigentümliche Weise die asymmetrische finanzielle und wirtschaftliche Machtverteilung in der EU. Italien fleht geradezu um europäische Solidarität (um ein „soziales Schlachthaus“ zu verhindern, so der italienische Finanzminister Gualteri). Viele andere Mitgliedstaaten, vor allem aber das wirtschaftlich so starke Deutschland, befürworten demgegenüber Maßnahmen, die zurückführen auf die in der Finanzkrise entwickelten Instrumente wie den ESM. Wir erinnern uns: genau jene Instrumente also, die zur so drastischen Schiefelage der mitgliedstaatlichen Gesundheitssysteme überhaupt erst geführt haben. Diese Instrumente werden schon jetzt absehbar ohnedies kaum ausreichen, tatsächlich eine Verbesserung der Situation in den wirtschaftlich besonders geschädigten Mitgliedstaaten zu bewirken. Im Grunde führt kein Weg um gemeineuropäische solidarische Ansätze herum.

Migrationskrise und Achtung vor den Menschenrechten Geflüchteter

Die Flüchtlingsschutzkrise hat seit 2015 tiefe Gräben im Verständnis der Mitgliedstaaten sichtbar werden lassen, was als globale Solidarität von der reichen EU zu fordern ist – und welche Solidarität die Mitgliedstaaten innerhalb der EU einander schulden. Während einige Mitgliedstaaten Flüchtlinge aufgenommen haben, schotteten sich andere ab, indem sie Zäune errichteten und das Militär die nationalen Grenzen bewachen ließen. Hintergrund der hier aufgeworfenen Frage nach der flüchtlingsrechtlichen Verantwortung der EU und ihrer Mitgliedstaaten ist nicht zuletzt die Mitverantwortung des globalen Nordens und ganz konkret der EU für die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in Ländern des globalen Südens.

Die jüngsten Entwicklungen an der griechisch-türkischen Grenze rücken einmal mehr die Frage ins Zentrum, welche Verantwortung die EU für den Umgang mit asylsuchenden Menschen seitens der Türkei trifft im Lichte des EU-Türkei-Deals. Die Türkei hat zuletzt die am Evros ausharrenden Geflüchteten offenbar mit militärischer Gewalt auseinandergetrieben, um eine Ausbreitung des Virus zu verhindern. Die Corona-Krise hat den Konflikt um die Verantwortung für Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit in die Peripherie verbannt – aktuell wichtiger erscheint medial, wie es den je eigenen Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten ergeht. Doch befinden sich die Flüchtlinge in einer extrem vulnerablen Position, wenn sie in Lager gepfercht werden, die schon ohne Corona-Virus den grundlegenden menschenrechtlichen Anforderungen an hygienische Bedingungen nicht genügen, geschweige denn Vorkehrungen gegen die Ausbreitung des Virus erlauben. Hier ist eine Krise in der Krise vorprogrammiert.

Griechenland wird mit den zu bewältigenden Herausforderungen im Wesentlichen völlig alleingelassen. Die EU schickt zwar bewaffnete Frontex-Boote (eine dänische Besatzung

widersetzte sich glücklicherweise Anfang März dem Befehl, ein Dingi in internationale Gewässer zurückzudrängen). Von Solidarität der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber Griechenland geschweige denn gegenüber den Flüchtlingen in den griechischen und türkischen Lagern ist in der Krise aber nun gar nichts mehr zu vernehmen. In der medialen Aufmerksamkeitsökonomie reichen die Ressourcen gerade nicht für das abgrundtiefe Elend an der griechisch-türkischen Grenze, das die EU-Außenpolitik mit dem EU-Türkei-Deal mitverursacht hat. Die EU hat hier das Zepter längst an die Mitgliedstaaten abgegeben und vermochte kein einziges Mal, eigene Impulse zu setzen. Die Idee der EU als einer Wertegemeinschaft, welche die gewaltigen Herausforderungen globaler Fluchtbewegungen gemeinsam bewältigen kann, ist im Diskurs seit Jahren gegenüber der Vorstellung von Mitgliedstaaten als fensterlosen souveränen Monaden im Hintertreffen. Appelle an die rechtlichen Verpflichtungen der EU wie ihrer Mitgliedstaaten vermögen hier nur wenig zu bewirken, wenn es am politischen und womöglich auch gesellschaftlichen Willen fehlt, sich zu einer solidarischen Verantwortung für die Menschenrechte Geflüchteter zu bekennen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Händen autoritärer Mitgliedstaaten

Die Rechtsstaatlichkeitskrise in der EU ist ausgelöst von der offen autoritären Haltung der gewählten Regierungen in Ungarn und Polen. Schon vor Corona erwies sich die EU als unfähig, diesen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten. Das Verfahren nach Art. 7 EUV hat sich als politisch nicht durchsetzungsfähig erwiesen. Der Weg über Vertragsverletzungsverfahren und Vorlagen an den EuGH ist schon deswegen kaum erfolversprechend, weil ein zutiefst politisches Problem nicht allein mit rechtlichen Mitteln und gerichtlichen Entscheidungen gelöst werden kann. Das ist zwar der übliche Weg in der europäischen Integrationsgeschichte, in der gerade der EuGH die negative Integration befördert hat – doch

vermag dieser Weg nicht, die Mitgliedstaaten positiv auf die Etablierung gemeinsamer Mindeststandards zu verpflichten. Hierfür braucht es vielmehr eine politische Einigung. Diese Einsicht galt für die ökonomischen Freiheiten ebenso wie sie jetzt gilt für die Sicherung demokratischer und rechtsstaatlicher Mindeststandards. Die Unfähigkeit der EU, hier zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen, verschärft sich nun, weil die Corona-Krise als Vorwand genutzt wird, die weitere Ablösung von rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien zu betreiben. In Polen ging es um einen gewaltigen Vorteil im Wahlkampf für die PiS-Partei. In Ungarn hat Orbán die Gelegenheit genutzt, sich selbst durch diktatorische Kompetenzen zu ermächtigen, was bereits mit 1933 verglichen worden ist. Die Corona-Krise wirkt hier lediglich als Brandbeschleuniger für ohnehin schon lodernde Feuer. Der Rückfall in traditionelle Souveränitätsvorstellungen, denen zufolge jeder Mitgliedstaat für seine inneren politischen Angelegenheiten allein verantwortlich ist, trägt der vielfältigen Verflochtenheit der Rechtsordnungen in der EU nicht Rechnung. Die Mitgliedstaaten sind rechtlich miteinander verbunden und füreinander verantwortlich.

Mehrheiten in der EU organisieren

Die Briten haben aus eigenem Antrieb den Weg aus der EU gesucht und am Ende überraschend noch gefunden. Ungarn könnte womöglich ein unfreiwilliger Ausschluss aus den EU-Institutionen drohen – jedenfalls muss es eine Reaktion geben. Die EU und die anderen Mitgliedstaaten sind weit davon entfernt, mit einer Stimme zu sprechen. Rufe nach einer „strikten politischen Quarantäne“ Ungarns bleiben vereinzelt. Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schweigt vernehmlich zu den Entwicklungen in Ungarn. Die Bereitschaft, ein ganzes Volk, das ja nicht zu 100 % für Orbán und Fidesz gestimmt hat, seinem Schicksal zu überlassen und sich aus der solidarischen Verantwortung zu stehlen, ist kennzeichnend für eine EU, die sich nie recht zu ihrer zutiefst politischen Dimension bekannt hat. Das korrespondiert mit dem fast völligen Fehlen einer gemeineuropäischen und vor allem solidarischen Reaktion auf die

aktuellen Herausforderungen durch Corona und die anderen fundamentalen Krisen. Die EU als föderale Gemeinschaft offenbart derzeit im Wesentlichen ihre Unfähigkeit, die Mitgliedstaaten an einen Tisch zu bringen und gemeinsame Lösungen für die gemeinsamen Probleme zu finden. Die Mitgliedstaaten ziehen sich auf nationale Alleingänge zurück und schließen ihre Grenzen, was für die Bekämpfung der Pandemie offenbar nicht einmal besonders nützlich ist, sondern vor allem Lieferketten im medizinischen Bereich unterbricht wie überhaupt den Warenverkehr einschränkt. Es bedarf zweifellos einer politischen Antwort auf die politischen Herausforderungen, und das muss eine gemeinsame Antwort der Mitgliedstaaten und der EU sein. Prädestiniert hierzu wäre an sich die konservative Parteiengruppe (EPP) als stärkste Fraktion im Europäischen Parlament, die auch unter den mehrheitlich konservativen Regierungen der Mitgliedstaaten eine Mehrheit für eine solche gemeinsame politische Antwort organisieren könnten. Warum nicht einmal die Abgeordneten mit Anschreiben überschütten, um so Druck durch Öffentlichkeit zu erzeugen?

Die politischen Rollen der Kommission und des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament, an sich der zentrale Ort demokratischer Entscheidungsfindung in der EU, ist ein weiteres Mal von der neuen Kommission entmachtet worden. Nicht nur wurde dem Spitzenkandidatenprozess der Garaus gemacht (das bleibt ein veritabler Skandal), was selbst schon Zeichen eines Wiedererstarkens national(istisch)er Tendenzen in den Mitgliedstaaten war. Auch die zarten Pflänzchen institutioneller Kooperation hat die neue Kommissionspräsidentin schnell zertreten, indem sie ihr im Stimmenfang gemachtes Versprechen auf der Stelle zurückgezogen hat, Gesetzgebungsvorhaben aus dem Europäischen Parlament als Kommissionsvorschläge aufzugreifen. Das fehlende Initiativrecht des Europäischen Parlaments hält es auch in der Corona-Krise in Abhängigkeit von der Kommission. Ein Umschwenken der Kommission in der Frage eines

faktischen Initiativrechts könnte beide Institutionen ermächtigen, in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen sichtbar zu agieren. Die ja erst jüngst neu konstituierte Kommission ist bislang nämlich sonderbar blass geblieben, und das mag auch in ihrem unpolitischen Selbstverständnis begründet liegen. Gegen den Willen der Mitgliedstaaten kann sie nichts erreichen, das konnte sie historisch noch nie. Es fehlt momentan aber an einer politischen Strategie, die Mitgliedstaaten an ihre gemeinsamen Interessen zu erinnern und zu solidarischem Handeln zu bewegen. Es war historisch stets eine wichtige Funktion der Kommission, auch widerborstige Mitgliedstaaten an einen Tisch zu bringen und auf föderaler Ebene zu einem Ausgleich der Interessen zu gelangen. Da Ursula von der Leyen Kommissionpräsidentin von Gnaden der Mitgliedstaaten ist, nicht aber über eine eigene demokratische Legitimationsbasis verfügt, ist ihre Verhandlungsposition als Mediatorin in den aktuell dringend benötigten Aushandlungsprozessen empfindlich geschwächt. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament würde ihr deutlich Rückenwind verschaffen.

Die Hoffnung auf Europäische Solidarität

Trotz des ernüchternden Befundes dieser Analyse gilt: „Die Europäische Union ist die schlechteste aller europäischen Regierungsformen, mit Ausnahme aller anderen.“ Es gibt keine Alternative zur Hoffnung auf die EU. Diese Hoffnung ist gespeist von der Überzeugung, dass die gegenwärtige Corona-Krise in ihrer Verschlungenheit mit den bereits länger andauernden Krisen der EU auch eine Chance birgt – die Chance, die Frage nach der Finalität der EU neu zu stellen und konstruktive Antworten zu liefern.

Als wichtigster Hoffnungsschimmer am Horizont muss die demokratische Öffentlichkeit auf europäischer Ebene in die aktuelle politische (lesenswerte!) Beschlussfindung eingebunden werden.

Denkbar sind hier drei Ansatzpunkte:

1. Das Europäische Parlament erhält die demokratisch gebotene zentrale Rolle im Institutionenreigen der EU und ein faktisches Initiativrecht, um gemeinsam mit der Kommission

politische Impulse setzen zu können (das könnte ohne Vertragsänderung über ein Aufgreifen von Parlamentsvorschlägen seitens der Kommission erfolgen, wie von Ursula von der Leyen ursprünglich zugesagt).

2. Die EU-Kommission agiert als echte europäische Regierung politisch verantwortlich gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und rückgebunden an die europäische Öffentlichkeit. Solcherart mit eigener Legitimation ausgestattet, kann sie als Vermittlerin zwischen den Mitgliedstaaten agieren und damit eine traditionelle historische Rolle mit neuem Leben erfüllen.

3. Die politische und die soziale Integration in der EU werden als zentrale Pfeiler des europäischen Einigungsprozesses anerkannt. Klare politische Bekenntnisse, was an Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grunderfordernissen von Mitgliedstaaten erwartet werden muss in der Wertegemeinschaft der EU, gehören dazu ebenso wie ein solidarisches wirtschaftliches und fiskalisches Handeln (etwa durch Corona-Bonds).

In der griechischen Tragödie folgt auf die Krisis (als Entscheidungssituation) eine Katharsis – die Reinigung. Dieses Potential liegt auch in der aktuellen Krise. Es muss freilich entfaltet werden. Die Entscheidung zur Reinigung muss aktiv getroffen werden. Dieser Text ist ein Appell, diese Entscheidung zugunsten der EU zu treffen, zugunsten einer solidarischen und demokratischen EU. Ansätze dazu sind genügend vorhanden.

Anna Katharina Mangold ist Professorin für Europarecht an der Europa-Universität Flensburg.

Dieser Beitrag ist zuerst unter gleichem Titel am 3. April 2020 auf dem Verfassungsblog (www.verfassungsblog.de/wie-corona-die-krisen-der-europaeischen-union-existenzbedrohend-verschaerft) erschienen; für den Wiederabdruck wurden die Online-Quellen getilgt und eine minimale Überarbeitung vorgenommen.



EU Solidarität in der Krise – Wie solidarisch ist Europa wirklich?

Laura Hafeneder

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“

- Karl Marx, 1852

Die gegenwärtige globale Krisen-Situation rüttelte stark am solidarisch geglaubten Europa. Die idealistisch geprägte Europäische Union erfährt nun abermals einen Realitätsschock bezüglich solidarischem Zusammenhalt und dem kollektivem Management von Krisen. In der Behandlung vergangener Hürden wie die ökonomische Krise 2007 oder der Migrationsbewegung 2015 wurden die Handlungsmuster einzelner Nationalstaaten zum bestimmenden Merkmal und spiegelten eine bereits bekannte, abgeschottete Grundstimmung wieder.

Grundlegend befindet sich die Europäische Union in einem Dilemma aus rechtspopulistischem Ruck, systemstruktureller Erschwerungen, fehlender Bürgersolidarität und internationalem Wettbewerb. Inwiefern drückt jene stattfindende globale Krise in eine schon seit langem offene Wunde des supranationalen Projekts? Und vor allem: wie solidarisch steht Europa in einer Zeit, in der die Nationalstaatlichkeit von Staaten aktiv an erste Stelle gerückt wird, zueinander?

Wo stehen wir? Wie kamen wir dorthin?

Bereits 1815 versammelten sich die Großmächte Europas in Wien, um mittels eines Kongresses Europa neu anzuordnen, individuelle Herrschaftsmacht

zu erweitern und bestenfalls kollektiv Frieden zu verbreiten. Eines der damaligen Ergebnisse war die Pentarchie, welche eine europäische Friedenssicherung versprach, allerdings bereits Mitte des 19. Jahrhunderts zerbrach und somit scheiterte. Es folgten Kriege und gewaltvolle Auseinandersetzungen – Europa wurde zum Schauplatz für Massensterben und Vernichtung von Natur und Mensch bis 1945. Der nach Kriegsende essentielle innereuropäische Frieden konnte durch einen vertraglichen Zusammenschluss gewährleistet werden – das Vorbild der heutigen Europäischen Union. 1950 begann sich also die Utopie von finaler europäischer Einigung zu verwirklichen. Europa als multikulturelles Gebilde verschiedenster Mächte, das durch vorwiegend wirtschaftliche Zusammenarbeit besteht. Die damalige Notwendigkeit des Zusammenschlusses hat sich in den letzten 70 Jahren zentralisiert, allerdings wurden die Augen verschlossen, wie essentiell eine Fusion des europäischen, vielseitigen Kulturerbes ist. Kultur in ihrer Differenz und Einigkeit als Verbindungsglied der Bevölkerung über staatliche gesetzte Grenzen hinaus. Joschka Fischer, der ehemalige deutsche Außenminister und 1999 Präsident des Rates der Europäischen Union, sagte 1994 folgendes: „Die Nationen machen Europa aus, ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Unterschiede und ihre Gemeinsamkeiten, und diese Nationen sind viel älter als die Nationalstaaten.“ (Joschka Fischer 1994) Europa ist, vergangen wie gegenwärtig, ein Kontinent der Diversität, der Wanderung und Herausforderung. Es wurde teilweise verpasst die Unionsbürger*innen mittels Kultur soweit in ihren Unterschieden zu vereinen, dass sie supranationale Solidarität leben und sich zusammen stärken. Das kollektive Teilen einer Währung, eines Binnenmarkts und freien Personen- und Warenverkehrs war

anfänglich genug, reicht heute allerdings nicht mehr aus, um eine Gemeinschaft zu fundieren, die sich durch zahlreiche beträchtliche Krisen immer neu beweisen muss. Der Solidaritätsgedanke der Union erfährt unterschiedliche Interpretation, denn Mitgliedsstaaten verstehen die Art und Intensität des Zusammenhalts unterschiedlich. Die technokratisch aufgebaute Union erlebt seit Jahren Kritik von Bürger*innen und schleichende Veränderungen im supranationalen Klima lassen sich erkennen. Bei mehreren entgegengesetzten Handlungstendenzen von Staaten kann keine einheitliche Richtung angestrebt werden und Unmut macht sich bei einigen der knapp 450 Millionen Menschen breit. Stagnation ist vorprogrammiert. Der aufkommende Rechtspopulismus, als akzeptierte politische Strömung, stellt sich euroskeptisch und kulturpessimistisch gegen die Union und den inkludierenden Grundgedanken. Er kann auch bereits ein direktes Opfer vermerken, Großbritannien. (vgl. Taggert/Szczerbiak 2018) Jean-Claude Juncker ermahnte Europäer*innen bereits 2009 als Präsident der Europäischen Kommission „Kümmert euch um Europa, kämpft mit ganzer Kraft gegen den dummen und bornierten Nationalismus. Es lebe Europa!“ (tagesschau.de 2020). Der Trend, antiliberalen und multikulturverabscheuende Ideologien salonfähig zu machen, erlangt weiterhin europaweit Brisanz, Ungarn tritt hier als Vorreiter auf und Polen macht es der durch Orbans Identitätspolitik verkommene Rechtsstaatlichkeit gleich.

Der Prozess der Ungleichheit in den europäischen Haushalten wird auf multiplen Ebenen von Krisen beschleunigt. Finanziell, kulturell aber auch sozial reproduzieren sich die Krisenfolgen gegenseitig, werden durch jede neue Krise weiter verstärkt und verwurzeln sich stärker in den Köpfen der Bürger*innen. (vgl. europa.eu 2012) Das Entgegenhalten der EU Institutionen mittels Angeboten wie Erasmus+ und Roaming zu Inlandspreisen soll Bürger*innen direkt ansprechen und auf die europäischen Chancen aufmerksam machen. Allerdings stellt sich die Frage inwiefern dies auch gesamtgesellschaftlich greift. Populismus und die dauernde Abhängigkeit der Mitgliedsländer lenken die EU in eine Richtung in der von

Entscheidungsmacht keine Rede ist – das vorhandene Systemdefizit ist klar zu spüren. Nun steht der gesamte Planet jedoch vor einer neuen, in diesem Zeitalter noch nicht dagewesenen, Herausforderung. Eine Gesundheitskrise die zeitweilen die ganze Welt zum Stillstand gebracht hat stellt auch den supranationalen Gemeinschaftssinn der Union auf eine harte Probe.

Solidarität als Klausel

Solidarität kann viele Formen annehmen und es ist schwer sie eindeutig zu definieren. Das Aufkommen des deutschen Solidaritätsbegriffs kann auf das 19. Jahrhundert datiert werden. Er weitete sich ständig aus, so dass er sich als moralischen Prinzip etablierte. (vgl. Gussone 2011: 21 ff.) Ganz nach dem Bonmot „tous ensemble et un seul pour tous“, nach den Gebrüder Grimm, kann Solidarität verstanden werden. Europäische Solidarität lässt sich nach Kegler und Mehlhausen als ein geografisch begrenzter und ständig variierender Effekt deklarieren. Ständig variierend, weil abhängig von der Motivation der Handelnden, der Ausrichtung der Solidarleistung und auch der Sphäre der beteiligten Akteur*innen, individuell abgewogen wird. Inwiefern europäische Solidarität der einzelnen Mitglieder gelebt wird oder eben auch nicht, wird in einem ständigen Prozess abgewogen. (vgl. Kegler/Mehlhausen 2014: 53) Speziell die Konzeption des nationalstaatlichen Gebildes Mitte des 20. Jahrhunderts, inklusive dessen wohlfahrtsstaatliche Umverteilungssysteme, förderte innerhalb der Grenzen ganzgesellschaftlich umfassende Solidaritätszusammenhänge, die als „Nationalisierung von Solidaritätspraktiken“ bezeichnet werden. (vgl. Mau 2008: 9 ff.) Die diversen Völker der Union sind geprägt von unterschiedlichen Geschichten, Kulturen und Sprachen. Im Unionsprojekt sollten diese multiplen Kulturen als neuer, diverser und doch einheitlicher europäischer Demos vereint werden. Es korrelieren unterschiedliche Solidarpraktiken miteinander – nationalstaatlich und supranational, intergouvernemental oder transnational. In Europäisierungsperspektive reichen politische und wirtschaftliche Bestrebungen nicht aus, um Legitimation und Sinn für Inklusion zu verankern (vgl. ebd.), besonders nicht zur Lösung der,

im Euroraum stattfindenden, Krisen. Die strukturell-systematischen Gegebenheiten erschweren praktisch angewandte, supranationale Solidarität innerhalb der Union und ihrer Bürger*innen zunehmend. Habermas plädierte bereits im Jahr 2012 für die Entladung der nationalen Egoismen im Unionsraum, denn die Europäische Zukunft liege in den Händen aller und beruhe auf einem gemeinsamen Schicksal (vgl. Schröder 2019). Einen einheitlichen Solidaribegriff zu operationalisieren, der praktische Anwendung außerhalb des politisch-programmatischen Rahmens findet, stellt sich angesichts unterschiedlicher Interpretationen gemeinschaftlicher Praktiken als unrealisierbar heraus.

Allerdings wurde bereits 1951 im Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl das Gemeinschaftsverständnis des supranationalen Projekts erläutert (vgl. Gussone 2011: 52 ff.) Theoretisch wurde das Prinzip der grundlegenden Solidarität bereits 1992 im Maastricht-Vertrag verankert und fand 2007 im Vertrag von Lissabon weitere Absicherung als zentrales Rechtsprinzip (vgl. ebd.). Obwohl eine Verankerung in primärrechtlichen Verträgen geschehen ist, kennt das Völkerrecht keine allgemeine Solidaritätspflicht zwischen den Mitgliedsstaaten. (vgl. Nettesheim 2018: 2) In der vage formulierten Solidaritätsklausel, welche durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) eingeführt wurde, werden grob Sequenzen über aktive Solidaritätsausübung von der EU und ihren Mitgliedsländern, beschrieben. Die Europäische Union und deren Mitglieder sollen bei terroristischen Bedrohungen auf EU-weitem Territorium helfen und wenn Länder von Natur oder vom Mensch herbeigeführten Katastrophen bedroht sind. (vgl. eur-lex.europa.eu) Weitere Artikel fokussieren sich auch auf Migration und Asyl (Art. 67 AEUV), wirtschaftliche Schieflagen (Art. 122 AEUV) und die allgemeine Solidaritätsklausel (Art. 222 AEUV) – in all jenen Bereichen ist vereintes, solidarischen Handeln gefragt. (vgl. Nettesheim 2018: 3) Eine genaue solidarische Vorgehensweise wird jedoch meist nicht beschrieben. Somit findet sich die Union wieder einmal in der Lage wieder, auf die Absprache und Zustimmung der Mitglieder angewiesen zu sein, bevor gehandelt werden kann. Die Notwendigkeit von

mehr direkten Demokratieelementen, authentischer Repräsentation, mehr Transparenz und vor allem einem solidarischen Miteinander auf Unionslevel sind notwendige realpolitische Veränderungen, damit die Institution auch zukünftig Anerkennung bekommt. Die vielfache Nennung eines sozialen Europas in Verträgen und Ansprachen soll die mangelnde inhaltliche Einigung der Mitgliedsstaaten in Solidaritätsbelangen überdecken. Die bisher bewältigten Krisen ziehen einen langen, desaströsen Rattenschwanz hinter sich her, welcher von Tag zu Tag weitere gesellschaftspolitische Auswirkungen auf internationale Beziehungen und auch Individuen hat, wie die Infragestellung demokratischer Legitimation von Bürger*innen gegenüber der Union (vgl. Tosun 2014). Es werden Grundsatzfragen aufgeworfen: Ist der zukünftige Weg aus Krisen nationalstaatlich abgegrenzt? Wie viel Autoritätsmacht hat die EU wirklich und wie viel würde sie brauchen?

Covid-19 öffnet Augen aber verschließt Grenzen

Im Dezember 2019 meldet die chinesische Metropole Wuhan, den Ausbruch eines neuartigen Virus, der sich mit rasanter Geschwindigkeit global auszubreiten droht. Die global adressierte Meldung kam 45 Tage nachdem die/der erste Sars-CoV-2 Patient*in auftauchte. Nicht nur die globale Zusammenarbeit und Kommunikation mit China stellte sich als lückenhaft heraus, sondern zudem war auch der supranationale Umgang mit der Krisensituation lasch. Denn beispielsweise verstrich über ein Monat bis am 28. Januar 2020, unter kroatischem Ratsvorsitz, die europäische Krisenaktionsregelung (IPCR) aktiviert wurde (zeitgleich mit dem Ausstieg Großbritanniens aus der EU). (vgl. ec.europa.eu 2020) Jener EU-Rahmen, welches als Koordinierungsprinzip unterschiedlicher Sektoren auf höchster politischer Ebene fungieren soll, inkludiert den gemeinsamen Informationsaustausch-Modus in der Union, hat allerdings keine Aktionsermächtigung. Am 30. Januar wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Ausbruch von COVID-19 zu einer gesundheitlichen Notlage erklärt. (vgl. who.int 2020) Bis dahin war eine globale Unruhe noch nicht wirklich spürbar und

auch danach haben europäische Staaten die Pandemie nicht priorisiert – bis auf das betroffene Italien. Ende Februar bittet Italien seine Unionspartner*innen um Hilfe, allerdings ohne wirkliche Reaktionen. Der sich langsam verbreitende Trend ist ein durchgängiger: Staaten bereiten sich individuell, nationalstaatlich auf eine Bekämpfung vor. Doch was bedeutet das für die EU? Die Schließung der Binnengrenzen stand im März auf der mitgliedstaatlichen Agenda. Das Fehlen an Autoritätsmacht referiert ein weiteres Mal auf das Systemdefizit der Union, welches sich schon seit langer Zeit durch europäische Krisen zieht. Somit obliegt die Entscheidungsmacht vertraglich allein bei den Nationalstaaten und deren gegenwärtigen Regierungen und jene Reaktionen auf eine globale Pandemie äußerten sich anfänglich abgeschottet. Eine Abschottung kann als Schutzleistung für andere aber gleichzeitig auch als egoistischer Akt der Abkapselung angesehen werden. Die Ausgangssituationen und Gründe einzelner Staaten für die separierte Krisenbewältigung sind unterschiedlich und nicht alle ziehen aus dem Vorgehen Vorteile und schon gar nicht die Union, welche auch in Krisen die Funktion der Einigung erfüllen sollte. Auch Österreich, als eines von zahlreichen Ländern der Union, hat die Grenzen des Schengen-Raums Mitte März gesperrt. Die österreichische Regierung ging allerdings noch einen Schritt weiter und hat ohne Konsultation der Nachbarregierung Italiens bereits vor Grenzschießung, Grenzkontrollen am Brenner vollzogen. Auch andere Mitgliedsstaaten wie Deutschland und Frankreich verhängten Exportverbote für medizinische Produkte. Ungarn und Polen versuchen nun offiziell autoritäre Strukturen, wie beispielsweise die Einschränkung der Pressefreiheit, zu etablieren (vgl. eu-infothek.com 2018) und die generelle Situation auf den griechischen Inseln wurde für flüchtende Menschen noch extremer. An den europäischen Außengrenzen treffen menschenrechtswidrige Bedingungen, Freiheitsentzug und unvorstellbare Perspektivenlosigkeit von geflohenen Menschen auf anfängliches Niederschweigen und verantwortungslose Separation von Seiten europäischer Politik. EU-weit leben nationalstaatlich, abgegrenzte Reaktionen, welche auch in vergangenen

europäischen Krisen Anwendung fanden, wieder auf. Die Union scheint im Frühjahr 2020 machtlos zu sein. Grundsätzlich regeln Gesundheitsbelange die EU-Mitgliedsstaaten eigenständig, allerdings ist ein Gesundheitsbelang wie Covid-19 ein Extremfall, der dringende Zusammenarbeit erfordert. Bis zum 28. August wurden im EU-Raum über 2 Millionen Fälle mit über 180.000 Todesfällen registriert (vgl. ecdc.europa.eu 2020) mit steigender Tendenz. Die daraus bereits entstandenen und auch zukünftig weiter entstehenden wirtschaftlichen, sozialen, individuellen und politischen Folgen sind ungreifbar. Eine damalige Schließung des Schengen-Raums auf unbestimmte Zeit entzog den Bürgerinnen und Bürgern der Union exakt jenes Recht, in welchem sie laut dem Eurobarometer 2019 die meisten Vorteile sehen – freie Mobilität (vgl. Eurobarometer 2019). Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik hat am zweiten April eine österreichweite Befragung durchgeführt: Knapp 40 Prozent der repräsentativen Stichprobe erwartet anhand der Krise eine Schwächung im Zusammenhalt der Union. Weiterhin schätzen 43 Prozent der Befragten in Österreich, dass es keinen Unterschied machen würde, ob Österreich Mitglied in der Europäischen Union sei. (vgl. ögfe.at 2020) Die Befragten sprechen sich gegen die europäische Gemeinschaft aus.

Noch brisanter fallen Meinungsäußerungen in Italien aus, der Zuspruch für China, befürwortet durch erbrachte medizinische Hilfeleistungen der Volksrepublik, stieg von zehn auf 52 Prozent. Dem entgegensetzen ist das Vertrauen der italienischen Bevölkerung in die Europäische Union, welches knapp 15 Prozentpunkt verlor und somit bei 27 Prozent liegt. (vgl. SWG.it 2020) Russland und China werden aus italienischer Sicht zu engeren Verbündeten gezählt als die territorial umgebende Union. Eine fatale Entwicklung für eines der Gründungsländer der EU. Die bereits seit Beginn der Krise diskutierten europäischen Maßnahmen wurden erst spät von einigen Mitgliedsstaaten in Betracht gezogen. Eine Anfang März einsetzende „drei Pfeiler-Lösung“ wurde vor allem von den anführenden europäischen Großmächten Deutschland und Frankreich befürwortet und umfasst medizinische Belange, innereuropäische Mobilität und die

Wirtschaftsankurbelung. (vgl. ec.europa.eu 2020) So wurde beispielsweise auch der bereits aus der Eurokrise bekannte Begriff der Eurobonds, besser gesagt Coronabonds, debattiert. Heute wie damals wird die solidarische Anleihe von vielen Mitgliedsländern abgelehnt. Allerdings wurde eine sehr ähnliche Vorgehensweise, auf Wunsch von Deutschland und Frankreich, in Erwägung gezogen – die Wiederaufbaufonds. Die Anleihen, die erst 2027 zurückgezahlt werden müssen und sich eigentlich EU-Verträgen widersetzen, werden als Zuschüsse an Staaten in Not weitergereicht. Die von EU-Institutionen begrüßte Idee trifft auf Gegenwind von vier Mitgliedsstaaten – Österreich, Schweden, Niederlande und Dänemark. (vgl. faz.net 2020) Derweilen liebäugelt die EU-Kommission damit, die Finanzmittel des EU-Haushalts als monetäre Spritze für jene Staaten zu verwenden, die dies wirtschaftlich während und nach der Krise am stärksten benötigen. An einem neuen Vorschlag für die langfristigen Haushalt wird gearbeitet, ein Konjunkturpaket soll inkludiert sein. (vgl. europarl.europa.eu 2020) Eine weitere, von Brüssel ausgehende Initiative stellt die Global Response dar, welche am vierten Mai offiziell realisiert wurde. Ursula Von der Leyen, Präsidentin der europäischen Kommission, setzt sich zum Ziel, 7,5 Milliarden Euro an Spenden einzutreiben, um globale, universelle und gemeinsame medizinische Versorgung gegen Sars-CoV-2 zu ermöglichen. (vgl. global-response.europa.eu 2020) Bis September wurden knapp 16 Milliarden Euro gesammelt. Die grundlegende Auffassung, globale Zusammenarbeit zu fördern und die zukünftigen Ergebnisse den Menschen weltweit gleichberechtigt, solidarisch zur Verfügung zu stellen, könnte bereits vergangene solidarische, humanitäre Sentiments aufleben lassen. Die EU versucht mittels monetärer Zuschüsse, dem richtigen Agenda Setting und den vorliegenden politischen Instrumenten den Mitgliedsstaaten unter die Arme zu greifen, für dies bedarf es aber Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten!



Conclusio

Es lässt sich zweifeln, ob Nationalstaaten innerhalb der Union auch wieder zueinanderfinden. Dies ist künftig aber essentiell. Auch wenn anfänglich eine Handlungsunfähigkeit der Union vermerkt wurde, muss festgehalten werden, dass die EU nur so stark ist, wie ihre Mitglieder wollen. Die Entscheidungshoheit liegt bei den 27 Staaten und deren Willen, gemeinsam, solidarisch oder mit geschlossenen Grenzen und souverän zu handeln. Die zukünftigen Herausforderungen, wie die Bekämpfung der Pandemie, das Entstehen für unser Klima und Entlastung des Planeten, menschenfreundliche Migration und auch systemrelevante wirtschaftliche Veränderungen verlangen grenzüberschreitende Solidarität und auch globale Zusammenarbeit. In einer so globalisierten Welt sind nationalstaatlich gezogene Grenzen neu zu definieren und enge internationale Zusammenarbeit wird zukünftig fundamental sein. Die Europäische Union ist ein komplexes System, das in ihrer Art einmalig ist. Das Zusammenspiel von souveränen Mitgliedsstaaten, den jeweiligen Bürger*innen dieser und der Union als übergeordnetes Verbindungsglied führt zu friedlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb Europas und muss weiter ausgebaut werden, um Stagnation zu verhindern. In Bezug auf Covid-19 ist die Europäische Union allerdings die einzige Institution in Europa, die die Ressourcen hat, um alle Mitgliedsstaaten vereint aus der Krise zu befreien. Allerdings ist die Europäische Union auch nur so stark wie es ihre Mitglieder wollen. Vor Augen zu halten ist in Puncto Zusammenarbeit eines: nach der Krise ist vor der Krise.

Laura Hafeneder studierte Publizistik & Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Wien und ist jetzt als freie Journalistin in Wien tätig.

Quellen

EU-Infothek. 2018. Nach Polen steht nun auch Ungarn am rechtsstaatlichen Pranger. Abgerufen am 25.10.2020 von www.eu-infothek.com/nach-polen-steht-nun-auch-ungarn-am-rechtsstaatlichen-pranger/
 EUR-LEX.eu. 2020. Abgerufen am 17.04.2020 von eur-lex.europa.eu/summary/glossary/solidarity_clause.html?locale=de

Europa.eu. 2020. Der Corona-Krisenstab der Europäischen Kommission. Abgerufen am 27.08.2020 von ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/european-commissions-action-coronavirus_de.

Europa.eu. 2020. Die EU – kurz gefasst. Abgerufen am 17.04.2020 von europa.eu/european-union/about-eu/eu-in-brief_de.

Europa.eu. 2020. Global Goal: Unite for our Future. Abgerufen am 27.08.2020 von global-response.europa.eu/index_de.

ECDC.europa.eu. 2020. COVID-19 situation update for the EU-EEA and the UK, as of 28 August 2020. Abgerufen am 28.08.2020 von www.ecdc.europa.eu/en/cases-2019-ncov-eueea.

Europarl.europa.eu. 2020. 10 Maßnahmen der EU zur Bekämpfung des Coronavirus. Abgerufen am 27.08.2020 von www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/priorities/eu-antwort-auf-das-coronavirus/20200327STO76004/10-massnahmen-der-eu-zur-bekampfung-des-coronavirus.

Europarl.europa.eu. 2012. Folgen der Euro-Krise: Schuldenberge und psychische Erkrankungen. Abgerufen am 25.10.2020 von www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20120618STO47109/folgen-der-euro-krise-schuldenberge-und-psychische-erkrankungen.

Fischer, Joschka. 2018. Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik. Kiwi Bibliothek.

Gussone, Peter. 2011. Das Solidaritätsprinzip in der Europäischen Union und seine Grenzen. Duncker & Humboldt GmbH

Kafsack, Hendrick. 2020. Sind das Corona-Bonds durch die Hintertür?. Abgerufen am 27.07.2020 von www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-wiederaufbaufonds-sind-das-corona-bonds-durch-die-hintertuer-16776900-p2.html.

Mau, Steffen. 2008. Europäische Solidarität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Internationale Solidarität. 21/2008, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 9-14.

Marx, Karl. 2016. Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Hofenberg.

Nettesheim, Martin. 2018. Konzeption und Dimensionen von Solidarität im Recht der Europäischen Union. Springer Wiesbaden.

ÖGfE. 2020. ÖGfE-Schmidt: ÖsterreicherInnen sehen Corona-Krise als Test für europäische Solidarität. Abgerufen am 05.04.2020 von www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200402_OTSO013/oegfe-schmidt-oesterreicherinnen-sehen-corona-krise-als-test-fuer-europaeische-solidaritaet.

Schröder, Lothar. 2019. Der Aufklärer. Habermas wird 90. In: rp-online. Abgerufen am 25.10.2020 von rp-online.de/kultur/der-aufklaerer-aus-deutschland-juergen-habermas-wird-90_aid-39463667.

Statista.com. 2019. Abgerufen am 22.04.2020 von de.statista.com/statistik/daten/studie/992407/umfrage/eurobarometer-umfrage-zur-wahrnehmung-als-buerger-der-europaeischen-union-aufgeschlüsselt-nach-laendern/.

SWG. 2020. Abgerufen am 04.05.2020 von www.swg.it/observatory.

Taggart, Paul. Szczerbiak, Aleks. 2018. Putting Brexit into perspective: the effect of the Eurozone and migration crises and Brexit on Euroscepticism in European states. In: Journal European Public Policy., 1194-1214.

Tosun, Jale. Wetzel, Anne & Zapryanova, Galina. 2014. The EU in Crisis: Advancing the Debate. In: Journal of European Integration, 36:3, 195-211.

Ueberbach, Stephan. 2019. Kämpft gegen dummen Nationalismus!. Abgerufen am 28.08.2020 von www.tagesschau.de/ausland/juncker-abschied-103.html.

WHO.int. 2020. Archived: WHO Timeline - Covid-19. Abgerufen am 27.08.2020 von www.who.int/news-room/detail/27-04-2020-who-timeline---covid-19.



Dort wo graue Haare fallen

Lea Schmidtbauer

ich flieg dich einmal um die Welt
direkt bis vor meine Tür
darfst hierbleiben
wochenlang
schließlich hab ich dich bestellt

ein Flugzeug voller ungeliebter Jobs
ein Flugzeug voller für-mich-wär-das-nichts
seh ich dich?
nicht im Angesicht deines Verzichts

merkst du das?
komm
merk es dir
es steht auf für dich designten Blättern

ob sie polnisch, rumänisch
ungarisch, slowakisch
oder auch bulgarisch spricht
nur leider
meine Liebe
egal welche Sprache
ich sprech sie nicht

bitte
Unterstützung bei der Lebensführung
gern bin ich dir arbeitgebend
selbstständig
noch besser
weniger an meinen Händen klebend

und die Agentur?
wer braucht schon Mindestlohn
liebst du nicht auch den Hohn
lass uns doch zusammen lachen
hol mir nur kurz meine Sachen
der Mensch er gibt so viel zurück
doch bitte lass von deinem Glück
ein bisschen mehr
in unsrem Land
versprochen

deine Arbeit wird auch nicht verkannt
drum klatsch ich für dich
und lass dich fliegen
ab und an auch auf die Nase
weil ich das
eben selbst nicht will

die Freizügigkeit
als Arbeitskraft
die geb ich dir
das hast du schon geschafft
doch was soll frei schon weiter heißen
auf den Knochen
auf den wirst du noch länger beißen

168 Stunden bitte sehr
35?
wo kommt ihr her?
ist mir eigentlich auch egal
mein Geldbeutel ist nun mal schmal
und außerdem ist es deine Wahl
wir erwarten dich
in unserem Tal

gegraben haben wir die Grube selbst
fallen jedoch wirst wieder du
die du die Welt grad hältst

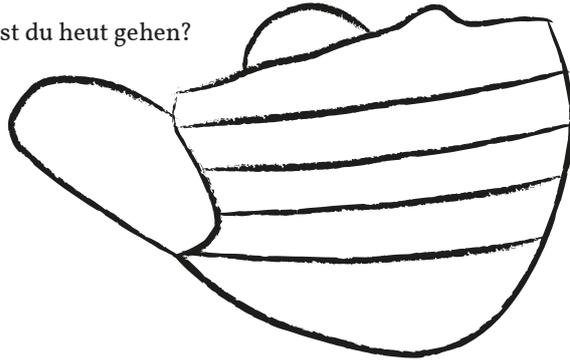
die Dankbarkeit
auch sie
sie fällt
gering
viel zu gering oft aus

nun lasst uns heut als Anlass nehmen
Aufmerksamkeit schenken
den sozialen Themen

Solidarität?

ich möcht dich sehen
so hart es klingt
ab sofort bitte auch in Scheinen
und in den Gesetzesbüchern
doch nicht nur für die deinen

dort wo graue Haare fallen
lassen wir so viele stehen
wo stehst du
Sozialstaat
bei welchem Budget wirst du heut gehen?



Die Gleichstellungspolitik krankt

Coronakrise als mögliche Heilung?

Sabine Doll & Fatma Uysal

Das Coronavirus, COVID-19, ist spätestens im März 2020 endgültig im Bewusstsein der ÖsterreicherInnen angekommen und mit ihm die Gewissheit, dass viele Berufe, die schlecht entlohnt werden und physisch und/oder psychisch belastend sind, unsere Gesellschaften, jetzt mehr denn je, am Laufen halten. In diesen Berufen, zu denen unter anderem VerkaufsmitarbeiterInnen, Pflege- sowie Reinigungspersonal zählen und von der Frauenministerin Susanne Raab als „Heldinnen des Alltags“ (SN, 28.03.2020) bezeichnet werden, arbeiten, laut dem Forschungsnetzwerk des Arbeitsmarktservice Österreich, vorrangig Frauen (AMS Österreich 2016).

Während der Großteil der Bevölkerung ab dem 16. März 2020 durch eine Verordnung auf Grundlage des COVID-19-Maßnahmengesetzes bis auf Weiteres dazu angehalten wurde, nur mehr in bestimmten Ausnahmen öffentliche Plätze zu betreten, sind genau diese Berufsgruppen in dieser Zeit nicht nur deutlich als die Eckpfeiler unserer Gesellschaft hervorgetreten, sondern auch als eine mit einem erhöhten Infektionsrisiko (Bundesgesetzblatt 2020: 98. Verordnung). 85 Prozent des Krankenpflegepersonals in Krankenhäusern Frauen, im Bereich der Pflegehilfskräfte sind sogar 87 Prozent weiblich (Madner, 21.03.2020); sie tragen maßgeblich dazu bei, Menschenleben zu retten und das Virus zu besiegen, wie auch der österreichische Gesundheitsminister Rudolf Anschober anmerkte: „Das Spitalspersonal ist ein Schlüssel zum Erfolg“ (Madner, 21.03.2020).

Es wird deutlich, dass Frauen von dieser Krise stärker betroffen sind als Männer, da auch vor COVID-19 viele Frauen eine Doppelbelastung innehatten, in der sie Job und Familie in Einklang bringen mussten, während sie im Durchschnitt immer noch schlechter verdienten als Männer. Dadurch spitzt sich ihre Lage noch mehr zu. Diese unweizgerliche Offenlegung faktisch existierender geschlechtlicher Ungleichstellung wird

nun häufiger von Medien angesprochen und man fragt sich: Könnte die Coronakrise die Gleichstellungspolitik in Österreich positiv vorantreiben?

Die österreichische Regierung hob den Einsatz des Gesundheitspersonals bei zahlreichen Fernsehauftritten wie Pressekonferenzen bereits lobend hervor und versprach Unterstützung. Auch der Rest der österreichischen Bevölkerung begann sich auf verschiedene Arten solidarisch zu zeigen.

Nun stellt sich die Frage, inwiefern es möglich ist, dass während der Coronakrise innerhalb einer sozialen Ordnung solidarisch gehandelt wird. Welche Maßnahmen beziehungsweise welche Solidaritätsaspekte wurden in der Coronakrise von dem Staat entwickelt und umgesetzt?

Solidarität als Grundaspekt der Maßnahmen

Émile Durkheim definiert in seinem Werk „Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften“ (Durkheim 1992) den Begriff „Solidarität“. Der Begriff „Solidarität“ wird als „ein Beziehungsmodus, eine Form der Soziabilität, die den Zusammenhang und die Funktionsweise einer Gesellschaft mit dem entsprechenden Wertesystem beschreibt“ verstanden (Korte 2000: 68).

Durkheim unterscheidet zwischen organischer und mechanischer Solidarität: Die mechanische Solidarität bezieht sich vor allem auf die eigene Gruppe (eigene Familie, Volk oder Klasse) und innerhalb dieser Gruppe ist laut Durkheim jeder einem ähnlich. Nur der Fremde hat in dieser sozialen Konstellation keinen Anspruch auf Solidarität: „Innerhalb der eigenen Gruppe herrscht Solidarität; außerhalb darf unsolidarisch gehandelt werden“ (Seiser/Mader 2020 o.S.). Die organische Solidarität beruht nicht auf bestimmten Gruppenzugehörigkeiten,

sondern auf wechselseitiger Angewiesenheit. Denn in einer modernen, arbeitsteiligen Gesellschaft kann ein soziales Segment nicht ohne das Andere bestehen. Hierbei wird die Solidarität durch die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt durch Arbeitsteilung aller Individuen in einer Gesellschaft deutlich (Seiser/Mader 2020).

Zu den ersten Maßnahmen der Regierung gehören eine landesweite Ausgangsbeschränkung sowie eine Totalsperre für gastronomische Betriebe und für Verkaufsgeschäfte. Zudem sind Hygieneregeln (Mund-Nasen-Schutz; Abstand von mindestens einem Meter) zur Verhinderung der Verbreitung des Virus in den Supermärkten und öffentlichen Verkehrsmittel einzuhalten. Supermärkte sperren um 19 Uhr zu, mit der Begründung, dass MitarbeiterInnen dadurch besser vor Infektionen geschützt werden. Ob auf diese Weise die Ansteckungsgefahr minimiert werden kann, kann hinterfragt werden.

Einen sogenannten Solidaritätsakt haben österreichische Supermarktketten (Spar und Rewe) umgesetzt: Die MitarbeiterInnen erhalten Prämien oder einen „Danke-Bonus“, weil sie in der Coronakrise besonders gefordert sind. Um die Wirtschaft in der Krisenzeit bestmöglich aufrechtzuerhalten, hat die Regierung ein Hilfspaket im Ausmaß von 38 Milliarden Euro vorbereitet. Dabei sollen Arbeitsplätze sichergestellt und Bereiche wie Gastronomie oder Freizeitwirtschaft unterstützt werden. Ein weiteres, zentrales Instrument zur Finanzierung der wirtschaftlichen Krisenfolgen ist ein mit vier Milliarden Euro dotierter Corona-Krisenbewältigungsfonds. Vor allem Ein-Personen Unternehmen, Kleinstbetriebe und Familienbetriebe sollen dadurch finanziell unterstützt werden. Einerseits soll die Liquidität gewährleistet, andererseits die Arbeitsplätze gesichert werden (BMF 2020).

Auch das Motto „Kurzarbeit vor Kündigung“ in der Coronakrise wird von der Regierung als Solidaritätsaspekt aufgefasst: Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten wird durch die Kurzarbeit die vorübergehende Herabsetzung der Normalarbeitszeit und des Arbeitsentgelts erzielt (BMAFJ 2020). Die Kurzarbeit hat den Zweck, die Arbeitskosten temporär zu verringern, die

Arbeitsplätze zu sichern und Kündigungen zu vermeiden. So sollen vor allem Fachkräfte ihren Arbeitsplatz nicht verlieren, denn spätestens nach der Coronakrise werden sie wieder gebraucht (WKO 2020).

Die Realität der Care-Arbeit

Diese Solidarität kam erst jetzt in dieser Krise auf, davor war die Lage eine andere. Vor COVID-19 wurde in Bereichen wie dem öffentlichen Gesundheitssystem Einsparungen angedacht und vielerorts auch umgesetzt (Wandler 2020).

Nancy Fraser, eine Professorin der Politikwissenschaft an der New School in New York und feministische Theoretikerin, spricht seit Jahren von einer Krise der Care-Arbeit (Fraser 2016). Der Begriff der Care-Arbeit wird von Fraser weit gefasst und meint damit nicht nur Reproduktionsarbeit, sondern auch die Beschäftigung im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssektor (ebd.). Ihrer Ansicht nach hat der neoliberale Kapitalismus die zweite Frauenbewegung, die sich gegen kapitalistische Ausbeutung stellte, vereinnahmt und sie sich zu eigen gemacht, indem Frauen sich nun in den Karrierebestrebungen und freien Markt eingliedern, anstatt sich gegen Geschlechterhierarchien aufzulehnen und sich davon zu emanzipieren (Fraser 2009). Hinzu komme auch der Umstand, dass Frauen zwar propagiert werde in die Führungsebenen zu kommen, vor allem Migrantinnen aber oft in den schlecht bezahlten Dienstleistungsbereich gedrängt werden (ebd.).

Die österreichische Gesellschaft ist immer noch von geschlechterhierarchischen, heteronormativen und patriarchalen Machtverhältnissen dominiert. So lässt sich in Bezug auf die formalen Rechte der Frauen festhalten, dass sie zwar einflussreiche Positionen und Funktionen in Politik, Wirtschaft und Kultur einnehmen, jedoch bis dato in vielen Lebensbereichen nicht von einer umfassenden und durchgesetzten Geschlechtergleichstellung die Rede sein kann. (Kupfer 2017: 103)

Ebenso lässt sich die Geschlechterhierarchie in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung feststellen. Frauen werden für die Reproduktions- oder Care-Arbeit zuständig erklärt, während Männer für die bezahlte Arbeit verantwortlich sind. Die ungleiche

Verteilung von Reproduktions- oder Care-Arbeit dient als Fundament für eine genderspezifische Anerkennungsstruktur in der Gesellschaft (Kupfer 2017: 114).

In Österreich sind 70 Prozent der Angestellten im Pflege- und Gesundheitswesen Frauen (Schuh 2020). Doch genau diese Bereiche in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind und in denen eine hohe Leistungsbereitschaft erfordert wird werden gesellschaftlich abgewertet (Wiesböck 2020). In diesen Berufsgruppen haben Frauen ein höheres Risiko, mit dem Virus angesteckt zu werden. Begründet wird dies durch die Nähe des Krankenhauspflegepersonals mit den PatientInnen, da sie sich um die tägliche Routinearbeiten (wie Körperpflege) kümmern müssen. In der Coronakrise kann in Bezug auf die Gleichstellungspolitik und den Gender-Effekt festgehalten werden, dass vor allem jene Frauen, die im Care-Bereich arbeiten, zwar als „Heldinnen der Arbeit“ gefeiert werden, jedoch stellt der „Gender Impact“ ein ganz anderes Bild der Realität dar (Stuiber 2020). Immer noch fehlen das wohlverdiente Ansehen und die finanzielle Anerkennung der Care-Berufe in der Gesellschaft. Immer noch sind Frauen härter betroffen. Im Gesundheitssektor werden tagtäglich, auch ohne die besondere Situation einer Pandemie, Leben gerettet und PatientInnen mit größter Anstrengung gesund gepflegt. Neben den typischen Frauenberufen kommt jedoch auch die private Sphäre seit der Ausbreitung des Coronavirus zusehends in den Vordergrund; Fraser bezeichnet in diesem Zusammenhang den Coronavirus als „a lightning flash“ (Chang/Fraser 2020). Dank der auferlegten Ausgangssperren wurde offensichtlich, wie wichtig reproduktive, unbezahlte Arbeit ist, man sehe sich nur den Aufschrei der Eltern an, die nun wegen geschlossener Schulen 24 Stunden täglich mit ihren Kindern zuhause sein müssen (ebd.). Oder die als unangenehm empfundene Tatsache, dass kein Reinigungspersonal mehr ins Haus kommen kann. Plötzlich wird die Wichtigkeit dieser Arbeiten beachtet und quasi weltweit erkannt, dass diese Berufe einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten, sie werden endlich sichtbar. Diese Pandemie hat es innerhalb kürzester Zeit geschafft, die sonst so unsichtbar geleistete Arbeit, zu einer, zumindest momentan, wertgeschätzten zu machen.

Die „neue“ Doppelverdienerfamilie und „alte“ Geschlechterhierarchien

Die bereits erwähnten Niedriglohnberufe werden von Frauen oft ergriffen, da sie hier die Möglichkeit der Teilzeitarbeit haben und sich so weiter um ihre Familien kümmern können. Somit entstand laut Fraser die „Norm der Doppelverdienerfamilie“ (Fraser 2013). Im Jahr 2018 waren 73 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Österreich zwischen 25 und 49 Jahren, mit einem Kind unter 15 Jahren in einer Teilzeitbeschäftigung. Bei den Männern lag der Anteil bei 6,4 Prozent (Statistik Austria 2020). Besonders häufig findet man in dieser meist unsicheren Art des Arbeitsverhältnisses Frauen verschiedenster Herkunft und Nationalitäten.

Die Soziologin Regina Becker-Schmidt analysiert die Geschlechterhierarchie in der Arbeit und untersucht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowie die Diskriminierung der Frauen in der Arbeitswelt (Becker-Schmidt, Regina 1989). Dabei ist die eine tiefgreifende Infragestellung der ungleichen Machtverteilung zwischen Frauen und Männern von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was überhaupt für die Reproduktion der Gesellschaft und deren Aufrechterhaltung vonnöten ist. Hierbei ist anzumerken, dass das Geschlechterverhältnis als eine sozial hergestellte Organisationsform analysiert wird, welche maßgeblich zur Reproduktion von Gesellschaft beiträgt. In Bezug auf die Reproduktion der Gesellschaft sind symbolische Ordnungen von Relevanz, da dabei der Fokus auf die Mechanismen der Herstellung sowie Aufrechterhaltung der Geschlechterhierarchie gelegt wird, die hinsichtlich der Arbeitsteilung den Machtunterschied zwischen Frauen und Männern verdeutlichen. Tatsache ist, dass in Bezug auf die soziale Organisation des Geschlechterverhältnisses als Geschlechterhierarchie insbesondere Frauen durch Instrumentalisierung, Ausgrenzung sowie Diskriminierung geschwächt werden (Kupfer 2017: 197): „Wo (Selbst-) Ausgrenzung von Frauen brüchig wird oder nicht mehr funktioniert, findet ihre Diskriminierung als Verweigerung der Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit statt.“ (Kupfer 2017: 108).

Nicht nur während der Pandemie verlangt die Care-Arbeit nach mehr Wertschätzung, sondern auch danach. Dabei sollten die sogenannten „Systemerhalterinnen“ nicht benachteiligt und/oder diskriminiert werden – so sollte die Gleichstellungspolitik in Österreich von der Regierung auch in der „neuen Normalität“ vorangetrieben und unterstützt werden. Der Staat sollte Frauen im Care-Bereich stärken und aktiv für ihre Sichtbarkeit in der Gesellschaft sorgen. Als einen essentiellen Solidaritätsaspekt in der Coronakrise lässt sich das kollektive Klatschen und das Abspielen des Songs „I am From Austria“ erwähnen: An ihren offenen Fenstern und von Balkonen klatschen Menschen jeden Tag um 18 Uhr und danken den „Heldinnen“, die einem erhöhten Ansteckungsrisiko (in den Krankenhäusern) ausgesetzt sind. Doch es stellt sich die Frage, ob nur durch diese symbolische Geste die Möglichkeit besteht, jene unsichtbaren Frauen, die plötzlich als „Systemerhalterinnen“ und als „Heldinnen“ gefeiert werden, erkennbar und sichtbar zu machen.

Aber klatschen und singen alleine reicht nicht, nicht annähernd. Das sagen vor allem die Betroffenen selbst. Weltweit wurden Social Media Kampagnen gestartet, eine davon beinhaltete selbst gepostete Fotos von KrankenhausmitarbeiterInnen mit dem Satz „Wir bleiben für Euch da – bleibt Ihr bitte für uns daheim!“ und riefen zu einer hilfreicherer Unterstützung auf, nämlich Zuhause zu bleiben, um die Krankenhäuser nicht zu überlasten. Der Dank und das Daheimbleiben kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Diskussion über verbesserte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung der sogenannten systemrelevanten Berufe, trotz aller öffentlicher Heldenbekundungen, ins Stocken geraten ist. Eine Petition des Österreichischen Gewerkschaftsbundes fordert als akute Maßnahme und Anerkennung zumindest einen steuerfreien „Coronatausender“ (ÖGB 2020) für alle MitarbeiterInnen die „während der Coronakrise das Haus verlassen müssen, um zu arbeiten und damit einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind bzw. waren“ (ÖGB 2020). Dieser wäre eine kleine Errungenschaft und eine erste Auswirkung des von Fraser benannten „lightning flash“ (Chang/

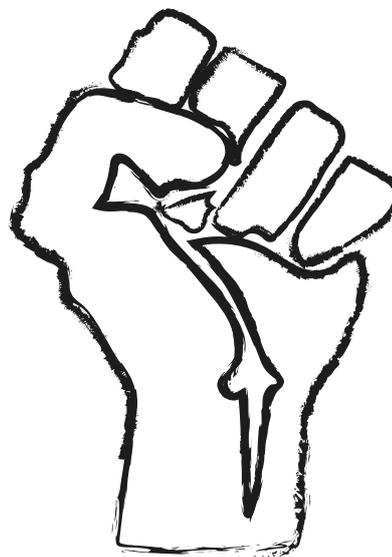
Fraser 2020), denn gerade Frauen würden von diesem finanziellen Zuschuss profitieren. Jedoch braucht es dringend eine generelle, langfristige Verbesserung und gesellschaftliche Aufwertung dieser typischen Frauenberufe, nach dem Motto: Jetzt erst recht!

Ein grundsätzliches Umdenken sowie eine kritische Denk- und Herangehensweise fordert die „Care-Revolution“ (Scheyerer 2020), die verdeutlicht, dass vor allem Frauen in der Krise als zentrale „Stützpfiler“ gelten sowie jene notwendige Arbeit leisten, von der die Gesellschaft profitiert und weiterhin in der Zukunft beziehungsweise in der „neuen Normalität“ profitieren wird (ebd.).

Aus feministischer Perspektive sind darum zukünftig folgende Fragestellungen für die Gleichstellungspolitik von essentieller Bedeutung: Werden jene Frauen, die zu „Heldinnen“ ausgerufen sind und als Systemerhalterinnen angesehen werden, nach der Coronakrise besser entlohnt? Wird die Regierung einen Weg finden, jegliche Care-Beschäftigungen endlich angemessen und fair zu bezahlen, die vor allem Frauen vor, während und nach der Coronakrise leisten beziehungsweise leisten werden?

Sabine Doll studiert an der Universität Wien Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften.

Fatma Uysal ist Doktorandin an der Universität der bildenden Künste Wien, am Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften.



Quellen

AMS Österreich (Hg.) 2016: Gender und Arbeitsmarkt. Geschlechtsspezifische Informationen nach Berufsbereichen für das AMS-Qualifikations-Barometer. Wien: Arbeitsmarktservice Österreich.

Becker-Schmidt, Regina 1989: Frauen und Deklassierung. Geschlecht und Klasse; in: Beer, Ursula (Hg.), Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, 1. Auflage, Bielefeld 1989.

Bundesministerium Arbeit, Familie und Jugend 2020: Kurzarbeit vor Kündigung; <https://www.bmafi.gv.at/Kurzarbeit-Infoseite.html>; 25.05.2020.

Bundesministerium Finanzen 2020: FAQ: Das Corona-Hilfspaket der Österreichischen Bundesregierung; <https://www.bmf.gv.at/public/top-themen/corona-hilfspaket-faq.html>; 25.05.2020.

Chang, Clio/ Fraser, Nancy 2020: Taking Care of Each Other Is Essential Work; https://www.vice.com/en_us/article/jge39g/taking-care-of-each-other-is-essential-work; 25.05.2020.

Das Bundesgesetzblatt 2020: 98. Verordnung; https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2020_II_98/BGBLA_2020_II_98.html; 25.05.2020.

Der Standard 2020: Wiener Polizei spielt „I am from Austria“; <https://www.derstandard.at/story/2000116008418/wiener-polizei-spielt-i-am-from-austria>; 25.05.2020.

Durkheim, Émile 1992: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, 8. Auflage, Suhrkamp 1992.

Equal Pay Day 2020: EPD in Österreich; <https://www.equal-pay-day.at/at/epd2020/>; 25.05.2020.

Fraser, Nancy 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte; in: Blätter für deutsche und internationale Politik; 8. Ausgabe 2009.

Fraser, Nancy 2013: Neoliberalismus und Feminismus: Eine gefährliche Liaison; in: Blätter für deutsche und internationale Politik; 12. Ausgabe 2013.

Fraser, Nancy 2016: Contradictions of capital and care; in: The Left Review; 100. Ausgabe Juli/August 2016.

Korte, Hermann 2000: Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie; Springer Verlag 2000.

Kupfer, Antonia 2017: Arbeit und Liebe. Wie die soziale Organisation der Geschlechterverhältnisse in beiden Bereichen zu Machtunterschieden zwischen Frauen und Männern führt; in: Femina Politica 2017.

Madner, Martina (2020): Frauen, die das System erhalten; in: Wiener Zeitung 2020: Frauen, die das System erhalten; <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2055175-Frauen-die-das-System-erhalten.html>; 25.05.2020.



Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) 2020: Corona-Tausender für alle, die das Land am Laufen halten; <https://corona-tausender.oegb.at>; 25.05.2020.

Salzburger Nachrichten (SN) 2020: Bundesregierung unterstützt Familien in der Coronakrise: „Wir lassen niemanden zurück“; <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/bundesregierung-unterstuetzt-familien-in-der-coronakrise-wir-lassen-niemanden-zurueck-85366861>; 03.10.2020.

Scheyerer, Nicole 2020: Der Aufstand der Unsichtbaren; in: Falter; <https://www.falter.at/zeitung/20200505/der-aufstand-der-unsichtbaren>; 25.05.2020.

Schuh, Katja 2020: Zahlt die Systemerhalterinnen besser; in: Der Standard; <https://www.derstandard.at/story/200011656554/zahlt-die-systemerhalterinnen-besser>; 25.05.2020.

Seiser, Gertraud /Mader, Elke 2020: Typologischer Evolutionismus: Organische und mechanische Solidarität; <https://www.univie.ac.at/ksa/elearning/cp/oeku/theogrundlagen/theogrundlagen-87.html>; 25.05.2020.

Statistik Austria 2020: Internationaler Frauentag 2020: Frauen holen bezüglich Bildungsniveau und Erwerbstätigkeit auf; Teilzeit und niedrigere Erwerbseinkommen führen zu größeren sozialen Risiken; http://www.statistik.at/web_de/presse/122737.html; 25.05.2020.

Stuiber, Petra 2020: Der Gender Effekt von Corona: Feminismus auf dem Abstellgleis; in: Der Standard; <https://www.derstandard.at/story/2000116460750/der-gender-effekt-von-corona-feminismus-auf-abstellgleis>; 25.05.2020.

Wandler, Reiner 2020: Corona: Jetzt rächen sich Einsparungen bei Spaniens Spitätern; in: Der Standard; <https://www.derstandard.at/story/2000116253547/corona-jetzt-raechen-sich-einsparungen-bei-spaniens-spitaelern>; 27.05.2020.

Wiesböck, Laura 2020: Die Corona-Krise als Chance der kollektiven Selbstermächtigung; in: Falter; <https://cms.falter.at/blogs/thinktank/2020/03/27/die-corona-krise-als-chance-der-kollektiven-selbstermaechtigung/>; 25.05.2020.

Wirtschaftskammer Österreich (WKO) 2020: FAQ Corona-Kurzarbeit: Alle Infos für Unternehmen; <https://www.wko.at/service/corona-kurzarbeit.html>; 25.05.2020.

Ein Virus kennt keine Grenzen

Alina Ruprecht

Das Schengener Abkommen ist ohne Zweifel eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union und ihrer Partner. Die Freizügigkeit, die es u.a. für unsere Reisen und den Warenverkehr garantiert, ist unlängst zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Umso schockierender für zahlreiche Europäer*innen waren die plötzlichen Grenzsicherungen, die von zahlreichen Staaten wegen der schnellen Verbreitung des Corona-Virus angeordnet wurden. Von März bis Juni waren nahezu alle europäischen Binnengrenzen dicht. Ausnahmen galten nur für den Warenverkehr und Berufspendler*innen mit entsprechenden Nachweisen. Seit Anfang Juni sind fast alle europäischen Grenzen wieder offen, als letzte Staaten zogen Mitte Juli Finnland und Norwegen nach. Jedoch werden an einigen Orten noch immer bzw. wieder Kontrollen durchgeführt. Parallel dazu herrschen teilweise Auflagen für die Einreise in bestimmte Länder, z.B. das Vorweisen eines negativen Corona-Tests oder Quarantänepflicht. Reisende aus Schweden, das eher unkonventionelle Maßnahmen gegen das Virus ergriffen hatte, werden seit der Öffnung der Grenzen europaweit stigmatisiert und mit Einreisesperren belegt. Noch immer dominiert die Angst vor dem neuartigen Virus. Folglich gilt das Schengener Abkommen aktuell nicht in seinem vollen Wirkungsumfang. Angesichts der, seit dem Frühsommer verbesserten, Corona-Infektionslage in Europa stellt sich die Frage, warum die Grenzen nicht gemeinsam geöffnet wurden. Bereits die Schließungen im März verliefen chaotisch und überraschten viele über Nacht. Es scheint, als hätte in den besagten Monaten die Staaten auf eigene Faust und ohne Absprache mit anderen gehandelt.

Was bedeutet dies für die Zukunft des Schengener Abkommens und mehr noch: für Europa?

Die Europäische Union ist seit jeher als supranationale Organisation konzipiert, in der zwischenstaatliche Koordination und Zusammenarbeit elementare

Rollen einnehmen. Rückblickend betrachtet ist dies keine Selbstverständlichkeit. Die Handhabung von Grenzen touchiert gleichermaßen außen-, innen-, sowie rechtspolitische Ebenen, die „zu den klassischen Kernbereichen nationalstaatlicher Souveränität“ (Schmuck / Unser 2018: 101) gehören. Daraus resultiert, „dass die Staaten bzw. Regierungen nur sehr zögernd bereit sind, Hoheitsrechte aus der Hand zu geben“ (Schmuck / Unser 2018: 101). Die Ratifizierung des Schengener Abkommens I im Jahr 1985 bildet den ersten, wichtigen Meilenstein in Richtung des Abbaus von europäischen Binnengrenzen, indem es zunächst das schrittweise Ende von Personenkontrollen festhielt (vgl. Schmuck / Unser 2018: S. 101). Um den Fortbestand nationaler Regelungen und Sicherheit zu gewährleisten, wurde im Jahr 1995 das Schengener Abkommen II unterzeichnet, das ein „ergänzend[e]s Durchführungsabkommen“ (Schmuck / Unser 2018: S. 101) darstellt. Die grundlegenden Prinzipien des Schengener Abkommens in seiner Gesamtheit lassen sich wie folgt formulieren: „Freizügigkeit nach innen und Grenzsicherung nach außen, Binnenmarkt ohne Grenzkontrollen, strenge Kontrollen an den Außengrenzen“ (Schmuck / Unser 2018: 102). Letztere hatte die Europäische Union aufgrund von Corona im März ihrerseits komplett geschlossen, öffnet sie aber seit dem 1. Juli in kleinen Schritten für Einreisende aus Staaten mit einem positiven Infektionsgeschehen. Gerade in akuten Krisensituationen, wie der Corona-Pandemie, ist es naheliegend, sich auf ein gemeinsames europäisches Vorgehen zu verständigen, um so effektiv wie möglich handeln zu können. Das Schengener Abkommen erleichtert dies in vielen Bereichen. Das war konkret der Fall, als beispielsweise Covid-19-Patienten aus stark überlasteten Kliniken in Frankreich und Italien zur medizinischen Behandlung nach Deutschland ausgeflogen wurden. Die Basis dieser und ähnlicher Entwicklungen bilden komplexe Prozesse, die für die Entstehung gemeinsamer

Regeln und Standards zwischen den europäischen Staaten sorgen. Diese sogenannte Europäische Integration hat durch die Pandemie erhebliche Dämpfer erfahren und ist davon auf allen Ebenen, vor allem gesellschaftspolitisch und ökonomisch, betroffen. In Bezug auf die Europäische Integration stellt sich primär die Frage, wie Rahmenbedingungen für erfolgreiche Zusammenarbeit geschaffen werden können, „damit Staaten und andere internationale Akteure nicht länger nur als egoistische Nutzenmaximierer, sondern zunehmend als lösungsorientierte Teamplayer agieren.“ (Heins 2016: 446). Dieser Ansatz kann durchaus auf die europäische Krisenbewältigung und auch die Grenzschließungen in Zeiten des Coronavirus transferiert werden. Dabei verlangt gerade eine globale Gesundheitskrise wie diese nicht nach Nationalismus und Abschottung, sondern grenzüberschreitender Kooperation. Natürlich müssen dabei die unterschiedlichen Infektionsgeschehen in den europäischen Staaten im Blick behalten werden. Dies hätte, wäre man beispielsweise zeitnah nach dem Auftreten der ersten nachgewiesenen Infektionsfälle in Italien mit medizinischer und logistischer Hilfe aktiv geworden, unter Umständen die Auswirkungen in Grenzen halten können. Unterstützung durch Mund-Nasen-Masken und Schutzausrüstung für medizinisches Personal wurde dagegen zunächst, medienwirksam inszeniert, with love aus China und Russland in den ersten europäischen Corona-Hotspot geschickt.

Des Weiteren scheint es, als komme durch das Grenzchaos bei den EU-Bürger*innen der Eindruck auf, „dass die Mitgliedstaaten der EU weit davon entfernt sind, eine starke Wir-Identität auszubilden“ (Heins 2016: 449), die einer guten Zusammenarbeit in Europa zugrunde liegt. Die einzelnen Grenzschließungen aus Angst vor der Verbreitung des Corona-Virus zeugen von einem weiter verstärkten Fokus auf nationales Agieren, das einem gemeinsamen europäischen Vorgehen vorgezogen wird. Auf der anderen Seite stehen die Institutionen der Europäischen Union, die in der Corona-Krise keine klaren Anweisungen bzw. Leitlinien, an denen sich die Mitglieder orientieren könnten, vorzugeben scheinen. Die Wechselwirkung besteht darin, dass nationale Regierungen in der Abwesenheit einer funktionierenden europäischen

Lösung dazu tendieren, in Eigeninitiative zu handeln (vgl. Börzel und Risse 2017: 91). Dies konnte man beispielsweise während der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 beobachten, als einige europäische Länder die Kontrollen an ihren Grenzen kurzerhand selbst wieder einführten (vgl. Börzel / Risse 2017: 91). Anstatt Krisen zu lösen und effektive Reaktionen auf sie zu ermöglichen, scheint das hohe Gut der staatlichen Souveränität der Europäische Integration im Wege zu stehen. Viele Staaten sind nicht bereit, (Kern-) Kompetenzen an die EU abzugeben und fürchten den Verlust der eigenen Rechte. Viele populistische Strömungen greifen diese Thematik in ihren Programmen auf und machen so wirkungsvoll Stimmung gegen die EU. Mögen die führenden Köpfe dieser Bewegungen während der Hochphase der Corona-Krise eher wenig zu vermelden gehabt haben, um so fleißiger mischten sie mit, als es um die Lockerung der Maßnahmen ging. Dies ließ und lässt sich vor allem in Sachen Wiederöffnung der Grenzen beobachten. Marine Le Pen vom französischen Rassemblement National erklärte in diesem Zusammenhang jüngst: „Es wird überhaupt nicht kontrolliert. Nichts passiert, um die Gesundheit eines ankommenden Ausländers zu überprüfen.“ (Krause-Sandner: 24.05.2020). Dem wollen die europäischen Regierungen nicht in die Karten spielen. Das ohnehin große Kompetenzchaos bzw. der Mangel an deren Übernahme, scheint durch dieses Wechselspiel weiter verstärkt zu werden und die Risse in der Brüsseler Bürokratie weiter zu vertiefen. Auch wird in diesem Zusammenhang deutlich, „dass die europäischen Institutionen nicht (...) als gute Technokratien wahrgenommen werden, die reale Probleme lösen und sich durch Leistung legitimieren“ (Heins 2016: 449). Unter dem Strich scheinen die unkoordinierten Grenzschließungen und -öffnungen nur die Spitze des Eisbergs an Problematiken sein, die die europäischen Institutionen gleichermaßen wie die europäischen Länder zu verantworten haben. Viele eng verwachsene Euroregionen, wie das deutschsprachige Dreiländereck am Bodensee oder der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau an der deutsch-französischen Grenze, erlebten die plötzlichen Grenzschließungen umso gravierender, als aus heiterem Himmel Bauzäune an den Übergängen aufgebaut wurden. Über

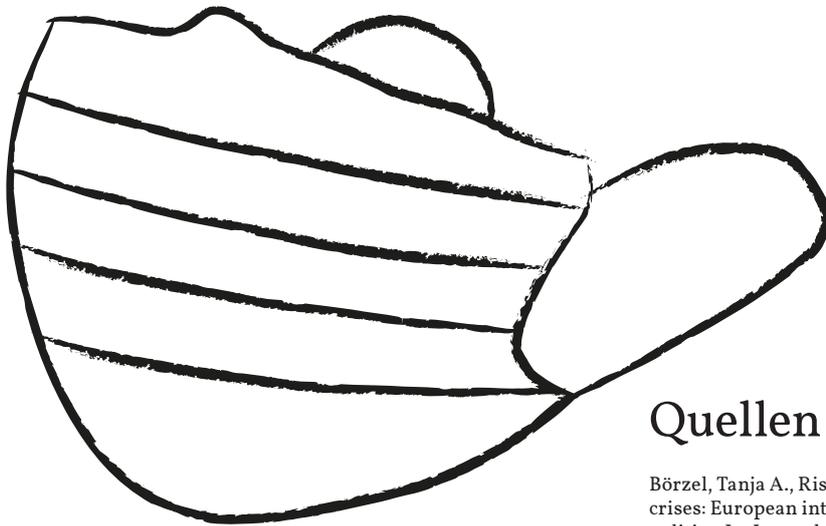
Nacht wurden vielerorts Familien, Freund*innen und Partner*innen auf unbestimmte Zeit voneinander getrennt.

Die Wichtigkeit einer schnellen Wiederöffnung der Grenzen manifestierte sich, neben diesen persönlichen Erlebnissen vieler, auch in einer gemeinsamen Aussendung der deutschsprachigen Außenminister, die das Thema zum Hauptgegenstand ihrer jährlichen Konferenz im April machten. Der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) erklärte in Zuge dessen: „Unser aller Ziel ist, die Schlagbäume irgendwann wieder zu heben und die Reisefreiheit wieder herzustellen.“ (Auswärtiges Amt, 21.04.2020). Als Deutschland im Mai genau damit begann und zunächst die Grenze zum Nachbar Luxemburg öffnete, führte die erste Auslandsreise nach den Grenzschließungen Maas nach Schengen selbst. Nach diesem berühmten Ort an der deutsch-luxemburgischen Grenze ist das Abkommen benannt, das während der Hochphase der geschlossenen Grenzen ironischerweise sein 25. Jubiläum feierte. Auch Maas' Reise verdeutlicht symbolisch den hohen Stellenwert, den das Schengener Abkommen in Europa einnimmt. Das Europäische Parlament äußerte sich ähnlich und drückte seine Besorgnis, darüber dass mit Juni noch immer keine volle Reisefreiheit in Europa gegeben war, deutlich aus. In einer Pressemitteilung wurde betont, „dass eine rasche und koordinierte Rückkehr zu einem voll funktionsfähigen Schengen-Raum von größter Bedeutung ist, um die Freizügigkeit als eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Integration zu wahren und die wirtschaftliche Erholung der EU nach der Pandemie sicherzustellen.“ (Europäisches Parlament: 19.06.2020).

Ein, mit allen Mitgliedern abgestimmter, Plan zur vollen Rückkehr zum Schengener Abkommen liegt auch im Spätsommer dieses Jahres nicht vor. Zwar betonen alle Akteure die herausragende Bedeutung der damaligen Beschlüsse, lassen den Worten aber kaum Taten folgen. Zum 1. Juli trat, parallel zu Heiko Maas' Bemühungen, Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft an. Dort muss sich das Gründungsmitglied des Staatenbündnisses mit vielen aktuellen Problemen befassen, die in ihrer Gesamtheit ein großes Potenzial zur Destabilisierung der Union

haben. Neben besagter Wiederherstellung des gesamten Schengenraums stehen richtungsweisende Entscheidungen über finanzielle Hilfen für, vom Virus besonders hart getroffene, Länder an, bei denen bereits erster Gegenwind und Streit zu spüren ist. Die Europäische Union muss dringend an ihrer gemeinsamen Handlungsfähigkeit arbeiten und allen Mitgliedsstaaten das Gefühl geben, nicht auf die Reduzierung derer Kompetenzen und Souveränität aus zu sein. Viele Politiker betonen auf der einen Seite, dass dies, vor allem mit Rücksicht auf jene geographisch sensiblen Regionen, nicht mehr geschehen darf. Andererseits behalten es sich viele Entscheidungsträger, wie der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) auch vor, die Grenzen im Fall eines neuen, heftigen Virusausbruchs wieder abzuriegeln. Der Minister sagte jüngst in einem Interview, es sei „nicht ausgeschlossen, dass es auch in Zukunft geschehen könnte“ (Salzburger Nachrichten: 20.06.2020). Scheinbar fehlt trotz der Erfahrungen der letzten Monate ein gemeinsames, klares Bekenntnis aller Mitgliedsstaaten zum Schengener Abkommen. Es gilt, dieses Paradebeispiel für ein europäisches Miteinander, vor allem in Zeiten von Corona, höher zu halten denn je und die Potenziale der Reise- und Warenverkehrsfreiheit nicht einfach ungenutzt zu lassen. Es muss geklärt werden, welche Akteure im Ernstfall die geregelte Koordination aller europäischen Grenzen übernehmen können, damit es nicht mehr zu einem Chaos, ähnlich dem im März, kommt. Der Gedanke an ein Schengener Abkommen III ist zudem naheliegend, da auch 25-jährige Beschlüsse dem Wandel der Zeit unterliegen. Die Wertschätzung und der Wille zur Umsetzung von Schengen sind trotz des Erlebten weiter gegenwärtig. Es gilt nun, dies effektiv zu nutzen, damit globale Krisen in Zukunft ihre Grenzen kennen.

Alina Ruprecht studiert ab Herbst im fünften Semester Politikwissenschaft und ist trotz so manch kritischem Blick auf die EU eine überzeugte Europäerin.



Quellen

Börzel, Tanja A., Risse, Thomas (2017): From the euro to the Schengen crises: European integration theories, politicization, and identity politics. In: *Journal of European Public Policy*, 25:1, S. 83-108.

Heins, Volker M. (2016): Krisenbewältigung durch Kooperation? Die Grenzen des EU-Modells. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2016) 26, S. 445-453.

Schmuck, Otto, Unser, Günther. (2018). *Die Europäische Union, Aufgaben, Strukturen, und Chancen*. Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung / bpb. Kapitel 06, S. 101 f.

Auswärtiges Amt (21.04.2020): Koordiniert für eine Rückkehr zu Schengen: Maas trifft deutschsprachige Außenminister und Außenministerinnen, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/maas-europa-covid19/2334078> (Zugriff: 10.07.2020)

Europäisches Parlament (19.06.2020): Schengen-Grenzkontrollen: Freizügigkeit rasch wiederherstellen, Aktuelles/Pressemitteilung <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200615IPR81222/schengen-grenzkontrollen-freizuegigkeit-rasch-wiederherstellen> (Zugriff: 10.07.2020)

Krause-Sandner, Karoline (24.05.2020): Kränkelnde Rechte: Der Populismus leidet an Corona, *Kurier*, <https://kurier.at/politik/ausland/kraenkelnde-rechte-der-populismus-leidet-an-corona/400850789> (Zugriff: 13.07.2020)

Salzburger Nachrichten (20.06.2020): Schallenberg schließt nicht aus, dass Grenzen wieder geschlossen werden, *Quelle APA*, <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/schallenberg-schliesst-nicht-aus-dass-grenzen-wieder-geschlossen-werden-89121895> (Zugriff: 11.07.2020)



Die größte Rückholaktion der österreichischen Geschichte

Jasmin Hakimzad

Beginn der Krise

Am 12. März 2020 rief Außenminister Alexander Schallenberg ein hohes Sicherheitsrisiko für die gesamte Welt aus, eine Aktion ohne Präzedenz, die dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie geschuldet war. Im folgenden Beitrag werde ich kurz den Beginn der Pandemie beschreiben, die wichtigsten Eckdaten der Entwicklung wiedergeben und im speziellen auf die weltweiten Grenzsicherungen eingehen, welche die größte Rückholaktion der österreichischen Geschichte zur Folge hatten. Die Arbeitsweise des zuständigen Ressorts, dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ebenso wie die EU-Kooperation unter den Mitgliedstaaten bei den Repatriierungsflügen erklärt. Es gab sowohl Lob als auch Kritik an der Durchführung dieses Projekts, welche beide ihre Relevanz in diesem Beitrag finden. Als Abschluss ziehe ich ein Resümee aus dieser speziellen Zeit, die zeigt, wie wichtig ein gut ausgebautes diplomatisches Netz für derartige Krisen ist.

Am 31. Dezember 2019 wurde das regionale Büro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in China informiert, dass Fälle einer Lungenkrankheit unbekanntes Ursprungs in der Stadt Wuhan (Provinz Hubei) aufgetreten sind. Die WHO empfahl zu dieser Zeit noch keine besonderen Reisemaßnahmen (WHO 2020). Am 30. Jänner 2020, nachdem die ersten Fälle im Ausland aufgetreten waren, die genetischen Sequenz von SARS-CoV-2 entschlüsselt und veröffentlicht wurde und man beobachten konnte, wie sich die Krankheit durch menschlichen Kontakt verbreitete, benannte die WHO den Ausbruch anfangs als Public Health Emergency of International Concern.

Zu dieser Zeit waren in 18 Ländern Fälle aufgetreten. Am 11. März 2020 klassifizierte die WHO Covid-19 als Pandemie. (WHO 2020)

Erwachen und Grenzsicherungen

Ein wirkliches Erwachen in Österreich gab es, als die Zahl der Infizierten in Italien Anfang März mit einem Mal in die Höhe schnellte. Das Virus schien bis dato zwar beunruhigend, aber noch viel zu weit entfernt und abstrakt, als dass reale Angst entstand. Italien hingegen, unser Nachbarland, ist viel greifbarer – hinzu kommt die große Anzahl von Österreicher*innen, die dort leben und arbeiten. Am 19. März 2020 zählte Italien ca. 3.400 Infizierte, womit es China als Land mit den meisten (bekanntesten) Fällen überholte und damit das weltweit am stärksten betroffene Land war (Wysling 2020). Auch andere Länder begannen ihre Infektionszahlen bekannt zu geben, bis am 25. Februar 2020 die ersten beiden Covid-19 Fälle in Österreich nachgewiesen wurden (Ärzttekammer 2020). Unterdessen konnte man beobachten, wie Länder als Gegenmaßnahme zur Verbreitung des Virus reihenweise ihre Grenzen schlossen. Von einem Tag auf den anderen war es uns nicht mehr möglich, was viele Jahre lang für selbstverständlich genommen wurde: die Reisefreiheit innerhalb Europas zu genießen. Für Mitglieder des Schengener Abkommens gibt es die Möglichkeit, durch eine Notfallregelung seine Grenzen zu schließen, wovon die meisten Länder Gebrauch machten (EU Kommission 2016). Das Reisen und der internationale Transit gestalteten sich als kompliziert, denn bei den sich ständig ändernden

Regelungen konnte man leicht den Überblick verlieren. Wo kann ich noch einreisen oder durchreisen? Welche Ausnahmen gibt es, welche Dokumente werden von welchen Behörden verlangt? Wo bekomme ich verlässliche Informationen und wie lange sind diese noch aktuell? Die Unsicherheit war groß, mussten viele doch beruflich pendeln oder reisen, hatten Verwandte im Ausland oder nahmen Arbeitskräfte aus dem Ausland in Anspruch. Die Situation im außereuropäischen Ausland war noch dramatischer. Auf einen Schlag war der globale Flugverkehr – bis auf wenige Ausnahmen zum Stillstand gekommen – die Fluglinien bekamen kaum noch Landeerlaubnisse und viele Länder verboten die Einreise von Drittstaatsangehörigen. Die innerstaatlichen Sicherheitsvorkehrungen begannen zu laufen, was den Beginn eines weltweiten Lockdown markierte.

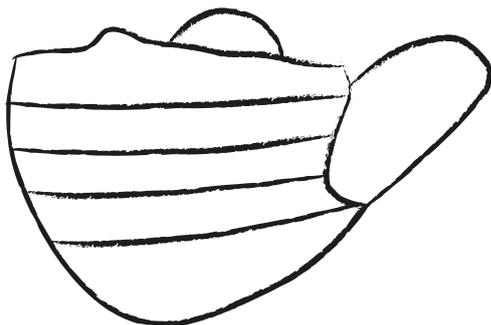
Beginn der Repatriierungsflüge

In EU-Kooperation wurde Ende Jänner und Anfang Februar die ersten Repatriierungsflüge organisiert. Aus dem Ausbruchsort des Virus, der Stadt Wuhan, wurden neben anderen EU-Bürger*innen sieben Österreicher*innen repatriert, die sich danach in Quarantäne begaben (CECIS EU 2020). Mit an Bord war der österreichische Konsul, der die Reisenden bis nach Wien begleitete. In der Zentrale des Außenministeriums wurde währenddessen mit einem umfassenden System zur Datenaufnahme gearbeitet. Jede/r Österreicher*in, die/der das Außenministerium oder die entsprechenden Vertretungsbehörde kontaktierte und um Hilfe ersuchte, wurde in eine Datenbank aufgenommen, wenn die/der Reisende nicht schon bereits im Vorhinein seine Daten per Reiseregistrierung bekanntgegeben hatte. Eine Reiseregistrierung ist eine Dienstleistung des Außenamts: Auf der Website oder mit der eigenen App kann man seine Daten wie Erreichbarkeit, Reiseziel und -dauer, Kontaktpersonen im Inland sowie Mitreisende angeben, damit eine rasche Kontaktaufnahme seitens der Zentrale des Außenministeriums oder der entsprechenden Botschaft möglich ist. Auch ist es möglich, für jemand anderen die Reiseregistrierung durchzuführen,

wenn diese Person selbst nicht dazu imstande ist. Gleichzeitig sind Reiseinformationen über alle Länder alphabetisch geordnet und die Kontaktdaten der zuständigen Botschaft, an die sie sich wenden konnten, wenn sie konsularische Hilfe benötigten abrufbar. Die Kontaktdaten der Registrierten wurden verwertet, damit diese von nun an regelmäßig informiert werden konnten, wenn es neue Repatriierungsflüge nach Österreich aus ihren Urlaubsdestinationen gab. Es gab einen Aufruf des Bundesministers Alexander Schallenberg an die im Ausland befindlichen Österreicher*innen, sich rasch beim Außenministerium zu melden, damit auch wirklich jede*r von ihnen im Ausland erfasst werden konnte. Durch dieses System war es möglich abzuschätzen, wo die Rückholflüge am dringendsten benötigt werden. Bundesminister Schallenberg versprach der österreichischen Bevölkerung: „Wir lassen niemanden allein, der unverschuldet in eine Notsituation geraten ist“ (BMEIA 2020a) – und die größte Rückholaktion der österreichischen Geschichte begann.

Am 17. März befanden sich 47.000 reiseregistrierte Österreicher*innen im Ausland (Niederdorfer 2020). Der erste vom Außenministerium selbst organisierte Flug startete aus Italien in Kooperation mit der Austrian Airlines AG (Botzenhart 2020). Es folgten die nächsten Repatriierungsflüge aus Marokko, aus insgesamt fünf Kontinenten wurde repatriert. Die meisten Flüge brachen Richtung Spanien auf; acht Maschinen flogen aus Teneriffa und Grenada an, gefolgt von Ägypten (sieben), Marokko (zwei), und Rückholungen, die an mehreren Destinationen hielten, um die Passagier*innen aufzusammeln, wie die Flüge aus Indonesien/Malaysia, Philippinen/Vietnam oder Chile/Argentinien (Parlament.gv.at 1407/AB 2020). Österreich hat rund 100 Vertretungsbehörden im Ausland, wobei sich die Größe der Amtsbereiche und die lokalen Verhältnisse stark unterscheiden: So ist die Österreichische Botschaft in Pretoria, Südafrika für zehn Länder zuständig (ÖB Pretoria 2020). Der Botschafter in Canberra, Australien hat 13 Länder in seinem Amtsbereich, darunter viele kleine Inseln im Pazifik – die obendrein über 14 Zeitzonen verstreut sind. Aber auch in einzelnen Ländern kann die Lage sich dramatisch unterscheiden und viele Regionen unzugänglich sein: Die Botschaft in

Neu-Delhi war mit einem Schlag mit drastischen Ausgangsbeschränkungen konfrontiert. So berichtet eine Repatriierte, dass sie davon ausging, zu Fuß zum Flughafen marschieren zu müssen – öffentliche Verkehrsmittel, Taxis und Rikschas durften nicht mehr fahren, bevor sie doch noch einen Fahrer fand. Mit einem Passierschein der Botschaft ausgestattet konnte sie so rechtzeitig zum Flughafen kommen (Sawerthal 2020). In Peru gab es ähnlich restriktive Ausgangsbeschränkungen. Um die Gestrandeten in die Hauptstadt zu bringen, wo der Repatriierungsflug startet, haben die österreichischen Diplomaten vor Ort in Zusammenarbeit mit der schweizerischen Botschaft eine Ausnahmeregelung mit der peruanischen Regierung verhandelt um einen Bus organisieren zu können, der alle sicher nach Lima bringt. In Australien musste das Team der Botschaft eine Reihe von Vorbereitungen treffen: Erst mussten – unter schwierigsten Bedingungen – Landegenehmigungen eingeholt werden, Passierscheine und Flugbestätigungen mussten für die Vorlage der australischen Behörden rechtzeitig ausgestellt werden (die Reisenden waren über den ganzen Kontinent verteilt), es mussten der Schutz für eine gestrandete Schülergruppe mit Minderjährigen organisiert werden, simultan mit den Eltern Kontakt gehalten werden, sowie rasch Hotelzimmer in Sydney bis zur Abreise gefunden und gebucht werden (Botzenhart 2020). Die Botschaften versuchten hier ihr Bestes, die Österreicher*innen und ihre Mitreisenden vor Ort zu unterstützen (Plassnik 2020). Die Flüge wurden in Kooperation mit den österreichischen Fluglinien Austrian Airlines, Laudamotion und Level durchgeführt. Dabei wurde sogar ein Rekord gebrochen: Mit dem Flug nach Sydney mit ca. 18 Stunden Flugzeit hat die Austrian Airlines den längsten Flug in ihrer Konzerngeschichte durchgeführt (Bittermann 2020).



Ergebnisse der Repatriierungen und EU-Kooperation

Knapp einen Monat später, am 10. April, kam der letzte Flug aus Neuseeland an und das BMEIA gab bekannt, dass es vorerst keine weiteren Rückholflüge geben würde. Insgesamt wurden 39 Repatriierungsflüge durchgeführt, rund 7.500 Personen, darunter 1.500 EU-Staatsbürger*innen und 320 Drittstaatsangehörige wurden so zurück auf europäischen Boden geholt. Es gab noch weiterhin Repatriierungsflüge, die jedoch von nun an verstärkt auf EU-Ebene organisiert wurden. So wurde in ständiger Kommunikation mit den Mitgliedsstaaten eruiert, wie viele EU-Staatsbürger*innen sich noch im Ausland befinden, welche Länder noch Repatriierungsflüge durchführten und wie man möglichst viele Staatsbürger*innen und ihre Mitreisenden mitnehmen kann. So konnten z.B. sieben Österreicher*innen auf einem britischen Flug aus Fidschi mitgenommen werden. In einem anderen Fall fanden mit einem spanischen Notfallflug sechs Personen aus Ecuador wieder ihren Weg nach Hause (BMEIA 2020b).

So haben insgesamt 1.100 Österreicher*innen auf Repatriierungsflügen von anderen Staaten einen Platz gefunden. Außenminister Schallenberg versicherte nach Beendigung der Repatriierungsflüge nochmal: Wer sich weiterhin im unverschuldet im Ausland befindet, wird nicht im Stich gelassen, die Botschaften bemühen sich, den Gestrandeten die bestmögliche Betreuung zukommen zu lassen (Kleine Zeitung, 10.4.2020). Der nächste Schritt war die sogenannte Einzelfallbetreuung: Das BMEIA kontaktierte proaktiv nun alle verbliebenen Kontakte, die sich reiseregistriert hatten. Insgesamt 14.000 im Ausland aufhältige Österreicher*innen wurden so sukzessive über ihren Verbleib abgefragt, und wie sie von der Botschaft bestmöglich unterstützt werden konnten (Hager 2020). Durch diese Vorgehensweise befanden sich mit Anfang Mai nur noch 200 Personen im Ausland, die angeben hatten, rückreisewillig zu sein (BMEIA 2020b).

Kritik am Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Es gab allerdings auch Kritik an der Vorgehensweise der Organisation der Repatriierungsflüge und die Betreuung des Außenministeriums. So berichten einige, dass man über die Hotline des Außenministeriums nur schwer Kontakt aufnehmen konnte, auch die Botschaften waren teilweise mit den Anfragen überlastet. Der Pressesprecher des Außenministeriums versicherte bereits im März, dass man an der Verbesserung arbeite (Niederdorfer 2020). Das BMEIA reagierte in zwei Arten auf dieses Problem: Erstens wurden 120 Soldat*innen vom Bundesheer dem Call Center unterstützend zur Seite gestellt, die in drei Schichten rund um die Uhr im Einsatz waren. Zweitens wurde eigens für die Buchung von Repatriierungsflügen eine Website erstellt (www.heimflug.austrian.com), auf der man sich über aktuelle Flüge informieren und bei Bedarf gleich für sich und seine Mitreisenden buchen konnte – vorausgesetzt, man hatte vorher eine korrekte Reiseregistrierung ausgeführt. Das entlastete die Hotlines, da die Buchung nun schneller und selbstständiger durchgeführt werden konnte. (Die Presse, 22.3.2020) Oft wurde auch hinterfragt, wieso man als Staatsbürger*in für die Repatriierungsflüge zahlen musste, denn für jeden Flug wurde ein gewisser Selbstbehalt eingefordert. Dieser variierte je nach Flug: So musste man für den Flug von Barcelona oder Kairo nach Wien 300 Euro bezahlen, während für den Flug aus Sydney nach Hause 1000 Euro verlangt wurde (Die Presse, 22.3.2020). Das Bundesgesetz über die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben (Konsulargesetz – KonsG) § 3 (2) definiert genau, welche Hilfeleistungen Staatsbürger*innen im Ausland von den Botschaften in Anspruch nehmen können: So ist die Unterstützung von Rückführung in Notfällen ein Teil davon. Allerdings ist auch aufgelistet, welche Eigenverantwortung die Reisenden zu tragen haben. Erst müssen alle zumutbaren Mittel der Selbsthilfe ausgeschöpft werden. Es liegt auch ihm jedermanns Verantwortung, die allgemein zugänglichen Informationen zu berücksichtigen,

sich über spezifische Gefahren im Ankunftsland zu informieren sowie in einem ausreichenden Maß für Notfälle Vorbereitungen zu treffen, wobei auch die Heimreise aus eigenen Mitteln explizit erwähnt wird (KonsG 2019). Trotz des vielerorts eingestellten Flugverkehrs war die Lufthansa die ganze Krise über mit einem Sonderflugplan unterwegs, der Flüge nach Deutschland zurück anboten (Zwerger 2020) und der Zugverkehr zwischen Deutschland und Österreich wurde während der gesamten Krise aufrechterhalten. Hinzu kommt, dass von niemandem der Betrag im Vorhinein verlangt wurde und selbst der Selbstbehalt deckt die Gesamtkosten der Flüge nicht ab.

Auch andere Länder führten Repatriierungsflüge durch, die, wie auch oben erwähnt, reziprok auch andere EU-Staatsbürger*innen mitnahmen. Auch hier wurden für Rückreisende ähnliche Preise verlangt, die sich an der geflogenen Strecke orientierten. Das schweizerische Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten berechnete die Preise nach Entfernung (srf.ch 2020) und das deutsche Auswärtige Amt kündigte bereits zu Beginn an, dass die Preise sich an herkömmlichen Economy-Tickets orientieren werden (Helmes et al. 2020).

Conclusio

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten hat in der Zeit der Repatriierungsflüge von März bis April außerordentliches geleistet. Nicht nur haben die Bediensteten im Außenministerium in Wien und die Mitarbeiter*innen der Botschaften aus aller Welt es geschafft, 7.500 Österreicher*innen und ihre Angehörigen zurückzuholen, sie waren auch rund um die Uhr für die Österreicher*innen im Ausland da, um ihnen unterstützend zur Seite zu stehen. Umso folgenschwerer ist es, dass das Außenministerium seit Jahren mit steigenden Aufgaben aber sinkendem Budget und Personal kämpfen muss. Die Posten an den Botschaften werden verringert, um den Arbeitsaufwand dennoch bewältigen zu können, werden vermehrt Verwaltungspraktikant*innen für ein geringeres Gehalt angestellt (Kramer 2016: 53ff.). Im Ausland werden zunehmend die Dienste von sogenannten Honorarkonsulaten in Anspruch

genommen, die auch in der Krise sehr bemüht waren. Diese Einheiten werden von Personen geleitet, die einen starken Österreichbezug haben und für Repräsentationszwecke und teilweise für eingeschränkte konsularische Dienste ernannt werden. Die Arbeit der Büros ist jedoch ehrenamtlich, und die Konsul*innen haben in der Regel viel geringere konsularische Befugnisse und können daher unmöglich die Arbeit einer Botschaft oder eines Konsulats übernehmen. Als Mitarbeiterin des Außenministeriums habe ich während der Krise in dessen Zentrale verstärkt in der Sektion für Konsularisches mitgearbeitet. Im Call Center kamen verschiedensten Anfragen aus aller Welt, die wir mit größter Sorgfalt zu beantworten bedacht waren. Die sich ständig wechselnden globalen Vorschriften und die Organisation der Flüge stellte uns alle vor eine große Herausforderung, und es gibt einige Berichte von Repatriierten, die sich gut betreut gefühlt haben ((Isser 2020) & (Botzenhart 2020)). Diese Krise hat gezeigt, wie wichtig eine ordentlich funktionierende Zentralstelle und gut vernetzte Botschaften für eine effiziente konsularische Betreuung im Notfall sind.

Jasmin Hakimzad arbeitet seit 2017 im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und studiert seit 2019 Politikwissenschaften an der Universität Wien. Daneben ist sie in der Personalvertretung ihrer Dienststelle aktiv.



Quellen

Ärztelkammer (2020): Erste zwei Fälle in Österreich bestätigt. Text abrufbar unter: <https://www.medinlive.at/gesellschaft/tirol-bestaetigt-zwei-faelle> (Zugriff am 16.7.2020).

Bittermann, Theresa (2020): Heimkehrer: Längster AUA-Flug in der Geschichte | kurier.at. Text abrufbar unter: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/corona-krise-heimkehrer-laengster-aa-flug-in-der-geschichte/400796462> (Zugriff am 15.7.2020).

BMEIA (2020a): Außenminister Schallenberg: „Wir lassen niemanden im Stich, der unverschuldet in eine Notlage gerät“ – BMEIA, Außenministerium Österreich. BMEIA. Text abrufbar unter: <https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2020/04/aussenminister-schallenberg-wir-lassen-niemanden-im-stich-der-unverschuldet-in-eine-notlage-geraet/> (Zugriff am 1.9.2020).

BMEIA (2020b): Außenminister Schallenberg dankt Außenamts-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für unermüdlichen Einsatz – BMEIA, Außenministerium Österreich. Text abrufbar unter: <https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2020/05/aussenminister-schallenberg-dankt-aussenamts-mitarbeiterinnen-und-mitarbeitern-fuer-unermuedlichen-einsatz/> (Zugriff am 18.7.2020).

Botzenhart, Ulrike (2020): Außenministerium holte Österreicher aus 29 Ländern heim. Text abrufbar unter: <https://kurier.at/politik/ausland/heimholaktionen-fuer-oesterreicher-als-globaler-kraftakt/400824584> (Zugriff am 17.5.2020).

CECIS EU (2020): summary-table-repatriation-flights-2303.pdf. CECIS EU. Text abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/summary-table-repatriation-flights-2303.pdf> (Zugriff am 16.7.2020).

Die Presse (2020): Außenminister Schallenberg: In 21 Notflügen 3500 Österreicher... Die Presse. Text abrufbar unter: <https://www.diepresse.com/5789018/aussenminister-schallenberg-in-21-notfluegen-3500-osterreicher-zurueckgeholt> (Zugriff am 13.7.2020).

EU Kommission (2016): Temporary Reintroduction of Border Control. Migration and Home Affairs - European Commission. Text abrufbar unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/schengen/reintroduction-border-control_en (Zugriff am 15.7.2020).

Hager, Johanna (2020): Tourismus soll schrittweise ab Mitte Mai wieder hochgefahren werden | kurier.at. Kurier. Text abrufbar unter: <https://kurier.at/politik/inland/coronavirus-so-wird-sich-unser-reiseverhalten-aendern-muessen/400806296> (Zugriff am 18.7.2020).

Helmes, Irene/Schnitzler, Katja/Dignös, Eva (2020): Coronavirus: Wie Urlauber wieder heimkommen. Süddeutsche.de. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/reise/coronavirus-urlauber-rueckholaktion-heimreise-1.4848700> (Zugriff am 18.7.2020).

Isser, Nadine (2020): Rückholaktion: Lillys Weg zurück in die Heimat. meinbezirk.at. Text abrufbar unter: https://www.meinbezirk.at/innsbruck/c-lokales/lillys-weg-zurueck-in-die-heimat_a4019649 (Zugriff am 18.7.2020).

Kleine Zeitung (2020): Coronavirus: Letzter Rückholflug der AUA aus Neuseeland in Wien angekommen. kleinezeitung. Text abrufbar unter: https://www.kleinezeitung.at/international/corona/5798730/Coronavirus_Letzter-Rueckholflug-der-AUA-aus-Neuseeland-in-Wien (Zugriff am 2.9.2020).

KonsG (2019): RIS - Konsulargesetz - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 18.07.2020. Text abrufbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung>.

Ärzttekammer (2020): Erste zwei Fälle in Österreich bestätigt. Text abrufbar unter: <https://www.medinlive.at/gesellschaft/tiroler-bestaetigt-zwei-faelle> (Zugriff am 16.7.2020).

Bittermann, Theresa (2020): Heimkehrer: Längster AUA-Flug in der Geschichte | kurier.at. Text abrufbar unter: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/corona-krise-heimkehrer-laengster-auf-flug-in-der-geschichte/400796462> (Zugriff am 15.7.2020).

BMEIA (2020a): Außenminister Schallenberg: „Wir lassen niemanden im Stich, der unverschuldet in eine Notlage gerät“ – BMEIA, Außenministerium Österreich. BMEIA. Text abrufbar unter: <https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2020/04/aussenminister-schallenberg-wir-lassen-niemanden-im-stich-der-unverschuldet-in-eine-notlage-geraet/> (Zugriff am 1.9.2020).

BMEIA (2020b): Außenminister Schallenberg dankt Außenamts-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für unermüdlichen Einsatz – BMEIA, Außenministerium Österreich. Text abrufbar unter: <https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2020/05/aussenminister-schallenberg-dankt-aussenamts-mitarbeiterinnen-und-mitarbeitern-fuer-unermuedlichen-einsatz/> (Zugriff am 18.7.2020).

Botzenhart, Ulrike (2020): Außenministerium holte Österreicher aus 29 Ländern heim. Text abrufbar unter: <https://kurier.at/politik/ausland/heimholaktionen-fuer-oesterreicher-als-globaler-kraftakt/400824584> (Zugriff am 17.5.2020).

CECIS EU (2020): summary-table-repatriation-flights-2303.pdf. CECIS EU. Text abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/summary-table-repatriation-flights-2303.pdf> (Zugriff am 16.7.2020).

Die Presse (2020): Außenminister Schallenberg: In 21 Notflügen 3500 Österreicher... Die Presse. Text abrufbar unter: <https://www.diepresse.com/5789018/aussenminister-schallenberg-in-21-notfluegen-3500-osterreicher-zurueckgeholt> (Zugriff am 13.7.2020).

EU Kommission (2016): Temporary Reintroduction of Border Control. Migration and Home Affairs - European Commission. Text abrufbar unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/schengen/reintroduction-border-control_en (Zugriff am 15.7.2020).

Hager, Johanna (2020): Tourismus soll schrittweise ab Mitte Mai wieder hochgefahren werden | kurier.at. Kurier. Text abrufbar unter: <https://kurier.at/politik/inland/coronavirus-so-wird-sich-unser-reiseverhalten-aendern-muessen/400806296> (Zugriff am 18.7.2020).

Helmes, Irene/Schnitzler, Katja/Dignös, Eva (2020): Coronavirus: Wie Urlauber wieder heimkommen. Süddeutsche.de. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/reise/coronavirus-urlauber-rueckholaktion-heimreise-1.4848700> (Zugriff am 18.7.2020).

Isser, Nadine (2020): Rückholaktion: Lillys Weg zurück in die Heimat. meinbezirk.at. Text abrufbar unter: https://www.meinbezirk.at/innsbruck/c-lokales/lillys-weg-zurueck-in-die-heimat_a4019649 (Zugriff am 18.7.2020).

Kleine Zeitung (2020): Coronavirus: Letzter Rückholflug der AUA aus Neuseeland in Wien angekommen. kleinezeitung. Text abrufbar unter: https://www.kleinezeitung.at/international/corona/5798730/Coronavirus_Letzter-Rueckholflug-der-AUA-aus-Neuseeland-in-Wien (Zugriff am 2.9.2020).

KonsG (2019): RIS - Konsulargesetz - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 18.07.2020. Text abrufbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20010648> (Zugriff am 18.7.2020).

Kramer, Helmut (2016): Austrian Foreign Policy 1995-2015. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 45 (2), 49-57.

Niederdorfer, Florian (2020): Gestrandet im Dschungel: Wie Österreicher wegen Corona um ihre Heimkehr bangen. DER STANDARD. Text abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000115844210/gestrandet-im-dschungel-wie-oesterreicher-wegen-corona-um-ihre-heimkehr> (Zugriff am 13.7.2020).

ÖB Pretoria (2020): Über uns – Österreichische Botschaft Pretoria. Text abrufbar unter: <https://www.bmeia.gv.at/oeb-pretoria/ueber-uns/> (Zugriff am 12.7.2020).

Parlament.gv.at 1407/AB (2020): imfname_801302.pdf. Text abrufbar unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_01407/imfname_801302.pdf (Zugriff am 14.7.2020).

Plassnik, Ursula (2020): Corona-Thriller: „Operation „Alle heimholen!““ Text abrufbar unter: <https://www.pressreader.com/austria/die-presse/20200415/page/26> (Zugriff am 17.5.2020).

Sawerthal, Anna (2020): 1,3 Milliarden Inder im Corona-Modus. DER STANDARD. Text abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000116207996/1-3-milliarden-inder-im-corona-modus> (Zugriff am 18.7.2020).

srf.ch (2020): Gestrandet wegen Corona - So verlief die grösste Rückholaktion der Schweizer Geschichte. Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). Text abrufbar unter: <https://www.srf.ch/news/schweiz/gestrandet-wegen-corona-so-verlief-die-groesste-rueckholaktion-der-schweizer-geschichte> (Zugriff am 18.7.2020).

WHO (2020): Timeline of WHO's Response to COVID-19. Text abrufbar unter: <https://www.who.int/news-room/detail/29-06-2020-covidtimeline> (Zugriff am 2.7.2020).

Wysling, Andres (2020): Coronavirus: Warum sterben so viele Leute in Italien? Neue Zürcher Zeitung. Text abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/international/coronavirus-warum-sterben-so-viele-leute-in-italien-ld.1547604> (Zugriff am 18.7.2020).

Zwerger, Patrick (2020): Corona-Notflugplan: Lufthansa Group legt 700 Flugzeuge still. Text abrufbar unter: <https://www.flugrevue.de/zivil/corona-notflugplan-lufthansa-group-legt-700-flugzeuge-still/> (Zugriff am 18.7.2020).

Auf einmal ging uns Bildung alle etwas an...

Michael Hagelmüller

In den letzten Tagen stellt sich gefühlt ein Aufwachen aus dem „Fiebertraum Corona“ ein: In Österreich kam es nicht so dramatisch wie befürchtet, eine Krise des Gesundheitssystems konnte vorerst abgewendet werden. Das Wirtschaftssystem stellt sich auf eine der größten Krisen der letzten Jahrzehnte ein. Die Beziehung der Politik zu den Bürger*innen: kompliziert. Und die Bildung? Über „Bildünger“ [ein auf abgestimmtes Handeln fokussiertes Netzwerk zwischen geförderten Bildungsprojekten von Ashoka und der Sinnbildungsstiftung, Anm. d. Red.] darf ich dem System „Bildung“ tagtäglich, mit etwas Abstand, zusehen. Nicht als Lehrkraft, sondern als Begleiter von Bildungsprojekten, die von Lehrer*innen, NGO-Mitarbeiter*innen und anderen Gestalter*innen umgesetzt werden. Für viele Außenstehende scheint das Bildungssystem momentan so überfordert mit der Situation, dass die Eltern und andere Engagierte eingreifen müssen. Genau hier sollte man jetzt keine voreiligen Schlüsse ziehen. Sondern genauer hinschauen.

Wenn wir genauer hinschauen, dann dominieren zwei Sichtweisen auf die Krise. Die eine Sichtweise sieht jene Probleme, die die Corona-Krise lediglich ins Licht befördert hat: Die fehlende Bildungsgerechtigkeit, der lange Weg, der in Bezug auf Gleichberechtigung noch vor uns liegt oder, dass viele, für eine bessere Gesellschaft engagierte Organisationen noch nicht als gleichbedeutend mit der Wirtschaft angesehen werden. Die andere Sichtweise sieht den Umbruch, der durch die Corona-Krise möglich werden soll. Ideen wie die einer erstarkten öffentlichen Hand, die die nachhaltige Wende doch durchsetzen kann, die (wiederauferstandene) Diskussion ums Postwachstum oder auch die einer chancengerechteren und zukunftsfähigeren Bildung.

Am System „Bildung“ lässt sich sehr gut ablesen, wie ein Spannungsfeld zwischen diesen zwei Sichtweisen entsteht. Zurückgelassene Schüler*innen und überforderte Lehrer*innen auf der einen,

gut eingebundene Schüler*innen und engagierte Pädagog*innen mit innovativem Unterricht auf der anderen Seite. Denn schon auch vor der Krise galt: Kaum ein anderes gesellschaftliches Sub-System vereint Gegensätze so stark in sich, wie das Bildungssystem. Und in keinem anderen werden sie oft so sichtbar und liegen so nah beisammen. Corona befördert auch das zu Tage.

In den letzten Wochen sah die Situation in etwa so aus: Die Mehrheit der 1,1 Millionen Schüler*innen wurden auf Distanz über Zoom und Co unterrichtet. Die Erfahrungsberichte könnten unterschiedlicher nicht sein: Arbeitsaufgaben waren zu umfangreich, die selbstgesteuerte Zeiteinteilung war und ist für viele Jugendliche ungewohnt und insbesondere den benachteiligten Jugendlichen fehlt Unterstützung aus dem Elternhaus und die notwendige technische Hardware. Stimmen aus vielen Schulen zeigen aber auch, dass Lehrer*innen von heute auf morgen auf interaktive Online-Lernumgebungen umgestellt haben, neue Stärken entdecken und funktionierende Lern-Lösungen für die Schüler*innen finden.

Aber nicht nur innerhalb der Schulen kam Bewegung rein. Auch die Zivilgesellschaft, also Vereine, Bildungs-NGOs und Unternehmen, wollten unterstützen. Sie starteten Online-Webinare für Schüler*innen oder Online-Lern-Buddy-Programme für benachteiligte Jugendliche, um sie beim distance-learning zu unterstützen. Unternehmen bieten Laptops und iPads, um Schulen auch Hardware-technisch gut für diese Zeit auszurüsten. Vieles findet davon leider noch nicht den Weg in die Schule, weil die Flut von Angeboten die Schulen überfordert. Was auch nicht überrascht, wenn manche Lehrkräfte momentan 80-100 Wochenstunden arbeiten. Dafür haben sich aber schnell Vermittler*innen über die Plattform „#weiterlernen“ gefunden, die Schulen hier unterstützen, die passenden Unterstützungsangebote und die richtige Hardware zu bekommen.

Auch Eltern mussten ihre Rolle verändern. Manche Eltern gingen so tief in die Bildung ihrer Kinder hinein, wie selten zuvor. Deren Kinder werden möglicherweise mit mehr Wissen und Fähigkeiten aus dem Lockdown herauskommen, als wenn sie „nur“ normal zur Schule gegangen wären. Viele der „systemrelevanten“, nicht im home-office arbeitenden Mütter und Väter konnten hingegen nicht auch noch die Lernbegleitung der Kinder stemmen. Hier werden die Bruchlinien, die vor Corona schon da waren, besonders sichtbar werden. Trotzdem ist in allen Fällen eine Tatsache klar: Die Eltern waren, auch wenn unfreiwillig, schon lange nicht mehr so nahe am Lerngeschehen ihrer Kinder dran.

Wenn man einen Schritt zurücktritt, auf diese Entwicklungen blickt, und ja, vielleicht die Augen etwas zusammenkneift, dann sieht man folgendes Bild: Lehrer*innen, die fundamental ihre Art zu unterrichten umgestellt haben. Schüler*innen, die selbstgesteuert(er) lernen. Zivilgesellschaft und Unternehmen, die Schulen bei ihrer Bildungsarbeit unterstützen. Und Eltern, die im Zusammenspiel mit den aufgelisteten, die Bildung ihrer Kinder mitgestalten. Kurz: Ein System „Bildung“ das von heute auf morgen, anders funktionierte. Und zwar so, dass uns Bildung alle etwas anging.

Corona gab uns einen „gemeinsamen Feind“. Wir haben uns anders organisiert, Menschen haben mitangepackt und das System „Bildung“ mitgestaltet und nicht gefragt: „Dürfen die das?“ – dafür war keine Zeit. Eines der einprägsamsten Sinnbilder dafür fand sich auf dem 1000 Teilnehmer*innen starken #weiterlernen-Online-Kongress: Bildungs-Minister, Lehrer*innen und Engagierte aus der Zivilgesellschaft – alle digital auf Augenhöhe, vereint, um Bildung für alle in Zeiten der Krise zu ermöglichen.

Damit es so weitergehen kann, auch ohne die Augen zusammen zu kneifen, braucht es vor allem das Bekenntnis, diese neue Kultur des Gemeinsamen und der Öffnung weiter zu führen – von Ministerium, Bildungsdirektionen und der Politik. Denn die großen Krisen, von Corona bis Klima, brauchen eine zukunftsfähige Bildung, wo alle mitanpacken. Natürlich braucht es dazu Begleitung und Planung, damit sich jede*r in der richtigen Rolle wiederfindet und die Sicherheit, dass entlang der wichtigsten

Leitlinien, wie Lehrplänen und Bildungszielen, gearbeitet wird. Aber lasst uns den Mut haben, machen wir Bildung zur Gemeinschaftsaufgabe – damit Bildung uns auch weiterhin alle etwas angeht.

Michael Hagelmüller arbeitet bei der NGO Ashoka und leitet gemeinsam mit Carolin Schmid-Schmidfelden Bildünger. Bildünger baut ein auf abgestimmtes Handeln fokussiertes Netzwerk zwischen Bildungs-Projekten, der öffentlichen Hand, Stiftungen und Unternehmen.

Dieser Text ist auf der Plattform umbruch.at ersterschieden, wo die (Corona-)Krise als Zeit des Umbruchs reflektiert und neue Gesellschaftsentwürfe entworfen werden.



Theologie im Kontext von Corona?!

Regina Polak

Als im 14. Jahrhundert die Pest ein Drittel der europäischen Bevölkerung hinwegraffte, erlitt der Glaube an einen von Gott gut geordneten Kosmos und mit ihm die Kirche eine erste massive Erschütterung. Wohl versuchte man in dieser Zeit mit Wallfahrten, Ablasshandel und Selbstgeißelungen einen Gott, den man als strafenden Urheber dieser Katastrophe erlebte, zu beruhigen, aber die Ohnmacht der Kirche war angesichts des massenhaften Todes groß. Danach begann im Kampf gegen den Tod der Aufstieg von Naturwissenschaft und Medizin. So beschreibt die Bildungswissenschaftlerin Marianne Gronemeyer in ihrem Buch „Das Leben als letzte Gelegenheit“ die Folgen der Pest.

Heute dominieren bei der Frage, wie man Corona und die gesellschaftlichen ökonomischen und politischen Folgen dieser Pandemie bekämpft, Naturwissenschaft, Medizin und Sozialwissenschaft. Den Kirchen, wird von vielen Zeitgenoss*innen vielleicht noch ihr Beitrag zu sozialer Nachbarschaftshilfe und privatem Trost gestattet. Politische oder ökonomische Einmischungen werden, insbesondere von den intellektuellen Eliten, eher skeptisch beäugt. Das ist auch verständlich: Mit ihren gottesdienstlichen Versammlungen sind sie Virenverbreiter*innen, die Missbrauchsskandale und die empirisch nachweisbare Tendenz zu autoritären Einstellungen machen religiöse Menschen verdächtig. Was also kann und soll Theologie – die wissenschaftliche Reflexion des (christlichen) Glaubens – da beitragen? Kann sie in einer säkularen Gesellschaft den Anspruch erheben, systemrelevant zu sein?

Auf diese Frage gibt es zunächst eine pragmatische Antwort: Die Mehrheit der Menschen weltweit gehört einer religiösen Gemeinschaft an. Auch in Europa glauben nach wie vor zwei Drittel der Menschen an Gott. Religiöse Gemeinschaften sind also aus soziologischer und politikwissenschaftlicher Perspektive „Key-Player“ im Kampf gegen die Seuche

und deren Auswirkungen. Sie engagieren sich für ihre Nachbar*innen, trösten und geben Hoffnung, stehen bei in Leid und Trauer, motivieren zum Engagement.

Als Legitimation, zu der laut Charles Taylor der Glaube in einem säkularen Kontext verpflichtet ist, genügt eine solche Sicht freilich nicht. Denn die Hoffnung könnte Vertröstung sein, für das soziale Engagement muss man sich mit dem Inhalt nicht beschäftigen. Hauptsache, es wirkt, könnte man sagen. Die Frage ist: Können Religion und Theologie auch intellektuell etwas beitragen?

Unzählige Belege für die intellektuellen Beiträge der Theologie könnte hier nun allein für die monotheistischen Traditionen anführen: Konzepte von Recht und Gerechtigkeit, deren Maßstab das Leben der Marginalisierten, vor allem der Armen in Gesellschaft und Welt ist; Reflexion von Endlichkeit, Leid und Tod; Perspektiven gebildeter Hoffnung und Kritik apokalyptischer Weltbilder; Kriteriologien für ethische Dilemmata wie die Triage.

Religionen sind schon lange nicht mehr die einzigen Akteur*innen, die solche Beiträge erbringen. Aber wie Philosophie, Ethik oder säkulare Weltbilder prägen sie mit ihren Ideen und Weltdeutungen menschliches Handeln und stellen damit auch Weichen, wie wir mit der Corona-Katastrophe zurechtkommen. Weltdeutungen sind so vielleicht nicht als unmittelbar systemrelevant zu erkennen, weil sie über das unmittelbare biologische Überleben hinausgehen. Aber langfristig sind stellen sie die entscheidenden Weichen für die Fülle der Entscheidungen, die während und nach Corona anstehen.

Ein Beispiel: Aus katholischer Sicht besteht die zentrale politische Aufgabe der Kirche darin, die Transzendenz des Menschen zu schützen. Die Theologie hält damit die Frage in Erinnerung: Was oder wer ist der Mensch? Ist er mehr als ein Virenträger, Datenspeicher, Wirtschaftsfaktor, Datenproduzent? Und wenn ja: Worin besteht dieses Mehr?

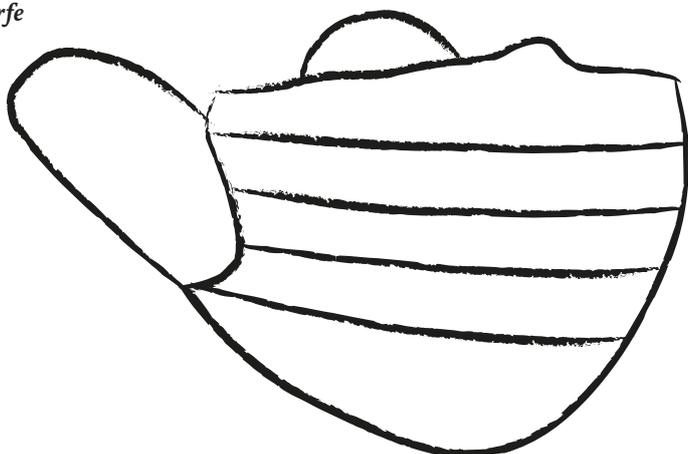
Die Transzendenz des Menschen zu schützen besteht darin, immer wieder daran zu erinnern, dass er weder durch Staat und Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, Ideologien oder Institutionen, auch nicht durch die Kirche zur Gänze erfasst oder gar beherrscht werden darf. Darin bestehen seine Würde und die Gleichheit aller Menschen.

Corona macht sichtbar, dass diese Transzendenz bedroht ist. Vor dem Virus sind eben nicht alle Menschen gleich: Er wird die Ärmsten treffen, national, global. Migrant*innen werden unterschieden in nützliche (Pflegerinnen) und weniger nützliche (Flüchtlinge). Demnächst wird die Frage auftauchen, wer die Schulden zahlt und ob man die ältere Bevölkerung um den Preis des Wohlstands schützen muss oder nicht doch besser wegsperrt.

Die Transzendenz des Menschen hat noch eine andere Dimension: Sie erinnert an „Gott“, der aus christlicher Sicht der Herr der Geschichte ist. Säkular formuliert: Die Zukunft ist offen, der Mensch ist frei, um des Menschen willen muss ein unbenennbarer „Platz“ freigehalten werden, der ihm diese Offenheit und Freiheit sichert. Ohne diese drohen Verzweiflung und schicksalsergebene Unterwerfung unter die zu erwartenden soziopolitischen und sozioökonomischen Dynamiken.

Regina Polak ist Praktische Theologin und Leiterin des Instituts für Praktische Theologie der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Religion im Kontext von Migration, Werteforschung und interreligiöser Dialog.

Dieser Text ist auf der Plattform umbruch.at erschienen, wo die (Corona-)Krise als Zeit des Umbruchs reflektiert und neue Gesellschaftsentwürfe entworfen werden.



Mögliche Lernprozesse in der Corona-Krise

Ulrich Brand

In diesen Wochen und Monaten kommt es zu ungewohnten und drastischen Einschränkungen im Alltag: Abstand halten, Mundschutz, das Zusammenkommen mit vielen Menschen ist nicht erlaubt, Home Office, reduzierte oder gar keine Einkommen für viele, geschlossene gesellschaftliche Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Freizeiteinrichtungen oder Biergärten und Gaststätten. Übermäßige Kritik an den aktuellen Maßnahmen wird von den meisten als unangemessen angesehen. Der Lockdown soll uns schützen und hat selbst negative psychische, soziale und körperliche Auswirkungen. Dazu kommen Einbrüche in der Industrieproduktion und im Dienstleistungssektor, wie auch in der Landwirtschaft, die reduzierte Anzahl der Erntehelfer*innen aus Osteuropa macht sich bemerkbar. Der Welthandel geht in die Knie, ein extrem niedriger, zeitweise sogar negativer Ölpreis ist das Resultat davon.¹ Die Arbeitslosigkeit steigt in allen Ländern stark an. Die „Care-Krise“ und die Probleme der Reproduktion werden besonders sichtbar, wenn wegen der Grenzschießung die 24-Stunden-Pflege durch migrierende Pflegerinnen nicht mehr garantiert ist. Care-Arbeit, die bisher für Mittelschichten entlang von Klassen- oder ethnischen Linien recht einfach externalisiert werden konnte, muss jetzt innerhalb der Haushalte wieder primär zwischen den Geschlechtern ausgehandelt werden. Die aktuelle Krise zeigt uns sehr deutlich, wie sehr verwundbar vor allem sozial schwächere Bevölkerungsgruppen wie in Armut lebende Menschen, prekär Beschäftigte und Geflüchtete sind. Kleinere Firmen werden in vielen Branchen eher Probleme haben, durch die Krise zu kommen, als große Unternehmen. Die Frage, wer nach der Krise die Kosten trägt, wird entlang bestehender Ungleichheiten und Machtverhältnisse beantwortet werden – falls nicht aktiv politisch gegengesteuert wird.

Paradoxerweise werden die globalen CO₂-Emissionen im Jahr 2020 zurückgehen, wenn auch nicht aufgrund gewollter und auf Dauer angelegter klimapolitischer Maßnahmen. Damit ist also noch längst keine klimagerechte sozial-ökologische Transformation eingeleitet. Vielmehr befinden wir uns gerade in Fragen des Umgangs mit der Corona-Krise auf den ersten Blick in einer offenen Situation, die vieles möglich macht und neue Ideen befördert. Doch die Situation ist wohl nicht ganz so offen, wie es scheinen mag. Denn mächtige Kapitalgruppen, die auf die Nutzung fossiler Brennstoffe und anderer natürlicher Ressourcen angewiesen sind bzw. damit kräftig Geld verdienen, haben ein Interesse an der Rückkehr zu ihrer „Normalität“ der Vor-Corona-Zeit. Die Regierungen sind eng verquickt mit diesen starken Kapitalgruppen und es ist wahrscheinlich, dass in einigen Branchen eine verstärkte Unternehmenskonzentration stattfinden wird. Ebenso haben viele Beschäftigte in festen Arbeitsverhältnissen und ihre Interessenvertretungen Interesse an der Wiederherstellung der Situation von vor der Krise. Die aktuell erzwungene Unterbrechung der kapitalistischen Expansionsdynamik findet in vielen Sektoren statt. Aber nicht in allen. So machen die Pharmaindustrie, Produzenten von medizinischer Ausrüstung oder Onlineversandhändler wie Amazon beste Geschäfte.

Dennoch könnte es teilweise ein krisenbedingtes Umdenken hin zu „grünere“ und solidarischen Elementen in der Produktions- und Lebensweise geben, wenn die politischen Kräfte entsprechend mobilisiert werden und es sich für die herrschende Politik als attraktiv darstellt. Der Legitimationsdruck, insbesondere angesichts der Klimakrise zu handeln, ist nicht weg. Und bereits vor Ausbruch der Pandemie gab es in Sektoren wie der Automobilindustrie oder auf den Finanzmärkten massive Probleme.

Im nächsten Kapitel argumentiere ich, dass es auch zu Spaltungen innerhalb des herrschenden Blocks kommen muss, um Alternativen vorantreiben zu können. Neben Analysen bedarf es auch kluger sozial-ökologischer Initiativen, auf die ich weiter unten noch eingehen werde. Zunächst möchte ich auf einige aktuelle Erfahrungen verweisen, die ambivalent und umkämpft sind und mögliche Anknüpfungspunkte für linke Politik darstellen.

Erstens: Krisen sind immer „die Stunde der Exekutive“, das merkt man zum einen daran, dass in der Krise tendenziell die Zustimmung der Bevölkerung zu den Regierungen (stark) wächst; zum anderen treten die parlamentarischen Oppositionen in den meisten Ländern Europas kaum in Erscheinung. Die Parlamente nicken die einschneidenden Maßnahmen und gigantischen „Rettungs-Pakete in den Ländern des globalen Nordens ab. Die argentinische Soziologin Maristella Svampa (2020) spricht vom aktuellen Staat als „Gesundheits-Leviathan“, der Grundrechte einschränkt und Befugnisse an sich zieht. Der Umgang mit der Corona-Krise könnte den Regierenden als Anschauungsmaterial dienen, wie weit sie in deklarierten Notstandssituationen gehen können. Viele Maßnahmen werden gesellschaftlich akzeptiert. Damit wird möglicherweise ein Alltagsverstand der Menschen gestärkt, demzufolge Krisen vor allem autoritär zu bearbeiten sind, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eingeschränkt werden müssen. Wer hätte neben diesen problematischen Tendenzen vor einigen Monaten noch gedacht, dass die Regierungen derart entschieden in die Lebenswelt der Menschen und das wirtschaftliche Handeln eingreifen könnten? In den Debatten um eine weitreichende Klima- oder Verkehrspolitik wurde mit Schulterzucken reagiert. Maßnahmen wie Tempolimits und Fahrverbote zur Reduzierung von Feinstaub in Städten oder CO₂-Emissionen wurden Begreifen und Initiativen setzen – eine Einleitung inmitten der Krise 12 empört abgelehnt. Die Erzählung lautete, dass der Staat zu einem raschen Umsteuern

gar nicht in der Lage sei, und den Menschen „einschneidende“ Maßnahmen nicht zu vermitteln und zuzumuten seien.

Auch das Corona-Virus ist nicht einfach „da“, sondern es handelt sich um ein nur medizinisch zu identifizierendes Problem, das die Bevölkerungsmehrheit gar nicht unmittelbar als Krankheit erfährt. Insofern handelt es sich um eine Bedrohung, die in gewisser Weise abstrakter ist als der Klimawandel. Wer oder was bestimmt also, was ausreichend lebensbedrohlich ist, um in ein dezidiertes politisches Krisenmanagement einzusteigen? Ebenso sind die Umgangsweisen der Regierungen damit nicht vorgegeben: Es gab anfänglich von der US-Regierung Leugnung, in Großbritannien Zögern, in Südkorea die Isolierung von Risikogruppen und in vielen Ländern Lockdown inklusive dramatischer Inszenierung. Lockdown bedeutet, dass die Regierungen eine zeitweise Unterbrechung der kapitalistischen Wachstumsmaschinerie verfügen, aber eben vielerorts auch die mikroökonomischen Aktivitäten der Bevölkerung einschränken, die ihr tägliches Überleben sichern.

Was können wir daraus lernen? So wie die Regierungen mehr oder weniger rasch drastische Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus ergriffen haben, so sehr könnte die Klimakrise zum Anlass genommen werden, ein deutlicheres politisches Umsteuern in Richtung sozial-ökologischer Transformation einzuleiten. Das Wissen um den Klimawandel und seine sozial-ökologischen Konsequenzen ist vorhanden und wird auch von den meisten Regierungen nicht mehr geleugnet. Die österreichische grüne, politisch leider wenig durchsetzungsfähige Umweltministerin Leonore Gewessler stellt fest: „Die Corona-Krise zeigt, dass wir entschlossen und ministerienübergreifend handeln können. Diesen Willen müssen wir in die Klimakrise mitnehmen. Wenn die Klimakrise kommt, dann bleibt sie. Dann wird dieser Ausnahmezustand zum Dauerzustand.“ (Laufer, 15.4.2020)

Wie bereits in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008/09 ihren Anfang nahm, zeigt sich auch jetzt, dass viele Staaten in den kapitalistischen Zentren in der Lage sind, enorme regulatorische und finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, in dem Versuch, die

wirtschaftlichen und heute auch die gesundheitlichen Krisenerscheinungen zu bekämpfen.² Das gelingt sehr unterschiedlich und jede Maßnahme hat mehr oder weniger starke Auswirkungen auf soziale Ungleichheit und wird als Maßnahme des Notstands gerechtfertigt.³ Das Mantra der Schwarzen Null als Kernelement der Austeritätspolitik gilt aktuell nicht mehr. Falls sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht deutlich verändern, wird dieses Mantra umso stärker zurückschlagen. Denn die aktuellen staatlichen Unterstützungsleistungen müssen in der Zukunft refinanziert werden und das wird mit Politiken gegen die Bevölkerungsmehrheit und mit unsolidarischer Politik in Europa einhergehen.

Zudem sollten wir uns keinen Illusionen hingeben in Bezug auf die Rolle des Staates in Ländern wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz. Wenn die Rettungspakete nicht mit klaren sozialen und ökologischen Kriterien versehen werden, sind sie Teil der harten neoliberal-kapitalistischen Realität: Es ist die altbekannte Strategie, insbesondere der großen Unternehmen und deren Kooperation mit dem Staat, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Andererseits bleibt eine wichtige Erfahrung: Trotz der Verquickung mit den großen Unternehmen kann der Staat in bestimmten Situationen durchaus deutlich umsteuern, auch gegen mächtige Wirtschaftsinteressen, und zumindest teilweise auf soziale Belange Rücksicht nehmen. Und das gilt, *zweitens*, auch für Unternehmen. Für einige Veränderungen hätte man vor einem halben Jahr noch Kopfschütteln geerntet: Automobilhersteller und -zulieferer produzieren gesundheitsrelevante Güter, nämlich Schutzmasken und Beatmungsgeräte. Regierungen rufen dazu auf, lokale und einheimische Produkte zu kaufen, um einheimische Produzent*innen zu stützen. Indirekt wird die starke und nun gefährlich gewordene Abhängigkeit von globalen Güterketten anerkannt. Die negativen Auswirkungen der Krise werden in vielen Branchen entlang der Lieferketten insbesondere auf die Schwächsten, nämlich die Produzent*innen in den Weltmarktfabriken des globalen Südens, abgewälzt.⁴ Damit wird eine alte Forderung der globalisierungskritischen Bewegung aktualisiert, die etwa im Begriff der progressiven „De-Globalisierung“

zum Ausdruck kommt (Bello 2004). Auch der ressourcenintensive Ferntourismus wird im Jahr 2020 weitgehend unterbrochen werden und ermöglicht regionalere Formen des Reisens.

Wenn staatliche Eingriffe in die Unternehmenstätigkeit nunmehr als legitim gelten, so könnten auch weitergehende Fragen bezüglich einer Steuerung von Wirtschaftstätigkeiten gestellt werden: Welchen Stellenwert spielt künftig der öffentliche Sektor? Wer bestimmt über die Investitionen der Unternehmen bzw. in öffentliche Infrastrukturen und entlang welcher sozial-ökologischer Kriterien werden diese getätigt? Damit öffnen sich Möglichkeiten einer „krisenfesten Resilienzwirtschaft, um die Wirtschaft konjunkturunabhängig stabil zu halten“ (Lange/Santarius 2020). Das sollte nicht als Wunschtraum des Kapitals nach Krisenfreiheit gelesen werden, sondern als Bedingung für eine sozial-ökologische Transformation. Eine resiliente Wirtschaft impliziert ein insgesamt niedrigeres Niveau des Bruttoinlandsprodukts mit Konsequenzen für Arbeitszeiten, Einkommen, Beschäftigung und Sozialversicherungssysteme (ebd.). Auch die Diskussion um den Rückbau und die Konversion nicht-nachhaltiger Wirtschaftszweige wie etwa der Rüstungs- und Automobilindustrie, abgesichert durch entsprechende Arbeitsmarkt- und sozial-ökologische Industriepolitiken, müsste intensiviert werden.

Drittens wird deutlich wie selten zuvor, dass Menschen hochgradig abhängig von biophysischen und gesellschaftlichen Bedingungen sind, verletzlich durch Virusinfektionen und durch eine unzureichende gesundheitliche Versorgung. Die weit verbreitete Annahme des autonomen und zuvorderst an Nutzenmaximierung orientierten Individuums blamiert sich selbst. Gesundheit ist kein Glück und Krankheit nicht (nur) Schicksal, sondern es sind auch gesellschaftliche Verhältnisse, die diese beeinflussen. Die neoliberale Auszehrung des Gesundheitssektors schafft aktuell viel Leid, sogar Tod – und für die in der Branche Beschäftigten enormen Arbeitsdruck und Risiken. Sichtbar wird die medizinische Unterversorgung in den USA und in Europa vor allem in Ländern wie Großbritannien, Griechenland, Italien und Spanien, in letzteren v.a. verursacht durch die Austeritätsmaßnahmen oder EU-Auflagen im Gefolge

der Eurokrise. Aber auch in Ländern wie Deutschland haben sich die Defizite des neoliberalisierten Gesundheitssystems gezeigt, auch wenn hier die Krisenbewältigung noch vergleichsweise gut gelingt. Zum einen wurde der Gesundheitssektor verkleinert und zum anderen Markt- und Profitprinzipien unterworfen, was in der aktuellen Krise desaströse Auswirkungen hat (Kreilinger/Zeller 2020). In Deutschland wurde die Zahl der Krankenhausbetten in den letzten 30 Jahren fast halbiert, obwohl die Bevölkerung zunahm und älter wurde (Wolf 2020). In Ländern des globalen Südens sieht es noch düsterer aus, insbesondere dort, wo diese durch die aufgezwungenen neoliberalen „Strukturanpassungen“ gegangen sind. Nicht zuletzt durch solche Erfahrungen ist eine breite gesellschaftliche Debatte um den Zustand des Gesundheitssystems entstanden.

Gesundheit ist ein öffentliches Gut und profitorientierte Gesundheitssysteme könnten in der aktuellen Krise an Zustimmung verlieren. Zudem kommt es zu einer stärkeren – bisher allerdings weitgehend symbolischen – Anerkennung von medizinischen und insbesondere von Pflegeberufen und anderen „systemrelevanten“ Berufen der Daseinsvorsorge, die unverzichtbare gesellschaftliche Funktionen aufrechterhalten (Wöhl 2020). Dazu gehören die Tätigkeiten von Menschen in der Lebensmittelproduktion und im -handel oder im Erhalt der grundlegenden öffentlichen Infrastruktur. Es wird kritisch diskutiert, welche Waren, Dienstleistungen und Wirtschaftssektoren bislang möglicherweise als zu wichtig erachtet wurden, etwa (große) Autos, schnelllebiges Konsumgüter, immer neue Kleidung, Wochenendflüge und andere Statusprodukte. Die „Alltagsökonomie“ (Foundational Economy Collective 2019) erfährt aktuell eine Aufwertung, was als wichtige Erfahrung bleiben könnte. Öffentlich diskutiert wird, dass die gesellschaftliche und finanzielle Bewertung von Erwerbsarbeit wie auch die Aufteilung zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten – insbesondere unbezahlte Reproduktions- und Pflegearbeit – in einer erheblichen Schieflage sind. Männliche (Fach-) Arbeit in Industrie- und Finanzsektoren wurde in der Vergangenheit deutlich bevorzugt, andere soziale Arbeiten abgewertet. Auch diese Erfahrung darf nicht

einfach wieder vergessen werden, selbst wenn sich nach Krisen alte (Geschlechter-)Ordnungen rasch wiederherstellen.

Viertens können bzw. müssen wir in diesen unübersichtlichen Wochen und Monaten lernen, dass Menschen durchaus bereit sind, ihr Alltagsverhalten radikal zu verändern, wenn es glaubhaft als lebensdienlich dargestellt wird. Dies geschieht verordnet, nicht selbstbestimmt gewollt und zum Glück nur auf Zeit. Bei Menschen, die keine oder wenig Sorgeverpflichtungen und zudem stabile Einkommen haben, mag die aktuelle Situation den paradoxen Effekt haben, dass das gesellschaftlich erzwungene Innehalten im eigenen Alltag sogar ganz angenehm sein kann – trotz der Sorge um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gesamtsituation. Das betrifft insbesondere jene, die sich ihr Büro zu Hause einrichten können (und das sind tendenziell die Berufe mit höherem Einkommen). Die Unterbrechung der Normalität ist für viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder als Selbstständige wirtschaftlich dagegen ein Desaster. Und auch im privaten Bereich kommt es häufig zu enormen Belastungen: Homeschooling, Ausgangssperren und Kontaktverbote sind für Kinder und Eltern oft anstrengend, eine Belastungsprobe, die in engen Wohnverhältnissen nochmals zunimmt.

Dennoch stellt sich trotz der Unsicherheit sowie materieller, sozialer und psychischer Belastungen für viele die Frage, ob in der aktuellen Situation potenzielle Elemente einer solidarischen Lebensweise aufscheinen, die ganz praktisch und gerne gelebt werden. Die Städte wirken entspannter, weil „autobefreit“ – auch wenn vorübergehend viele Menschen das eigene Auto andererseits als „Schutzraum“ begreifen –; das Fahrradfahren wird nicht nur entspannter, ihm wird auch mehr Raum zugewiesen und es erweist sich in Begreifen und Initiativen setzen – eine Einleitung inmitten der Krise in vielen Fällen als Alternative sowohl zum ÖPNV wie auch zur Automobilität. Das wird von vielen als angenehmer Zustand empfunden und insofern eine kollektive Erfahrung sein, an die angeknüpft werden kann.

Beim Leitbild von Post-Wachstum, auf das ich in anderen Kapiteln dieses Buches noch näher eingehen werde, stehen immaterielle Dimensionen eines auskömmlichen und zufriedenstellenden Lebens im Zentrum: Genussfähigkeit, Achtsamkeit, Solidarität und anderes mehr (Schmelzer/Vetter 2019: 224f.).

Es geht um eine „solidarische und konviviale Lebensweise, die einerseits aus einer materiellen Deprivilegierung derjenigen hervorgehen muss, die aktuell auf Kosten anderer leben, und andererseits Denk- und Probierräume für ein vielfältiges gesellschaftliches Miteinander jenseits von Konkurrenzzwang und Entfremdung eröffnet“ (ebd.: 230).

Diese Position ist nicht naiv. Es spricht einiges dafür, dass nach der Krise ein neues „Wir“ erschaffen wird, das nur gemeinsam „die Wirtschaft“ in ihren alten Konturen wieder zum Laufen bringt: Arbeiten, verbunden mit Überstunden und für viele unter prekären Bedingungen, Hyperkonsum, aber politisches Stillhalten als oberste Bürger*innenpflicht. Doch dieses „Wir“ ist umkämpft, wird Ein- und Ausschlüsse produzieren. Dabei gibt es zumindest die Chance zur Stärkung von sozial-ökologischen Dimensionen. Aktuell ambivalente Alltagserfahrungen, von ihrem Zwangscharakter befreit, könnten durchaus Anknüpfungspunkte für eine solidarische Lebensweise bergen. Das in einigen europäischen Ländern wie Spanien nun rasch eingeführte Grundeinkommen, mit dem das Leben von Millionen Menschen abgesichert werden soll, wird nicht einfach zurückgenommen werden können. Und *fünftens* könnte die Dringlichkeit internationaler Politik und Zusammenarbeit deutlich werden. Bei der Diagnose der Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation wurde das durchaus deutlich. Gleichzeitig wird Krisenpolitik weitgehend von nationalen Staaten betrieben, trotz der beträchtlichen gemeinsamen Anstrengungen etwa in EU-Europa. „Nicht kleckern, sondern klotzen“, fordert der deutsche Finanzminister Olaf Scholz Mitte März. Es soll vor allem die „eigene“ Wirtschaft gerettet werden, auch wenn die EU möglicherweise damit weiter geschwächt wird (Vogel 2020).

Das gelingt den reichen europäischen Ländern eher als den ärmeren, und es wird zu weiteren wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen führen. Die unsolidarische EU-Politik gegenüber Geflüchteten wird in der Corona-Krise besonders deutlich, was auch als Angst der herrschenden Politik vor einem weiteren Aufstieg rechtsextremer Kräfte verstanden werden kann (etwa Dörre 2020). Vor allem aber ist es die strukturelle neoliberale Verfasstheit der EU, mit der die strukturelle Macht der Vermögenden und des Kapitals abgesichert, eine solidarische Ausgleichspolitik innerhalb der Union verunmöglicht, tendenziell der Nationalismus verstärkt und nach außen die Freihandelsorientierung festgeschrieben wird (Oberndorfer 2020).

Es gibt kaum effektive internationale Ausgleichsmechanismen. Internationale Regelsetzung war in den letzten Jahren stark daran ausgerichtet, die Interessen starker Akteur*innen zu sichern. Andere internationale Koordinationsmechanismen und Organisationen, die etwa Frieden dauerhaft sichern oder eine Angleichung der Lebensbedingungen unterstützen, wurden erheblich geschwächt. Rechtskonservative Regierungen tragen ihren Nationalismus nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sprachlich vor sich her. Die konservativen Mitglieder der österreichischen Regierung wenden sich in ihren öffentlichen Ansprachen in der Regel nicht an die in Österreich lebenden Menschen, sondern an „die lieben Österreicherinnen und Österreicher“. Wie grotesk würde es sich anhören, wenn die im Vergleich zu Sebastian Kurz deutlich liberalere Angela Merkel nicht mit „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger“ ihre Ansprachen beginnen würde, sondern mit „Liebe Deutsche“. Und dennoch schafft die globale Dimension der Corona-Krise auch eine verstärkte Aufmerksamkeit für die Verhältnisse (allen voran die Gesundheitsverhältnisse) in anderen Ländern. Es kommt durchaus zu europäischen Unterstützungsaktionen und – wenn auch erst nach vielen Wochen des Zögerns – zur stärkeren finanziellen Unterstützung von Ländern des globalen Südens. In diesen Tagen (Anfang Mai 2020) ist offen, ob es auf europäischer Ebene vielleicht zu einer Haftungsübernahme von Staatsschulden durch die EU in Form von sogenannten Euro-Bonds

bzw. Corona-Bonds oder vielleicht sogar Direkthilfen für stärker von der Krise betroffene Länder kommt (Schneider/Syrovatka 2020).

Die Notwendigkeit internationaler politischer Kooperation wird zum Beispiel daran deutlich, dass UN-Generalsekretär António Guterres Ende März die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran forderte, um dort den Kampf gegen das Corona-Virus zu erleichtern. Eine Schuldenstreichung für ärmere Länder wird inzwischen von vielen gefordert. Solch eine Streichung sollte nicht als großmütiger Akt der reichen Länder verstanden werden, sondern als Ausgleich historischer kolonialer Schuld. Eine „soziale Weltinnenpolitik“ (Peters 2020) als institutionelle Umsetzung der Forderung nach Globalen Sozialen Rechten könnte breitere Unterstützung gewinnen.

Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft und Leiter des im September 2020 eingerichteten Forschungsverbunds Lateinamerika an der Universität Wien.

Der vorliegende Text wurde leicht adaptiert dem Buch „Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise“ von Ulrich Brand entnommen (VSA-Verlag, Hamburg 2020).



Quellen

¹ Der Internationale Währungsfonds prognostizierte am 14. April 2020 einen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung um drei Prozent. Für die EU wird ein Einbruch um etwa 7,5% erwartet. Es bedarf wohl noch einiger Analysen, um den Zusammenhang zwischen Corona-Krise, dem Rückgang des Welthandels, der Entwicklung des Ölpreises, sinkenden Börsenkursen und der bereits seit 2019 sichtbar werdenden neuerlichen Überakkumulationskrise des globalen Kapitalismus mit sinkenden Wachstumsraten und sich anbahnenden Problemen in einigen Branchen genauer zu verstehen (vgl. dazu Solty 2020).

² Ingar Solty (2020) weist auf eine wichtige Differenz zwischen der Krise vor gut zehn Jahren und heute hin: 2007/2008 war eine Krise der ineffektiven deregulierten Finanzmärkte, die dann auf die Gütermärkte wirkte. Heute handelt es sich um eine Unterbrechung transnationalisierter Produktionsketten.

³ Vgl. eine interessante Momentaufnahme der klassenbasierten Krisenpolitik in Deutschland von Sablowski 2020.

Bello, Walden (2004): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hamburg: VSA.

⁴ Rustici 2020 mit eindrucksvollen Beispielen, Paasch/Saage-Maaß 2020 zu den höchst ungleichen Auswirkungen im globalisierten Textilsektor.

Dörre, Klaus (2020): Nicht jede Krise ist eine Chance, in: Jacobin, 17.4.2020; <https://jacobin.de/artikel/klaus-dorre-corona-krise-chance/> (Zugriff 23.4.2020).

Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.

Kreilinger, Verena/Zeller, Christian (2020): Corona-Pandemie – eine historische Wende. Gesundheitswesen gesellschaftlich aneignen, Produktion kurzzeitig und geplant runterfahren!, in: LuXemburg-online; www.oekosoz.org/2020/03/corona-pandemie-eine-historische-wende/ (Zugriff 5.4.2020).

Lange, Steffen/Santarius, Tilman (2020): Die Corona-Krise erfordert eine Transformation zu einer krisenfesten Resilienzwirtschaft, in: Ökonomenstimme; www.oekonomenstimme.org/artikel/2020/04/die-corona-krise-erfordert-eine-transformation-zu-einer-krisenfesten-resilienz-wirtschaft/ (Zugriff 12.4.2020).

Lauer, Nora (2020): Gewessler zu Staatshilfen: "Steuermillionen brauchen Klimabedingungen", in: derStandard.at, 15.04.2020; <https://www.derstandard.at/story/200016881817/gewessler-zu-staatshilfen-steuermillionen-brauchen-klimabedingungen> (Zugriff: 17.10.2020).

Oberndorfer, Lukas (2020): In schlechter Verfassung für die Euro-Krise 2.0 – warum eine solidarische Krisenpolitik neue EU-Verträge braucht, in: Arbeit&Wirtschaft Blog; <https://awblog.at/in-schlechter-verfassung-fuer-die-euro-krise-2-0/> (Zugriff 9.5.2020).

Paasch, Armin/Saage-Maaß, Miriam (2020): Lieferketten unter Corona: Den Letzten beißen die Hunde, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai, S. 17-20.

Peters, Stefan (2020): Ungleichheit ist tödlich: Die Corona-Pandemie in globaler Perspektive. Manuskript.

Rustici, Camille (2020): Kommando zurück. Die Globalisierung, wie wir sie kannten, ist vorbei, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 17.4.2020; www.ipgjournal.de/regionen/europa/artikel/ (Zugriff 23.4.2020).

Sablowski, Thomas (2020): Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise, in: LuXemburg-online, April, www.zeitschrift-luxemburg.de/der-klassencharakter-der-deutschen-politik-in-der-coronakrise/.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): Degrowth/ Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius.

Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2020): Corona und die nächste Euro-Krise. Gefahren und Chancen für die Linke, in: Prokla Online First, <https://prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/1873/1803#toc> (Zugriff 20.4.2020).

Solty, Ingar (2020): When the State Steps in to Save Profit, in: Jacobin; www.jacobinmag.com/2020/03/coronavirus-recession-global-economy-stimulus-state (Zugriff 10.4.2020).

Svampa, Maristella (2020): Reflexiones para un mundo post-coronavirus, in: Nueva

Sociedad Online, April 2020; www.nuso.org/articulo/reflexiones-para-un-mundo-post-coronavirus/ (Zugriff 20.4.2020).

Vogel, Steffen (2020): Der Corona-Crash. Die zweite Eurokrise?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai, S. 5-8.

Wöhl, Stefanie (2020): Der Pflege- und Gesundheitssektor in der Covid-19 Krise; <https://eis.fh-vie.ac.at/der-pflege-und-gesundheitssektor-in-der-covid-19-krise/> (Zugriff 16.4.2020).

Wolf, Winfried (2020): Die neue Weltwirtschaftskrise, das Corona-Virus und ein kaputt gesparter Gesundheitssektor. Oder: Die Solidarität in den Zeiten von Corona, in: Nachdenkseiten, www.nachdenkseiten.de (Zugriff 12.4.2020).

Intersektionalität

Von der Antidiskriminierung zur befreiten Gesellschaft?

Christopher Sweetapple, Heinz-Jürgen Voß und Salih Alexander Wolter (Hrsg.).
Schmetterling Verlag, 2020

Christina Pichler

Kapitalismus, Sexismus und Diskriminierungen gehen oftmals Hand in Hand – für viele von uns ist diese Feststellung hoffentlich nichts Neues, allerdings zeigen die hier genannten Autoren auf, wie diese Verknüpfungen für viele Personen nahezu alltäglich sind. Das Werk *Intersektionalität* beginnt mit einer Einführung, dabei beziehen sich die Autoren vorwiegend auf Kimberlé Crenshaw, die als *die* Theoretikerin im Bereich Intersektionalität gilt. Doch sogleich verweisen sie darauf, dass der Ursprung nicht bei Crenshaw liegt, sondern dass vielmehr das Combahee River Collective ein Statement im Jahre 1977 verfasst hat, welches auf die Verschränkungen diverser Diskriminierungspraktiken (Intersektionalität) verweist. Berühmt wurde Crenshaw mit ihren Arbeiten zur Intersektionalität durch ihren Vergleich von diversen Diskriminierungspraktiken mit einer Straßenkreuzung – wobei Crenshaw selbst dafür plädiert, dass es sich dabei nicht um eine fertige Theorie handelt, sondern dieser Ansatz vielmehr dazu anregen soll, Diskriminierungen aus den unterschiedlichsten Richtungen wahrzunehmen und somit das Konzept immer weiterzuentwickeln.

Abgeschlossen wird das erste Kapitel des Buches mit der Vorstellung von drei Modellen, wie Intersektionalität methodologisch aufgearbeitet werden kann. Die Autoren zeigen dabei auf, wie umfangreich und oftmals auch abweichend die Modelle von einander sind. Die Seiten 23 bis 26 geben dabei einen guten Überblick, wie Intersektionalität für die praktische Analyse dienlich gemacht werden kann.

Der Hauptteil des Buches befasst sich mit den Ergebnissen von Interviews, die im Rahmen des Forschungsprojekts *Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Traumatisierung* an der Hochschule Merseburg durchgeführt wurden. In diesen Interviews ging es darum, einen Überblick zu erhalten, wie rassistische Gewalt und sexualisierte Gewalt miteinander verschränkt sind und wie mit den Kategorien Klasse und Geschlecht in den entsprechenden Analysen und praxisrelevanten Ableitungen umgegangen wird (S.26). Befragt wurden 18 Personen, die in Vereinen oder Initiativen tätig sind, welche sich explizit mit „Mehrfachzugehörigkeit“ oder „Intersektionalität“ beschäftigen. In Unterkapiteln, wie *Der Begriff der Intersektionalität für die eigene Arbeit*, werden Aussagen aus den unterschiedlichen Interviews zitiert, um abschließend in einer Zusammenfassung die Aussagen zu interpretieren. Die zitierten Stellen der Interviews sind gut gewählt, um einen Einblick in die tägliche Praxis der Menschen zu erhalten. Viele geben dabei an, dass es noch immer zu wenig Angebot an rassismussensiblen Materialien und Beratungsstellen gibt. Des Weiteren erkennt man anhand der Zitate, dass es vielen Personen schwer fällt, alle Arten von diskriminierenden Praktiken und Erfahrungen einordnen zu können. Auch die Autoren verweisen des Öfteren darauf, dass die Erkenntnis des Einhergehens dieser Erfahrungen mit struktureller Diskriminierung, oftmals fehlt. Herausgestrichen wird dabei, dass vor allem die Einbindung von Personen, die bereits Flucht- und/oder Diskriminierungserfahrungen gemacht haben und diese meistern konnten,



dabei helfen könnten, erfolgreiche Strategien zu entwickeln, wie diese verarbeitet werden können. Ein weiterer wichtiger Punkt, der im Laufe dieser Interviews zum Vorschein kommt, beläuft sich auf intersektionale Projektanträge: Wenn Menschen mit unterschiedlichsten Diskriminierungserfahrungen gemeinsam an einem Projekt arbeiten, dauere dieses meist länger und dies sei oftmals ein Hindernis, um an Finanzierungen zu gelangen. „Durch die Beachtung verschiedener Themenbereiche und der Komplexität an Identitäten gebe es zudem ‚viel mehr Auseinandersetzung‘, müsse man ‚viel mehr aufpassen‘, ‚jeden Schritt‘ bedenken und ‚mehr Energie einsetzen, um diskriminierungssensibel und -arm zu bleiben“ (S. 63). Bei den befragten Personen der intersektional arbeitenden Initiativen offenbarte sich außerdem, dass es ein hohes Maß an Eigeninitiative benötigt, da viele Personen von Projekt-zu-Projekt-Finanzierung abhängig seien (S. 67-68). Auch hier sei es also nötig, die dahinterliegenden Strukturen zu erkennen.

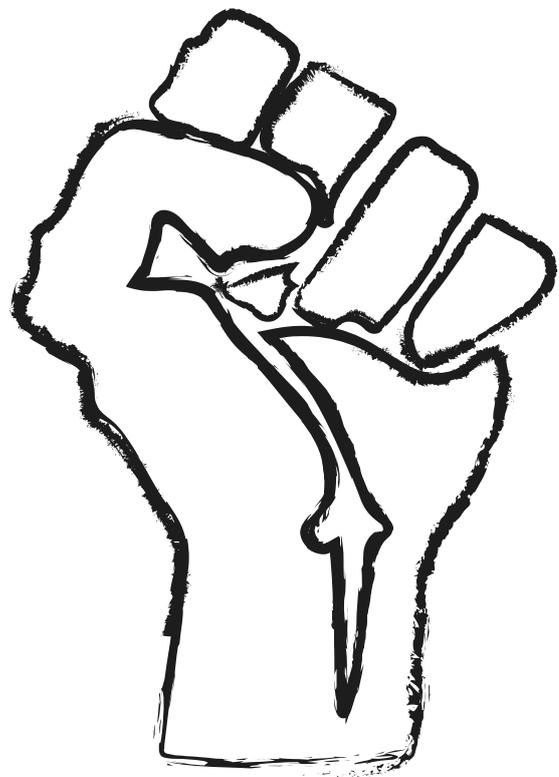
Sehr gut gelungen sind die Schlussfolgerungen nach den Interviews. Ab Seite 68 zeigen die Verfasser auf, welche praktikablen Ableitungen aus den Antworten gezogen werden können. Besonders in den Verwaltungsstrukturen müsse sich ein kontinuierlicher Reflexionsprozess etablieren, welcher sich dauerhaft mit Rassismen beschäftige. Auch die Fördermodalitäten müssten so angepasst werden, dass auch Projekte mit „interdisziplinären und intersektionalen Bedarfen“ Chancen haben finanziert zu werden (S. 68). Des Weiteren wird Betroffenheit als Ressource genannt, der mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte (S. 69).

Anschließend an diese Schlussfolgerungen werden intersektionale bzw. rassismussensible Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen und LSBTTIQ* aufgelistet sowie Webseiten für Info- und Bildungsmaterialien.

Zum Abschluss des Buches erfolgt noch ein Ausblick, welcher auch Theoretiker*innen nennt, die Anregungen bieten weiter zu denken, wie beispielsweise Antonio Gramsci, Étienne Balibar sowie Simone de Beauvoir.

Dieses Buch von Sweetapple, Voß und Wolter gibt eine gute Einführung zum Themenbereich Intersektionalität, welches meines Erachtens vor allem für Menschen von besonderem Interesse sein dürfte, welche nur über wenig Vorstellung verfügen, wie Arbeiten im pädagogischen bzw. sozialen Bereich tatsächlich abläuft. Ein wenig erschreckend dabei war die Feststellung, dass 2020 noch immer zu wenig im Bereich von intersektionaler Arbeit in Ausbildungen sowie Studien gelehrt wird. Die Frage, die sich daraus für mich ergibt, lautet: „Welche Strukturen und Institutionen verwehren es uns, in einer antidiskriminierten Gesellschaft zu leben und wieso werden diese Strukturen und Institutionen noch immer von uns mitgetragen?“.

Christina Pichler ist Politikwissenschaftlerin und Gender Studies Studierende mit Forschungsschwerpunkt Kritische Theorie nach Adorno und Horkheimer sowie intersektionalen Theorien. Sie unterrichtet Politik und Kultur der EU im Rahmen des Illinois in Vienna Programs.



Kapitalismus – Macht – Demokratie

Michel Foucault und Colin Crouch im Dialog

Valentin Fröhlich, Florian Pimminger.
Trauner Verlag, 2020



Josef Mühlbauer

Die beiden Soziologen Valentin Fröhlich und Florian Pimminger stellen mit der im Juli 2020 erschienenen Monographie ihre mit Auszeichnung abgeschlossene, stark überarbeitete Masterarbeit, die sie im Rahmen des Studiums an der Johannes Kepler Universität verfasst haben, vor. Die Soziologin Prof. Brigitte Aulenbacher hat diese Arbeit als exzellent empfunden, gab nicht nur den ersten Impuls einer Publikation, sondern schrieb darüber hinaus auch das Vorwort. Schlussendlich erschien das Werk im 1948 entstandenen Trauner Verlag, der sich auf die Bereiche Bildung, Gastronomie, Sachbücher, Universität und Oberösterreich fokussiert. In ihrer theoriegeleiteten Arbeit versuchen die beiden Autoren das krisenhafte Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie zu rekonstruieren. Dieses Buch kann im Bereich der Politischen Theorie bzw. der Politischen Soziologie eingeordnet werden. Mit Michel Foucaults Konzepten der Genealogie und Gouvernementalität sowie Colin Crouchs Begriff der Postdemokratie üben die Autoren nicht nur Gesellschaftskritik, sondern dekonstruieren den gegenwärtigen Neoliberalismus und decken seine Machttechnologien auf. Aufgebaut ist das Buch in drei Teilen. Im ersten geht es darum das genealogische Denken Foucaults vorzustellen, während im zweiten Colin Crouch und sein Begriff der Postdemokratie analysiert wird. Im dritten Teil treten auf einer theoretischen Ebene die beiden großen Denker in einem kritisch-konstruktiven Dialog.

Zwei Perspektiven auf das Phänomen der Macht

Das Buch „Kapitalismus – Macht – Demokratie. Michel Foucault und Colin Crouch im Dialog“ versucht wie der Titel schon andeuten lässt, zwei Denker und Bezugsquellen für die Sozialwissenschaften – nämlich Foucault und Crouch – zu verbinden und zu kontrastieren um den gegenwärtigen Kapitalismus und seine neoliberalen Tendenzen zu hinterfragen. Wie die Autoren selbst zugeben, ist „der Anspruch einer Gegenüberstellung zweier in diesem Maße konträrer Theoretiker fraglos eine diffizile Unternehmung“ (143). Bei dieser Herangehensweise handelt es nicht um einen bloßen Vergleich, sondern um ein kritisch-konstruktives In-Dialog-Bringen. Ein Dialog der neue Erkenntnisse generiert und nicht nur die bisherige Theorie beider Denker zusammenfasst, sondern diese anhand einer machtpolitischen Leseart neu darstellt (155). Genau hierin liegt die große Stärke des Buches. Es verbindet die dezidiert demokratietheoretische Arbeit von Crouch, der eine Verfallsgeschichte westlicher Demokratie nachzeichnen möchte, mit der genealogischen Arbeit von Foucault, der mit seinem Ansatz mehr die Konstitution von Subjekt, Wissen und Macht und somit die Rekonstruktion historischer Machtverhältnisse erforscht. Dadurch werden zwei verschiedene Sichtweisen und Herangehensweisen auf ein und dasselbe Phänomen gegenübergestellt, verglichen und herangezogen. Das soziale Phänomen das beide intensiv untersuchen ist die Macht, oder genauer Machtverhältnisse.

Obwohl die methodologischen Herangehensweisen Foucaults und Crouchs nicht verschiedener sein könnten, postulieren beide eine Transformation von Staatlichkeit und Subjektconstitution, somit eine grundlegende Veränderung von Machtverhältnissen. Crouch geht von einer idealtypischen Demokratie aus, in der sich eine große Zahl von Bürger*innen an gesellschaftspolitischen Diskursen und an der Formierung der politischen Agenda beteiligt und nicht nur passiv auf Meinungsfragen oder alle paar Jahre auf einen Stimmzettel wartet. Dem gegenüber kontrastiert er eine Postdemokratie in welcher zwar Wahlen abgehalten werden, jedoch konkurrierende PR-Teams die öffentliche Debatte während der Wahlperioden kontrollieren. Somit verkommt für Crouch die Demokratie, da nur Probleme diskutiert werden, die die PR-Expert*innen zuvor ausgewählt haben. Crouch konstatiert darüber hinaus einen Verfall politischer Kommunikation, aufgrund großer multinationaler Werbeindustrien und privater Fernsehsender. Als konkrete Beispiele zieht er die weltberühmten und mächtigen Medienmagnaten und Politiker Silvio Berlusconi und Rupert Murdoch heran. Eine Denkfigur die Crouch für sein Konzept der Postdemokratie verwendet ist die Parabel aus der Mathematik. Die parabelförmige Entwicklung der westlichen Demokratien zeigt einen Zustand, in dem ein Rückbau politischer Partizipation und die politische Macht multinationaler Konzerne ständig zunehmen. In dieser etwas essayistischen Zeitdiagnostik geht Crouch von einem idealtypischen Referenzpunkt aus, der seinen politischen „Realismus“ in Erscheinung treten lässt (146ff.). Dieses Konzept einer Verfallsgeschichte der Demokratie – das, wie die Autoren deutlich herausgearbeitet haben, analytische Schwachstellen aufweist – steht dem Denken Foucaults konträr gegenüber. Mit seinem genealogischen Ansatz lehnt er eine auf Einheitlichkeit, Linearität und Regularität fokussierte Historiografie ab, weil er einen Fokus auf die Unregelmäßigkeiten, Widersprüche, Verwobenheiten und Inkonsistenz von historischen Machtverhältnissen legt. Foucault geht somit nicht von einem idealtypischen Startpunkt der Demokratie aus, sondern versucht deren Entwicklungslinien nachzuvollziehen bzw. die Verwobenheit von Macht und Wissen zu dekonstruieren. Genau auf diesen

Konnex von Macht und Wissen, der bei Foucault zentral ist, gehen die Autoren des Buches sehr detailliert ein. Obwohl Foucault kein Demokratietheoretiker ist, können seine Machtanalysen deutliche Muster und Funktionsweisen unserer modernen Demokratie erklären. Im zweiten Kapitel des ersten Teiles thematisieren die Autoren nämlich Foucaults Begriffe der „Regierungskunst“ bzw. Gouvernamentalität (34ff.). Über die gesamten Werke von Foucault wurde akribisch der zentrale Ansatz bei Foucault nämlich Gouvernamentalität herausgearbeitet. In diesem Kapitel wird die Transformation der Machtverhältnisse (von der Pastoral- zur Disziplinarmacht), die Herausbildung des modernen Staates (Säkularisierung der Pastoralmacht) sowie implizit auch Auswirkungen des Neoliberalismus auf die moderne Demokratie mit der theoretischen Brille Foucaults betrachtet und kritisch analysiert.

Im dritten Teil des Buches lassen die Autoren die beiden großen Denker in Dialog treten (142ff.). Gerade in diesen Abschnitten des Buches wird deutlich, dass es durchaus mehrere sich widersprechende wissenschaftliche Perspektiven auf ein und dasselbe Phänomen geben kann. Obwohl Foucault wie auch Crouch eine vehemente Kritik am Kapitalismus, Neoliberalismus und den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen üben, steht der genealogische Ansatz (Foucault) der Verfallsgeschichte der Demokratie (Crouch) gegenüber. Obwohl beide Denker davon ausgehen, dass der Neoliberalismus sowohl Staatlichkeit, Demokratie und das Subjekt verändern, stellen die Autoren fest, dass Foucault eine Ökonomisierung der Gesellschaft in den Fokus rückt, während Crouch von einer Entpolitisierung der Gesellschaft ausgeht (155ff.).

Fazit

Mit akribischer Zitierweise, stringenter Logik, einem leserlichen Schreibstil und einer innovativen Herangehensweise des kritisch-konstruktiven In-Dialog-Bringens reflektieren die Autoren die Stärken und Schwächen der grundlegenden Theorien von Foucault und Crouch im Hinblick auf Macht – Demokratie und Neoliberalismus. Dieses Buch liefert ein theoretisches Werkzeug welches nicht

nur für Akademiker*innen, sondern für sozialen Bewegungen dienlich sein kann. Die machtanalytische Hinterfragung gesellschaftspolitischer Herrschaftsverhältnisse und kapitalistischer Produktionsweise kann dem Diskurs um Gender oder Klimagerechtigkeit neue und konstruktive Impulse geben.

Den Anspruch auf Vollkommenheit oder „reine, wahre Objektivität“ legen die Autoren auf eine kritisch-konstruktive und foucaultschen Art und Weise jedoch nieder. Im Vordergrund dieser Lektüre stehen zwar die zentralen Begriffe von Macht, Demokratie und Neoliberalismus, werden aber aus einer gesellschaftskritischen Perspektive betrachtet. Kritik wird von den Autoren sogar als Methode herangezogen. Diese Art der Kritik des Werkes schafft – mit den Worten der Autoren (S. 183) – „Existenz, um diese ingeleichen ständig zu hinterfragen, zu destruieren“. Insofern versuchen die Autoren eine Debatte anzustoßen, welche nicht nur für die Politische Philosophie, die Politischen Theorie, sondern auch für die Politische Soziologie von Bedeutung sein kann. Es geht in der von Valentin Fröhlich und Florian Pimminger angestoßenen Debatte um nichts Geringeres als „die vom Kapitalismus postulierte Finalität und Alternativlosigkeit einer beständigen Revision und vehementen Negation zu unterziehen“ (183). Dieser normative Rahmen dieser Arbeit impliziert demnach auch eine gewisse Wissenschaftskritik, insbesondere gegenüber dem Empirismus. Und wie Brigitte Aulenbacher, Professorin für Soziologie im Vorwort betont, braucht es gerade in Zeiten der Ökonomisierung der Universitäten, welche Freiräume und Kritik zurückdrängen, die Schaffung von Nischen in denen Kritik möglich ist (VI). In Zeiten der Neoliberalisierung der Wissenschaft braucht es theoretische Werke und gesellschaftskritische Betrachtungen.

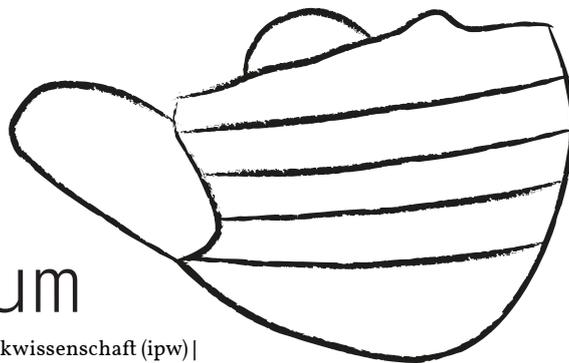
Man kann dieses Werk schwer mit einem anderen vergleichen, da einerseits zwei sehr konträre Charaktere, Denker und Ansätze miteinander in Verbindung gebracht wurden, andererseits beide auf eine machttheoretische Leseart interpretiert.

Von dieser theoriegeleiteten Perspektive mal ganz abgesehen, ist dieses Werk von gesellschaftspolitischer Relevanz, da es aufgrund seiner inhärenten Kritik an der Gegenwart, neue Impulse für zivilgesellschaftliche Akteur*innen der Feminismus- und Klimabewegung geben kann. Vor allem das Denken von Michel Foucault beflügelt bis heute feministische Denker*innen, wie Judith Butler, Birgit Sauer, Alice Pechriggl und viele andere. Und genau diese Ansätze des Poststrukturalismus sind Bestandteile der queer- bzw. radikalfeministischen Bewegungen. Politische und soziale Bewegungen können gerade durch die, von den beiden Autoren angesprochene (178) „Ent-Naturalisierung sozialer Verhältnisse“ nicht nur den jetzigen Ist-Zustand radikal infrage stellen, sondern neue Formen des Miteinander und neue Formen der Demokratie ausprobieren. „Gerade die Themen Klimagerechtigkeit und Gender zeigen gegenwärtig eindrücklich, wie sowohl der neoliberalen Dystopie als auch dem autoritären Populismus begegnet werden kann. Gender und Klima befördern eine neue Subjektivierung des Politischen“ (180).

Josef Mühlbauer hat Politikwissenschaft, Philosophie und Evangelische Theologie in Wien studiert. Er ist Mitinitiator von Students For Future Vienna sowie dem Varna Institute for Peace Research. Seine Interessenschwerpunkte liegen in den Bereich der Politischen Theorie und des Queerfeminismus.



Impressum



HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw) |

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7 |

Heftverantwortung: Eva Wackenreuther, Christian Berger |

Redaktion: Eva Wackenreuther, Christian Berger, Nora Hansl, Florian Mark, Lisa Pinggera, Claire Kardas |

Autor*Innen dieser Ausgabe: Lara Möller, Theresia Burkheiser, Anna Katharina Mangold, Laura Hafeneder, Lea Schmidtbauer, Sabine Doll, Fatma Uysal, Alina Ruprecht, Jasmin Hakimzad, Michael Hagelmüller, Regina Polak, Ulrich Brand, Christina Pichler, Josef Mühlbauer |

Kontakt: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at |

Grafik, Layout & Illustration : Claire Kardas |

Onlinepublikation unter: www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG. |

Erscheinungsweise: 1-2x/Jahr |

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Aufruf zur Mitarbeit bei politix

Wir, die politix-Redaktion – die
die Zeitschrift des Instituts für
Politikwissenschaft gestaltet – suchen
Mitarbeiter*innen zur Erweiterung
unseres Teams.



Wir suchen engagierte und
gesellschaftskritische Student*innen,
Absolvent*innen oder Mitarbeiter*innen
am Institut für Politikwissenschaft.



Die Redaktionstätigkeit ermöglicht sowohl das Verfassen eigener Artikel,
als auch die Betreuung von Artikelanfragen.

Die Tätigkeit kann als **Praktikum** angerechnet werden.

Das politix gibt es online unter:

[politikwissenschaft.univie.ac.at/ueber-uns/institut/
institutszeitschrift-politix/aktuelle-ausgabe/](http://politikwissenschaft.univie.ac.at/ueber-uns/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelle-ausgabe/)

Hast Du Interesse an einer Redaktionssitzung teilzunehmen oder
generelle Fragen, dann schick einfach eine Mail an
politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

ipw